

7. Bundesfachkongress

INTER KULTUR

Räume der Teilhabe –
Räume des Handelns

13. – 15. September 23
Potsdam

DOKUMENTATION



Die erweiterte Dokumentation
ist auch online abrufbar.

INHALT

5 GRUSSWORTE

Mit einem Vorwort und Beiträgen von Claudia Roth und Manja Schüle

11 ERÖFFNUNG

mit Beiträgen von Rolf Graser, Naika Foroutan und Daniel Kubak (u. a.)

21 FREIRÄUME

mit einem Beitrag von Jana Kühn und Sebastian van Ledden
und einem Interview mit Avraham Rosenblum

29 FACHFORUM 1: ERINNERUNGSRÄUME – *WEM GEHÖRT DIE ERINNERUNG*

mit Beiträgen von Charlotte Wiedemann, Manuel Gogos, Paul Urbanski
und Franz Kröger

45 FACHFORUM 2: AKTIONSRÄUME – *RÄUME FÜR DIVERSITÄTSENTWICKLUNG*

mit Beiträgen von Linda Kelmendi und einem Interview mit Elfi Carlie

51 FACHFORUM 3: GRENZRÄUME – *HERAUSFORDERUNG ZUM HANDELN*

mit Beiträgen von Inga Lizengevic, Emilia Socha, Annelie Bäumel
und Franja Eden sowie einem Interview mit Michael Kurzwelly

65 FACHFORUM 4: KLASSENÄUME – *EINE MULTIPERSPEKTIVISCHE WERKSTATT*

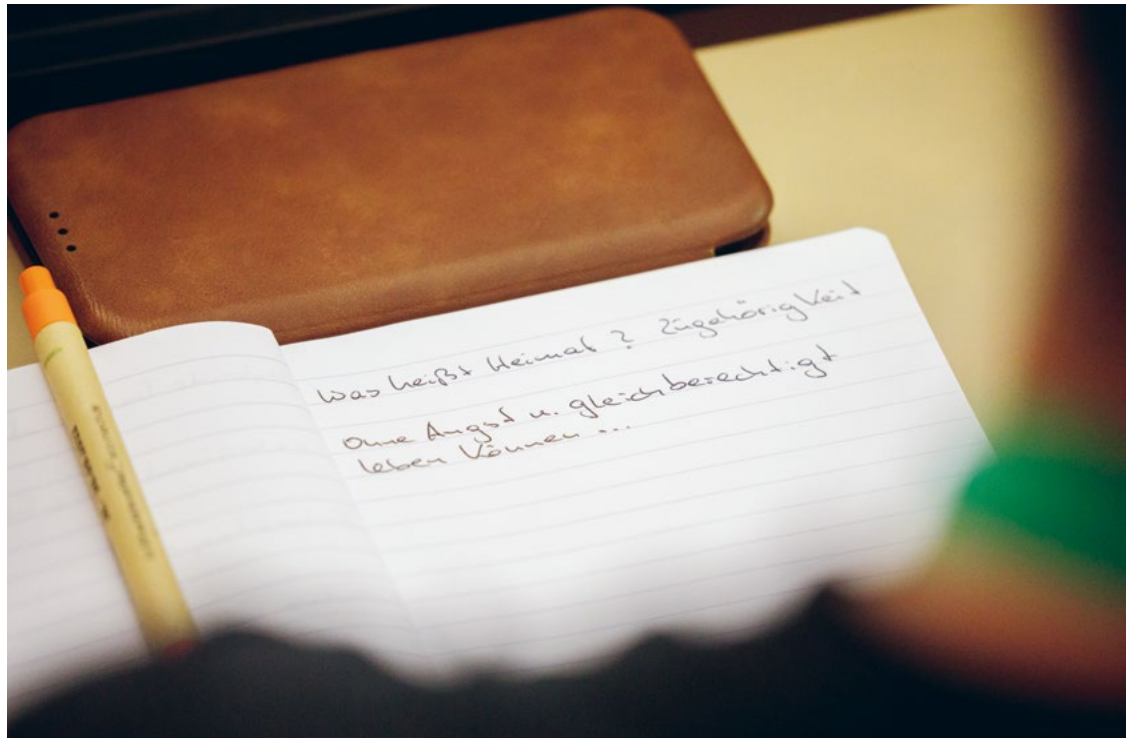
70 FACHFORUM ZUKUNFTSRÄUME – *ENTWERFEN, GESTALTEN UND UMSETZEN. UTOPIEN FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN UNSERER GESELLSCHAFT IM JAHR 2050*

mit Beiträgen von Christiane Dätsch, Maren Ziese und Anna Kaitinnis

81 EINBLICK UND AUSBLICK

mit Beiträgen von Marianne Ballé-Moudoumbou und Lars Fischer
und einem Interview mit Brigitte Faber-Schmidt

88 IMPRESSUM



GRUSSWÖRTE



VORWORT

In Krisenzeiten wie diesen ist es wichtiger denn je, dass Menschen zusammenkommen, um trotz aller Unterschiede gemeinsam Konzepte und Strategien für ein Zusammenleben in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft zu entwickeln. So auch beim 7. Bundeskongress Interkultur, der vom 13. bis 15. September 2023 in Potsdam und damit erstmalig in einem ostdeutschen Bundesland stattfand und rund 300 Interessierte in die Universität der Landeshauptstadt zusammenführte.

Die Bundesfachkongresse werden verantwortet vom Bundesweiten Ratschlag Kulturelle Vielfalt, einem Bündnis interkulturell aktiver Institutionen, Initiativen und Einzelpersonen, das seit 2004 den migrationsbedingten Wandel in Deutschland fachöffentlich begleitet, kommentiert und im Feld von Kunst, Kultur und Kulturpolitik mitgestaltet.

Für den Potsdamer Kongress haben sich der Ratschlag und die unter dem Dach der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte agierende Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg für die Planung und Organisation zusammengefunden. In einer zweijährigen Vorbereitung wurden in offenen Denkwerkstätten, zu denen alle Interessierten eingeladen waren, die Themen, Schwerpunkte und Formate des Kongresses entwickelt. Viele engagierte Kooperationspartner:innen, Akteur:innen und Speaker:innen sind bundesweit und lokal durch diesen sehr offenen, diskussionsfreudigen Formierungsprozess zu uns gestoßen.

Unter dem Motto „Räume der Teilhabe – Räume des Handelns“ lag der Schwerpunkt gleichermaßen auf gesellschaftlicher Teilhabe wie auch kultureller Aktion. Neben Grundsatzbeiträgen zu Stand und Perspektiven der postmigrantischen Gesellschaft wurden sechs Fachforen angeboten, die gleichsam den thematischen Bogen spannten: von Erinnerungs- und Aktionsräumen über Grenz- und Klassenräume bis hin zu Zukunfts- und Freiräumen, wobei der „Raum“ nicht geografisch bestimmt, sondern mit Inhalt zu füllen war. Obwohl nicht eigens intendiert, wurde deutlich, dass der interkulturelle Diskurs auch einen deutsch-deutschen Verständigungsprozess erfordert, der noch längst nicht abgeschlossen ist. In dieser Hinsicht ist die proklamierte „gleichberechtigte Teilhabe“ aller am gesellschaftlichen Leben in Deutschland auch eine gemeinsame Zukunftsaufgabe, die über das Migrationsthema im engeren Sinne hinausgreift.

Ziel muss es daher sein und bleiben, Deutschland als Zuwanderungsland so zu gestalten, dass alle davon profitieren können: die Migrant:innen, deren immer wieder eingeforderte gleichwertige gesellschaftliche Teilhabe endlich zur Realität werden muss, und die Einheimischen, die Zuwanderung als Bereicherung und sich selbst als Teil einer zunehmend diversen Gesellschaft erfahren.

Dass der Weg dahin nicht einfach und noch manche Hürde zu nehmen ist, beweist die vorliegende Dokumentation, die die wesentlichen Ergebnisse des 7. Fachkongresses in chronologischer Anlehnung an das Tagungsprogramm aufführt. Die Beiträge umreißen das Thema in unterschiedlichen Formaten: Vorträge, Statements, Skizzen aus der Diskussion und Zusammenfassungen zentraler Ergebnisse wechseln einander ab und zeichnen ein Bild von der Lebhaftigkeit und Qualität des diskursiven Geschehens. Auf besondere Weise wertgeschätzt wurden die „Freiräume“ als neue experimentelle Räume, um Wünsche gemeinsam zu formulieren und zusammen Kunst auszuprobieren. Der Kongress hat uns allen einen eindrücklichen Erfahrungsraum geöffnet, in dem wir unterschiedliche berufliche und biografische Hintergründe anderer wahrnehmen konnten. Dieser Austausch mit all seinen Widersprüchlichkeiten und Kontroversen war der eigentliche Mehrwert des Kongresses, hier wurde pluralistische Öffentlichkeit gelebt.

Abschließend heißt es Danke zu sagen an alle, die am Gelingen der Tagung beteiligt waren: allen voran der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Kulturstatsministerin Claudia Roth, der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Dr. Manja Schüle und den Kooperationspartnern, der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Goethe-Institut Dresden.

Fest steht indes, dass das Thema uns auch in Zukunft weiter beschäftigen dürfte, zumal eine zunehmend migrationsfeindliche Stimmung, ein rückwärtsgewandter und zutiefst nationalistischer Rechtspopulismus, Rassismus und nicht zuletzt Krieg und Antisemitismus vieles von dem bedrohen, wofür wir alle in den letzten Jahrzehnten gekämpft haben.

In diesem Sinne ist nach dem Kongress vor dem Kongress.

GRUSSWORT

Heimat ist, wo du dazugehörst und wo du gebraucht wirst. Aber dieses Zugehörigkeitsgefühl haben viele Menschen einfach nicht, solange die Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft sich nicht in der Vielfalt der Medien und Parlamente, der Aufsichtsräte oder Chefetagen und in der Polizei oder Justiz widerspiegelt, solange bleiben Sichtweisen und Lebenswelten von Menschen mit Einwanderungsgeschichte ungesehen und unverstanden. Und sie empfinden das als fehlende Anerkennung, als ausgrenzend und als diskriminierend. Und ich glaube, dass genau die Wahrnehmungsverweigerung und diese fehlende Anerkennung das Verstehen und Verständigung und damit die Grundlagen für die Demokratie und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefährden.

Wir müssen auch Strukturen und Räume schaffen, die Menschen mit Migrationsbezug ermöglichen, von ihren Erfahrungen, von ihren Erlebnissen, von ihrer Geschichte zu berichten, sich einzubringen und sich im Sinne von Heinrich Böll einzumischen, der schon wusste: „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben“. Nur so können sie Teil der kulturellen, auch der erinnerungskulturellen Arbeit werden. Dazu gehört, dass Staat und Gesellschaft die Einwanderung als Teil unserer gemeinsamen Erinnerungskultur begreifen und in den entsprechenden Einrichtungen präsentieren. Diese Erinnerungskultur muss überall Teil unseres Alltags sein, aber an bestimmten Orten muss sie besonders sichtbar, spürbar, wahrnehmbar sein.

Und zur Erinnerungskultur, zu unserer gemeinsamen, kollektiven Erinnerungskultur muss gehören: Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen, Hanau, Halle, die Orte der NSU-Verbrechen – also das, was Schmerz und Trauer ausmacht. Der Schmerz und die Trauer, die Menschen durch rassistische, rechtsterroristische Angriffe erlebt haben, muss endlich auch zu unserem Schmerz werden. Auch da darf es keinen Schlusstrich geben, wir müssen es erstmal miteinbeziehen in unsere gemeinsame Erinnerungskultur.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Und das ist es schon immer gewesen. Das haben immer noch nicht alle verstanden, oder wollen es nicht verstehen, aber dieses Verständnis von unserem Land ist für unser Zusammenleben zentral und entscheidend.

Wir dürfen erwarten, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte die Sprache, die Rechtsordnung und die Geschichte unseres Landes auch mit ihren dunkelsten

Kapiteln als die ihre annehmen. Aber umgekehrt gilt auch: Deutsche Geschichte ist auch die Geschichte der Eltern und Großeltern derjenigen, die zu uns gekommen sind – oft schon vor Generationen. Wir wollen diese Menschen ermutigen, uns von ihren Erfahrungen und Erlebnissen zu berichten. Das gilt natürlich auch im Hinblick auf Menschen, die entweder selbst oder deren Vorfahren den Kolonialismus und die Folgen kolonialistischer Politik erlebt haben. Sie wollen wir hörbar machen, wenn es um Dekolonialisierung in unserer Gesellschaft, in unserem Land geht.

Kulturräume sind immer auch soziale Orte, die Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Herkunft und Religion zusammenbringen. Deshalb unterstützen wir zahlreiche Initiativen, die sich der dringend notwendigen, verstärkten kulturellen Diversität und Teilhabe in unseren Kultureinrichtungen widmen. Eines der wichtigsten kulturpolitischen Anliegen des Bundes ist es, alle Menschen für kulturelle Angebote zu gewinnen. Also eine „Kultur für alle“ zu fördern, nicht nur die sogenannte Hochkultur, sondern auch die freie Szene und die Soziokultur. So haben wir es auch im Koalitionsvertrag vereinbart.



CLAUDIA ROTH war von 2001 bis 2002 sowie von 2004 bis 2013 eine von zwei Bundesvorsitzenden der Partei Bündnis 90 / Die Grünen, von 2013 bis 2021 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und ist seit Dezember 2021 Staatsministerin beim Bundeskanzler Olaf Scholz sowie Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

GRUSSWORT

Letzte Woche hat der CDU-Vorsitzende, Friedrich Merz, im Bierzelt sinngemäß gesagt: Die vielfältige urbane Bevölkerung repräsentiert Deutschland nicht. Die einheitliche, traditionelle Landbevölkerung – die repräsentiert Deutschland. Je nach Ihrer persönlichen Veranlagung haben Sie sich darüber entweder empört oder die Achseln gezuckt oder auch herzlich gelacht – wie ich.

Albern daran ist ja nicht nur, dass vermutlich niemand außerhalb von Bayern jemals zuvor vom Gillamoos-Festival gehört hat und wir froh sein sollten, dass Deutschland im Ausland nicht mehr mit Lederhose und Bierzelt dargestellt wird. Albern daran ist auch nicht nur die Realitätsleugnung – denn in Deutschland hat fast jeder dritte Mensch einen sogenannten Migrationshintergrund. Und es gibt viele weitere Identitätskategorien, die alle Teil unserer Persönlichkeit sind, auf die wir aber nicht reduziert werden wollen. Albern an Merz' Aussage ist doch vor allem die Fiktion, dass die Bevölkerung eines modernen demokratischen Staates in einer global vernetzten Welt kulturell einheitlich sein müsste oder sollte oder gar könnte.

Denn selbstverständlich ist Deutschland nicht entweder vielfältige Großstadt oder kulturell einheitliches Dorf, sondern sowohl als auch. Beides gehört zu Deutschland und auch alles dazwischen – denn mitnichten ist jede Ecke der Großstadt vielfältig und progressiv und mitnichten ist jedes Dorf so homogen und provinziell, wie manche glauben. Insofern freut es mich sehr, dass der Bundesfachkongress Interkultur nach fast 20 Jahren endlich in einem ostdeutschen Bundesland stattfindet.

Ich frage mich aber: Warum kommen Sie erst jetzt? Ich vermute, Sie haben – genau wie ich – schon öfters gehört, dass in Brandenburg ja alles voller Nazis sei. Das tut mir als Brandenburgerin weh. Denn ja, wir haben in Deutschland ein Problem mit Rassismus und Rechtsextremismus. Und ja, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und in ländlichen Räumen ist der Zuspruch zu solchen Positionen besonders hoch. Denn ja, in Ostdeutschland und auf dem Land leben die wenigsten Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund. Und bekanntlich sind Vorurteile immer dort am häufigsten, wo es am wenigsten Berührungspunkte mit den vermeintlich Anderen gibt.

Mir ist auch bewusst, dass der Osten für viele Menschen eine No-Go-Zone ist, weil sie um ihre Sicherheit

fürchten. Ich komme aus Frankfurt (Oder) und habe die Baseballschlägerjahre der 90er dort als Jugendliche erlebt. Deshalb bin ich auch nicht überrascht, dass sich nach drei Jahrzehnten der Abwanderung und Abwertung in Teilen Ostdeutschlands rechte Strukturen festigen konnten. Ich glaube also nicht, dass ich diese Gefahr unterschätze.

Aber: Das pauschalisierende Sprechen über Ostdeutsche und „den Osten“ ist eine riesengroße Ohrfeige für all die demokratisch gesinnten Menschen, die hier leben und sich tagtäglich gegen Ausgrenzung und für Solidarität engagieren – und denen wir den Rücken stärken müssen, wenn wir den Rechten etwas entgegenzusetzen wollen. Die Themen Einwanderungsgesellschaft und kulturelle Teilhabe beschäftigen uns natürlich auch im ländlichen Raum. Denn Brandenburg ist vielfältiger als es die Schlagzeilen ahnen lassen: Wir haben ländliche Gebiete und Dörfer, aber auch Metropolregionen wie Potsdam und viele mittelgroße Städte.

Wir haben das ambivalente kulturelle Erbe der Preußen und der DDR ebenso wie die lebendigen Traditionen der Sorben/Wenden. Wir haben große klassische Kultureinrichtungen wie das Staatstheater und das Staatssorchester und wir haben junge, alternative Kulturinitiativen wie das Rechenzentrum und den grenzüberschreitenden Verein „Stübfurt“ in der deutsch-polnischen Doppelstadt Frankfurt (Oder)–Stubice. Wir haben Tausende von Dorfkirchen aus dem Mittelalter und wir haben das Netzwerk „Kulturland Brandenburg“, das solche alten wie auch neue Orte im ganzen Land zu stets wechselnden, politisch hochaktuellen Themen bespielt. Wir haben in Brandenburg rund 55 migrantische Organisationen wie den Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg, den Afghanischen Kulturverein Frankfurt (Oder), Women in Exile, Refugees Emancipation, African Vision Potsdam und den Interkulturellen Frauen- und Mädchentreff. Und wir haben Hunderte von Initiativen gegen Rechts sowie die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg.

All diese Menschen engagieren sich tagtäglich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz. Auch wenn es nach 1991 eine massive Auswanderung gegeben hat, sind viele Brandenburgerinnen und Brandenburger geblieben und alteingesessen. Viele andere Menschen sind seit der Wende aus Westdeutschland

oder dem Ausland zu uns gekommen – sei es als Unternehmerinnen, als Fachkräfte oder als Geflüchtete. Sie alle haben unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen. Sie alle gehören zu unserer Gesellschaft und sollen selbstbestimmt und aktiv daran teilhaben können.

Deshalb ist die „Kulturelle Teilhabe“ eins von sechs Gestaltungsfeldern unserer neuen kulturpolitischen Strategie in Brandenburg. Diese Strategie haben wir in den letzten drei Jahren partizipativ mit Kulturakteurinnen aus dem ganzen Land entwickelt, damit wir alle in Kultur, Politik und Verwaltung zu mehr gegenseitigem Verständnis kommen, voneinander lernen können und gemeinsam Lösungen aushandeln. Dabei haben wir uns darauf konzentriert, das gemeinsame Dritte zu finden, also geteilte Werte und Wünsche festzuhalten und darüber hinaus dort offen für Neues zu bleiben, wo noch Konflikte bestehen. „Kulturelle Teilhabe für alle“ heißt für uns nicht: Das Gleiche für alle, sondern für jeden etwas, das Bestmögliche.

Denn ich glaube nicht, dass wir die „Ungleichzeitigkeit der Diskurse“ restlos zusammenführen können – und ich glaube auch nicht, dass wir das müssen. Diese Formulierung klingt für mich wie eine freundliche Umschreibung für ein vermeintliches „Hinterherhinken“ von älteren Generationen und nicht-urbanen Räumen. Die Lebensrealitäten von Menschen sind aber nun einmal sehr verschieden. Digital Natives verbindet über Grenzen und Herkunft hinweg viel mehr mit Gleichaltrigen als mit ihrer Oma oder ihrem Opa. Der Arbeiter auf dem Land – mit Funkloch und ohne Schienenverkehr – der hat nun einmal andere Prioritäten als der hypermobile Ex-Pat mit internationalem Studium. Menschen aus monokulturellen Familien haben einen anderen Blick auf die Welt als Menschen aus binationalen Familien, die mehrere Sprachen fließend sprechen und vielleicht sogar verschiedene Religionen von innen kennen.

Ich bin überzeugt, dass diese unterschiedlichen Perspektiven erstmal kein Problem sind, sondern ein riesiges Potenzial, das unsere Gesellschaft bereichern kann. Die Kunst liegt natürlich darin, all diese Perspektiven an einen Tisch zu bringen, an dem auch alle mitreden dürfen. Dass es dabei nicht immer harmonisch zugeht, ist klar. Dass es sogar immer konfliktreicher wird, je

mehr Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven mitreden, ist auch klar.

Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hat dies vor ein paar Jahren als „Integrationsparadox“ beschrieben und mit der Tischmetapher sehr anschaulich gemacht. Ich folge seiner Einschätzung, dass solche Konflikte kein Zeichen von gescheiterter Integration sind, sondern – im Gegenteil – ein Zeichen für die verbesserte Teilhabe strukturell diskriminierter Menschen, also ein Zeichen von Fortschritt und von zunehmender Interkultur.

Aber ja, unsere Institutionen sind träge und schwerfällig – und die demografische Entwicklung ist schneller als die bürokratische. Also brauchen wir neue Strukturen der Mitsprache, wir brauchen neue Methoden der Konfliktaushandlung und wir brauchen eine neue deutsche Identität, die nicht auf Abstammung und Herkunft beruht, sondern auf Zugehörigkeit und Zukunft.

Meine Damen und Herren, es freut es mich sehr, dass der 7. Bundesfachkongress unter all den Räumen, um die es gehen wird, diesmal auch den ländlichen Raum in den Blick nehmen will. Und es freut mich, dass im Programm viele Brandenburger Perspektiven stecken.

Um noch einmal auf die eingangs zitierte Bierzelt-Rede zurückkommen: Die polarisierenden Geschichten von „Wir gegen Euch“ verfangen weltweit. Sie verfangen, weil sie einfache Antworten auf komplexe Probleme behaupten – und das zieht, wenn Menschen sich ohnmächtig und hilflos fühlen. Wir überzeugte Demokratinnen und Demokraten müssen also Geschichten finden, die stärker sind als das Entweder-Oder. Leidenschaftliche Geschichten, die eine einladende, positive Zukunft zeichnen, in der jede und jeder einen Platz hat. Denn wir brauchen alle, um unsere komplexen Probleme zu lösen – jede und jeden Einzelnen. Wir brauchen die Jungen genauso wie die Alten, wir brauchen die Zugezogenen genauso wie die Alteingesessenen, wir brauchen die Großstädterin genauso wie den Landbewohner. Wir brauchen mehr Empathie und Respekt und Solidarität – und zwar über die Grenzen und biografischen Erfahrungen unserer mannigfaltigen Identitäten hinweg.

Ich bin gespannt auf Ihre Visionen für ein solches Miteinander!

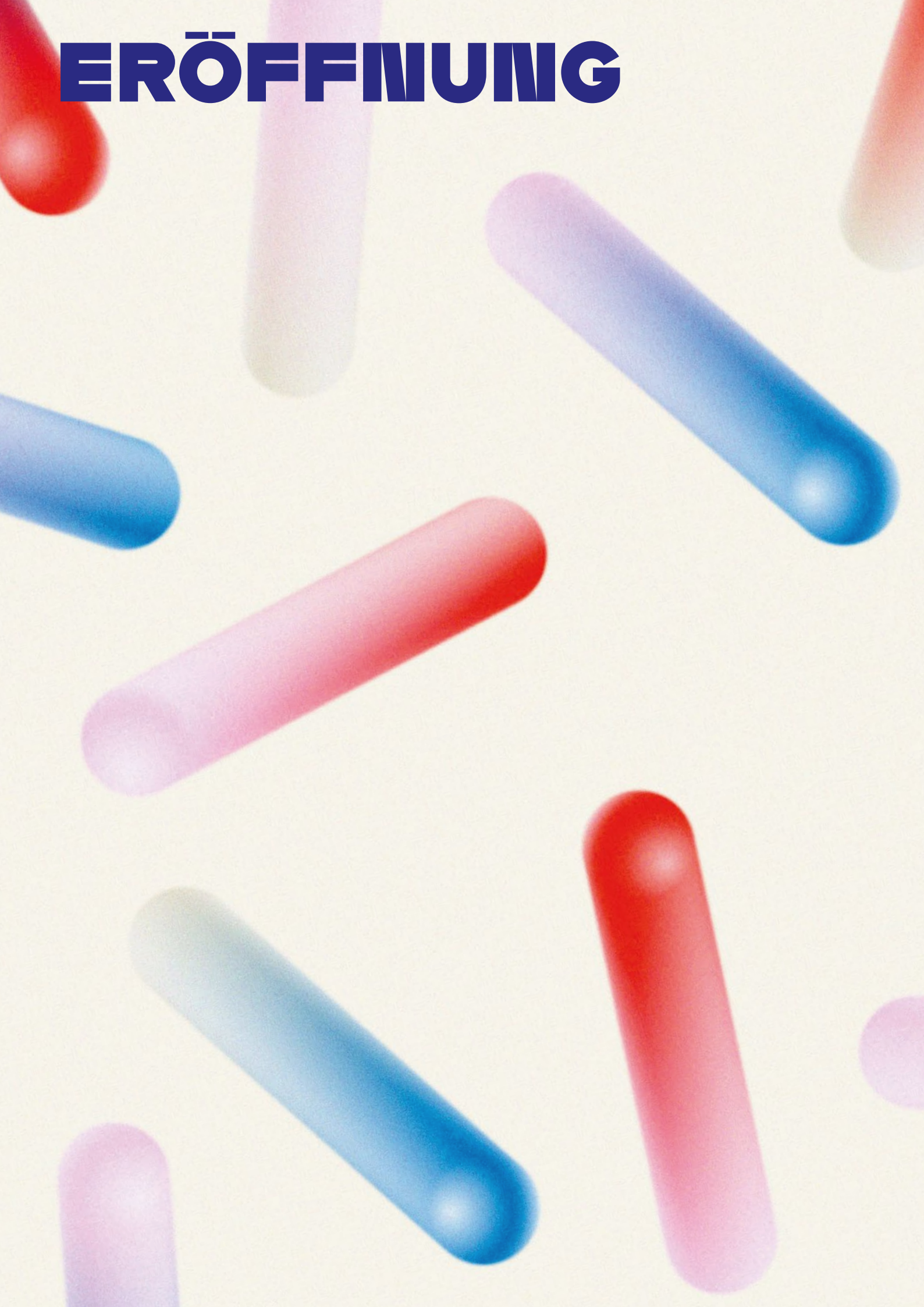


Foto: © Karoline Wolf

DR. MANJA SCHÜLE ist seit November 2019 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Sie studierte an der Universität Potsdam Politikwissenschaften und promovierte 2006. Anschließend arbeitete sie als Referentin und Büroleiterin der SPD-Landtagsfraktion. Bei der Bundestagswahl 2017 gewann sie als einzige SPD-Abgeordnete in Ostdeutschland ein Direktmandat für den Bundestag.



ERÖFFNUNG



WO STEHT DER INTERKULTURELLE DISKURS?

SIEBEN BUNDESFACHKONGRESSE SPÄTER...

2006 fand in Stuttgart der erste Bundesfachkongress Interkultur statt, übrigens auch mit Naika Foroutan. Sie war damals Kongressbeobachterin. Danach, 2008, wanderte der Kongress nach Nürnberg, wo übrigens erstmals (für den damaligen Diskurs ein Novum) dem Thema Erinnerungskultur ein größerer Raum geboten wurde. 2010 folgte Bochum, 2012 Hamburg, dann Mannheim 2014 und zuletzt 2017 Bochum. Es folgte eine längere coronabedingte Pause, in der wir einige neue digitale Formate austesteten, u. a. unsere „Denkwerkstätten“. Und jetzt freuen wir uns – nach sechsjähriger Pause wieder am Start zu sein, und dann auch noch in Potsdam, in Brandenburg, erstmals in einem der sogenannten „Neuen Bundesländer“.

Zentrale Intention der Bundesfachkongresse war es von Anfang an, den interkulturellen Diskurs voranzubringen, zu vertiefen, aber auch zu öffnen für neue Debatten, neue Denkansätze, neue Mitdiskutierende.

Beim Stuttgarter Kongress 2006 war auch die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth mit dabei. Sie war es, die als Vorsitzende der „Kommission Zuwanderung“ wesentlich dazu beigetragen hatte, dass nur wenige Jahre zuvor Deutschland endlich auch *offiziell zum Einwanderungsland* wurde.

Frau Süssmuth bemerkte zu Beginn des Kongresses, sie sei noch nie so vielen engagierten Migrant:innen auf einem Fleck begegnet – eine Bemerkung, die deutlich macht, in welcher Parallelgesellschaft viele von denen lebten, die die damaligen Diskussionen mitgeprägt haben. Es waren über große Strecken hinweg weitgehend exklusiv weiße Diskurse. In manchen Bereichen hat sich da bis heute noch nicht viel geändert.

Die mangelnde Repräsentanz migrantischer und post-migrantischer Akteur:innen in Gremien, Kongressen und Parlamenten ist auch heute alles andere als befriedigend. Doch verglichen mit damals sind solche Stimmen heute weitaus präsenter und besser hörbar – wenn sie laut genug sind. Doch sie werden oft genug nicht wirklich ernst genommen, entsprechende Forderungen werden nur selten umgesetzt. Statt sich mit dem auseinanderzusetzen, was vorgetragen wird, brandet Empörung auf: diese Stimmen seien zu laut und zu „einseitig“, der Diskurs würde sich „unnötig“ zuspitzen – allzu bekannte Reaktionen, wenn Betroffene selbst das Wort ergreifen.

Die meisten kennen El-Mafaalanis Vergleich mit dem Tisch, an dem jetzt auch diejenigen sitzen, die bislang nicht daran Platz nehmen durften und nun auch darüber mitreden möchten, was auf den Tisch kommt. Die Frage, wer Macht und Einfluss hat und wer nicht, wer die Deutungshoheit für sich in Anspruch nimmt und wem sie abgesprochen wird – all das ist inzwischen zentraler Bestandteil vieler interkulturellen Diskurse und Öffnungsprozesse. Auch die schon vor 17 Jahren gebetsmühlenartig eingeforderte „gleiche Augenhöhe“ funktioniert nur, wenn man sie machtkritisch angeht.

Und spätestens, wenn es um Macht geht – und damit auch um das Abgeben von Macht – wird auch der Ton rauer. Und nicht selten wehren sich gerade auch diejenigen gegen solche Diskurse, die bislang die Diskurse – auch die interkulturellen – dominierten. Denn auch sie werden Macht, Einfluss und Deutungshoheit abgeben müssen.

In diesem Zusammenhang sei auch ein anderer, bislang noch viel zu wenig beachteter Aspekt erwähnt: nahezu alle, die derzeit am Diskurs teilhaben, stammen aus „gehobeneren“ Verhältnissen und haben meist auch eine akademische Bildungsbiografie. Menschen aus eher prekären Verhältnissen engagieren sich wohl auch auf vielfältige Weise, nicht zuletzt in Migrantenorganisationen. An den meisten Diskursen allerdings nehmen sie nicht teil, werden eher sogar ausgeschlossen – durch Diskussionen, die meist auf einem dermaßen akademisch-elitären Level ablaufen, dass es oft nur Insidern möglich ist zu folgen. Wir haben es hier mit einem Phänomen von Ausgrenzung, Diskriminierung und letztlich auch gesellschaftlicher Spaltung zu tun. Es wird Zeit, dass wir darüber reden, welchen Stellenwert der vermutete oder auch reale soziale Status sowie unterschiedliche Bildungsbiographien für unsere Arbeit – nicht zuletzt auch für unsere Kulturarbeit – hat.

Vieles hat sich getan in diesen 17 Jahren. Begrifflichkeiten haben sich verändert, neue kamen hinzu, alte verschwanden. Rassismus war wohl auch schon vor 17 Jahren bittere Realität, wurde aber nur sehr zögerlich so benannt und bei den meisten Diskursen eher ausgespart. Umfassende Konzepte der Antirassismusbearbeitung, Intersektionalität und Empowerment standen vor 17 Jahren noch lange nicht so sehr im Zentrum wie dies heute der Fall ist. Erinnerungskultur war wohl bereits auf dem 2. Kongress in Nürnberg Thema, es ging damals aber „nur“ um Deutschlands Nazi-Vergangenheit. Unsere kolonialistische Vergangenheit und erst recht die Notwendigkeit der Dekolonialisierung waren im damaligen Diskurs noch weitgehend ausgespart.

Es ist gut und richtig, dass sich Auseinandersetzungen zuspitzen. Es ist wichtig, dass sich auch immer mehr junge, wilde, auch ungestüme migrantische und postmigrantische Stimmen an diesem Diskurs beteiligen. Wir müssen akzeptieren, dass nicht mehr alles so einvernehmlich nebeneinanderher läuft, wie dies noch bei den ersten Bundesfachkongressen der Fall war.

Doch so wichtig diese Auseinandersetzungen sind, so wichtig ist es aber auch, dass wir nie vergessen, wo

unsere wirklichen Gegner stehen – um das mal so platt zu sagen. Und wir wissen, dass das Erstarken der AfD nur die Spitze eines weitaus größeren Eisberges ist, an dem alles, was wir bislang erreicht haben (und das ist trotz alledem nicht wenig) zu zerschellen droht.

Es geht nicht darum, unsere eigenen Differenzen beiseitezuschieben. Es geht darum, anders damit umzugehen, Menschen, die andere Begriffe verwenden, eine andere Sprache sprechen und das eine oder andere auch aus einer anderen Perspektive betrachten, letztlich aber dieselben Ziele, denselben Gegner haben, nicht auszugrenzen und nicht zu diffamieren. Und auch dafür steht dieser Kongress: für das Zusammenführen unterschiedlichster Diskurse.

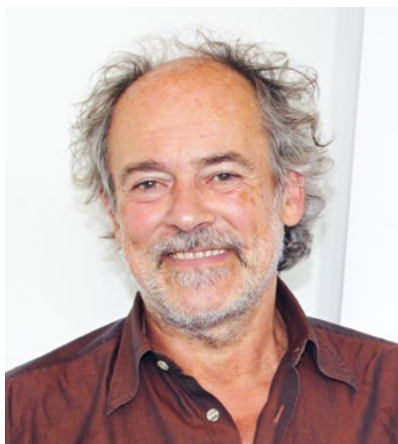
Wir müssen unsere eigene Vielfalt, die Mehrstimmigkeit unserer verschiedenen Diskurse akzeptieren und beibehalten. Wir benötigen hierfür eine hohe Ambiguitätstoleranz.

Doch dafür braucht es Räume: Reale Räume, aber auch Rahmenbedingungen, die gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen, Räume der Begegnung, Räume fürs Aushandeln von Konflikten, Räume für eine selbstbewusste und aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Wir brauchen offene Räume und wir brauchen geschützte Räume – so widersprüchlich dies auch klingen mag. Vor allem aber brauchen wir Räume fürs Handeln, dem Ziel eines jeden Diskurses, soll dieser nicht zum Selbstzweck werden.

Und der Druck zum Handeln wächst – global wie lokal. Denn globale Krisen und sich vertiefende Ungleichheiten, Diskriminierung und Ausgrenzungen, nehmen zu. Teilhabe und Zusammenhalt sind bedroht und befördern nicht zuletzt identitäre, autoritäre und rassistische Denkmuster.

Dem müssen wir etwas entgegensetzen: gemeinsames Streiten und gemeinsames Handeln.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen inspirierenden und vor allem handlungsorientierten Kongress.



ROLF GRASER, geboren 1954 in Stuttgart und gelernter Verlagsbuchhändler, war über 20 Jahre lang im Kosmos-Verlag als Zeitschriftenhersteller tätig. Er ist seit Gründung des Forums der Kulturen Stuttgart als Dachverband der lokalen Migrantenvereine im Mai 1998 dessen Geschäftsführer. Ehrenamtlich ist er seit 37 Jahren Vorsitzender des soziokulturellen Zentrums Laboratorium in Stuttgart und dort auch heute noch aktiv. Als Sachkundiger Bürger ist er Mitglied im Internationalen Ausschuss und im Ausschuss für Kultur und Medien der Landeshauptstadt Stuttgart. 2013 erhielt er für sein kulturelles und interkulturelles Engagement das Bundesverdienstkreuz.

TEILHABE UND AUSSCHLUSS

DYNAMIKEN DER AUSHANDLUNG IN DER POSTMIGRANTISCHEN GESELLSCHAFT

AUSGANGSLAGE – DEUTSCHLAND ALS POSTMIGRANTISCHE GESELLSCHAFT UND DYNAMISCHER MIGRATIONSAKTEUR

Weltweit steht Deutschland nach den USA längst auf Platz zwei der größten Einwanderungsländer. Der Blick in die Statistik der Länder mit den meisten aufgenommenen Flüchtlingen weltweit verrät außerdem, dass Deutschland auch dort auf Platz 3 rangiert. Mittlerweile hat deutlich mehr als jede vierte Person in Deutschland einen Migrationshintergrund. Dennoch machen die medialen und politischen Debatten der letzten Jahre, Monate und Woche deutlich, dass die Realität als Migrationsgesellschaft noch immer abgestritten und aktiv angefochten wird. Diskurse kultureller Unterschiede, ständige Drohungen mit Abschiebung, unsichere und perspektivlose Aufenthaltstitel, ja „die Migration“ als auf jedes Schiefelage anwendbarer Sündenbock, machen die Fragilität der gesellschaftlichen Anerkennung deutlich. Ich argumentiere, dass die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit Migration in den letzten Jahrzehnten zu einer Chiffre für den Umgang mit Differenz, Hybridität und Ambiguität geworden ist. Ganz grundsätzlich dient diese Frage als Metapher für den Umgang von Mehrheiten mit Minderheiten in pluralen Demokratien.

Denn tatsächlich betreffen mangelnde Anerkennung, fehlende Chancengleichheit und verwehrte Teilhabe als Treiber der Desintegration weit mehr Menschen in diesem Land als lediglich „die Migrant:innen“. Darauf

aufmerksam zu machen ist zentrales Ziel einer postmigrantischen Gesellschaftstheorie. Ein „post“migrantischer Status quo möchte kein Ende der Migration deklarieren, sondern verweist vielmehr auf die Unmöglichkeit, sich in einer zunehmend pluralen und vielfältigen Gesellschaft weiterhin nur auf eine vermeintliche Binarität zwischen Migrant:innen und Nichtmigrant:innen zu berufen. Damit deklariert das Präfix „post“ gewissermaßen den Verlust einer einst dagewesen geglaubten – gesellschaftlichen Eindeutigkeit.

In einer Zeit, in der es zunehmend schwieriger wird, gesellschaftliche Akteure in Etablierte und Außenseiter zu kategorisieren, leistet das postmigrantische Paradigma einen Beitrag zu einer Re-Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Denn, wenn in europäischen Ländern Nachkommen einst Eingewanderter schon längst in dritter und vierter Generation hier leben, formen auch „Migrant:innen“ einen Teil der Etablierten, sprich die Differenzierungsstrategien reorganisieren sich. Das Gleichheitsversprechen der pluralen Demokratien führt Migrant:innen mit ihren Nachkommen und Nichtmigrant:innen nun als kompetitive Akteure, um kollektive Güter und Ressourcen zueinander; sie stehen sich nicht länger aus den klar zugewiesenen Hierarchien von oben und unten gegenüber. Dies macht eine Dekonstruktion klassischer Analyseverhältnisse notwendig. Das postmigrantische Paradigma kann insofern einen konstruktiven Beitrag leisten, indem es nicht nur die Aufmerksamkeit auf diese

Entwicklungen richtet, sondern darüber hinaus versucht, neue Grundlagen für gesellschaftliches Zusammenleben aufzuzeigen.

KONFLIKTE UM ANERKENNUNG, TEILHABE UND GESELLSCHAFTLICHE IDENTITÄT – MIGRATION ALS PROXY EINER PLURALITÄTSANGST?

Es gilt demzufolge anzuerkennen, dass Kernkonflikte in postmigrantischen Gesellschaften nur oberflächlich um Migration zirkulieren. Einmal darunter oder darüber hinaus geblickt, lässt sich schnell konstatieren, dass die meisten politischen Debatten der Zeit tatsächlich angetrieben sind von der Aushandlung und der Anerkennung von Gleichheit und Gleichstellung. Von dem also, was doch die zentralen Versprechen moderner Demokratien sind, die sich in ihrem Grundsatz auf Pluralität und Parität berufen. In dem diese Aushandlungskonflikte ständig mit Migrationsfragen codiert werden, wird erfolgreich verschleiert, dass neben Migrant:innen auch andere marginalisierte und unterrepräsentierte Gruppen von Ungleichheit und gesellschaftlichem Ausschluss betroffen sind.

Zunächst sollten wir uns aber der Frage zuwenden, warum die Migrationsfrage bei Teilhabekonflikten scheinbar immer im Vordergrund zu stehen scheint. Die, man möchte hier fast von einer Obsession mit Migration sprechen, lässt sich auf eine allgemeine, gesellschaftliche Pluralitätsangst zurückführen.

Migration stellt darin nur einen Proxy für Pluralität dar. Dies resultiert aus einer scheinbar intuitiven, aber nur oberflächlich logischen Rechnung, in der Migration Pluralisierung verursacht und diese Vielfalt – dem Narrativ homogener Nationen widersprechend – in gesellschaftlicher Unordnung resultiert. Dabei wird vorschnell außer Acht gelassen, dass Pluralität, sogleich sie eine Herausforderung darstellen mag, andererseits eben auch ein normativer Grundsatz und gesellschaftspolitische Realität vielfältiger Gesellschaften ist.

Migration stellt darin nur einen Proxy für Pluralität dar.

Ganz selbstverständlich ist Migration zentrale Quelle von Pluralität, aber dennoch ist es eben nur ein Aspekt neben zahlreichen anderen Diversifizierungsmomenten. Auch Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, Religions- oder Schichtzugehörigkeit, politische Meinung etc. kennzeichnen Pluralität. Für Gesellschaften erschwert steigende Pluralität durchaus die Erfüllung des Gleichheitsversprechens, da nun zunehmend mehr soziale Gruppen diese Gleichheit für sich in Anspruch nehmen. Ähnliches gilt auch für die Freiheit. Eben jene Gruppen fordern ihr Recht auf Entfaltung und die alltagspraktische

Erleichterung ihrer kulturellen, ethnischen, religiösen, sexuellen etc. Belange ein. Durchaus kann eine neue Pluralität also durchaus ein subjektives Gefühl von Sicherheit bedrohen, wenn mehr soziale Gruppen das Recht auf Teilhabe in bis dato homogenen und geschlossenen Räumen einfordern. Schließlich stellen sie damit etablierte Zugänge, Positionen und Privilegien in Frage.

Auf die Frage, warum es in Pluralitätsfragen primär um Migration zu gehen scheint, möchte ich also mit folgender Hypothese antworten: Migration wird zum Ausgangspunkt der Heterogenisierung und Pluralisierung der Gesellschaft erklärt, da in der Präsenz der migrantischen Anderen die Pluralität sichtbarer, manifest zu werden scheint als etwa in der Vielfalt von Geschlechtern oder von politischen Positionen.

EIN ENDE DER MIGRATION?

Der Pluralitätsangst entgegnend, gilt es die Frage zu stellen, was denn nun wäre, sollte die Migration nach Deutschland tatsächlich aufhören. Was also wäre, wenn das Präfix „post“ nun doch das Ende der Migration bedeuten würde?

Die Zahl der unbesetzten Stellen in Deutschland hat mit 1,98 Millionen zuletzt einen neuen Höchstwert erreicht. Aber dies ist nur ein Vorgeschmack darauf, was passieren wird, wenn sich in der nächsten Dekade 30 Prozent der aktuell Arbeitstätigen, in den Ruhestand verabschieden wird. Laut Expert:innen brauchen wir in Deutschland bis 2035 mindestens sieben Millionen zusätzliche Fachkräfte. Der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht die Zuwanderung von Menschen, die früher oder später nach der versprochenen und ihnen zustehenden Teilhabe fragen. Es ist mehr als an der Zeit, sich mit alternativen Wegen zu beschäftigen, diese Teilhabe zu ermöglichen. Profitieren würden davon nicht nur Zugewanderte, sondern etwa auch Menschen aus Ostdeutschland, deren ungleiche Repräsentation an der bundesdeutschen Elite ziemlich genau die fehlende Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund spiegelt.

Und schon jetzt zeigen Statistiken deutlich, dass es insbesondere in systemrelevanten Bereichen wie Logistik und Transport, der Pflege und generell im medizinischen Bereich, Migrant:innen sind, die das System am Leben erhalten. Dennoch ist es nicht selbstverständlich, dass wir weiterhin mit diesen Migrant:innen rechnen können. Vor wenigen Monaten wurde unter Titeln wie „Warum Deutschland ausländische Fachkräfte unglücklich macht“ (Spiegel 11.07.2023), eine Studie in den Medien zitiert, die Expatriats, also zumeist gut ausgebildete ausländische Fachkräfte, nach den Lebensbedingungen in den jeweiligen Ländern befragte. Deutschland landete im Ranking ganz unten auf Platz 49 von 53. Bemängelt wurden neben einem hohen Level an Bürokratie, langsame Digitalisierung eben auch eine fehlende Willkommenskultur.

So möchte ich feststellen, dass wir ein ausgeweitetes, postmigrantisches, sprich über den Migrationsbezug hinausdenkendes Integrationsverständnis benötigen, um Anerkennungs- und Teilhabebedarfe in pluralen Gesellschaften ausreichend adressieren zu können. Damit sollten wir auch bereit sein, auf die tatsächlichen Herausforderungen der Zukunft reagieren zu können. Dazu möchte ich zuletzt Hannah Arendt zitieren, die schon vor Jahrzehnten Pluralität wertschätzend und einem Assimilationsverständnis von Integration entgegen zu setzen wusste:

„Nur wo Dinge, ohne ihre Identität zu verlieren, von Vielen in einer Vielfalt von Perspektiven erblickt werden, so daß die um sie Versammelten wissen, daß ein Selbes sich ihnen in äußerster Verschiedenheit darbietet, kann die menschliche Pluralität eigentlich in Erscheinung treten.“ (Vita Activa S. 72)



NAIKA FOROUTAN ist Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin und dort Abteilungsleiterin am Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Außerdem ist sie Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), einem vom Bund geförderten Forschungsinstitut zur Vernetzung der Migrationsforschung in Deutschland. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Transformation von Einwanderungsgesellschaften und der Umgang mit Pluralisierung und Minderheiten in postmigrantischen Gesellschaften. Für ihre wissenschaftliche Arbeit erhielt sie u. a. den Berliner Integrationspreis 2011, den Wissenschaftspreis der Fritz Behrens-Stiftung 2012 und den Höffmann-Wissenschaftspreis der Universität Vechta 2016.

Foto: © Janine Schmitz

KONTINUITÄTEN ERKENNEN UND ERINNERN

RASSISTISCHE GEWALT UND MIGRATIONSGESELLSCHAFT¹

1. EINLEITUNG

Der Beitrag stellt Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Räume der Migrationsgesellschaft“ (RäuMig) vor, in dem die Wirkung von rassistisch motivierten Anschlägen auf Stadtgesellschaften und Stadträume untersucht wird.² Dabei wird der übergeordneten Frage nachgegangen, auf welche Weise die Anschläge und der Umgang mit ihnen zur Konstitution spezifischer Räume der Migrationsgesellschaft (Glasze und Pott 2014) beitragen. Im Blick sind mit Rostock und Solingen zwei Orte in Deutschland, an denen rassistisch motivierte Anschläge geschehen sind und die als Extremfälle von Kämpfen um Erinnerung an rassistische Gewalt und postmigrantisches Fragen nach Zugehörigkeit verstanden werden können. Mithilfe von empirischen Daten diskutieren wir, wie diese offen rassistischen Handlungen in lokale Erinnerungspraktiken einbezogen werden und auf welche Weise durch diese Anschläge und als Reaktion auf sie neue Erinnerungsorte entstehen. Der Fokus liegt dabei auf den Akteur:innen vor Ort und ihren Formen, mit Erinnerung vor Ort umzugehen.

2. DIE FALLBEISPIELE ROSTOCK UND SOLINGEN

Das rassistische und antiziganistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 und der Brandanschlag in Solingen 1993 sind prominente Beispiele der rassistischen und rechten Gewalt nach der deutschen Wiedervereinigung. Den gewalttätigen Ausschreitungen in Solingen und Rostock-Lichtenhagen gingen lange, hoch emotionalisierte und teilweise aggressive Diskussionen in Politik und Medien zu den Themen Migration, Flüchtlinge und Asylrecht voraus. In dem spezifischen politischen und sozialen

Kontext nach der Wiedervereinigung gewannen nationalistische Stimmungen an Kraft, und strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft führten zu wachsender Unzufriedenheit (Çaylı 2021). In diesem Kontext wurden die Themen Migration und Asyl noch stärker politisiert, und die migrations-, flüchtlings- und ausländerfeindliche Stimmung hatte sich verstärkt. Auf ähnliche Weise wurden die bundesweiten Asyldiskussionen geführt und mündeten im sogenannten Asylkompromiss im Jahr 1993, der die Möglichkeiten zur Berufung auf das Grundrecht auf Asyl einschränkte (vgl. Herbert 2014, S. 100; Prenzel 2012, S. 26; BpB 2013). Die Untersuchung dieses Aspektes strahlt auch in die bundesrepublikanische Gegenwart aus, denn in den aktuellen politischen Diskussionen stellen laut Umfragen Migration und Flucht wieder ein relevantes Politikfeld da und es ist zu beobachten, wie antimigrations- und integrationspopulistische Diskurse an Bedeutung gewinnen.

Rostock-Lichtenhagen und Solingen sind gemeinsam zu Synonymen für die rassistische Gewalt der 1990er Jahre in der Bundesrepublik geworden. Sie sind aber keine Einzelereignisse. Die Taten selbst schreiben sich in ein Kontinuum ein und können als Ergebnis eines politischen und gesellschaftlichen Klimas betrachtet werden, in dem sich ähnliche Beispiele sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland fanden, z. B. – um nur einige Beispiele aus den frühen 1990er Jahren zu nennen – der Mord an Amadeu Antonio in Eberswalde (1990), die Anschläge auf Asylbewerber:innen und ehemalige Vertragsarbeiter:innen in Hoyerswerda und Hünxe (1991) und der Brandanschlag in Mölln (1992).

3. DIE GLEICHZEITIGKEIT DER ERINNERUNG

In Rostock und Solingen finden vielfältige Erinnerungspraktiken statt, die von diversen Akteur:innen und Institutionen geprägt sind. Auffällig dabei ist, dass die Erinnerung an die rassistischen Anschläge zwei verschiedenen Logiken folgt. Die eine und häufigste Logik ist die des Erinnerns aus der Zivilgesellschaft heraus. Vereine, Betroffene oder andere gesellschaftliche Akteur:innen gestalten die Erinnerung und weisen außerdem darauf hin, dass der Erinnerung an die Gewalttat auch immer strukturelle Veränderungen folgen müssen. Wir bezeichnen diese Form der Erinnerung als *Erinnern im Bottom-Up-Prinzip*. Demgegenüber tritt eine administrative und staatlich/städtisch organisierte Erinnerung mit offiziellen Gedenkfeiern und dem Einladen von Staatsgästen oder dem Wettbewerb für Denkmäler. Dies nennen wir *Erinnern im Top-Down-Prinzip*. Wir stellen fest, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Logiken des Erinnerns oft nicht gut funktioniert und von diversen Konflikten geprägt ist, konnten im empirischen Material aber auch Beispiele finden, wo es zu Symbiosen und Wechselwirkungen kommt, auf die hier in gekürzter Form des Artikels eingegangen werden soll.

In Rostock gab es von zivilgesellschaftlicher Seite jahrelang Kritik an der offiziellen Form des Gedenkens, die sich vor allem in der zu geringen Einbindung der Betroffenen – von denen ein großer Teil nach 1992 abgeschoben wurde – und der geringen Bereitschaft, auch strukturelle Veränderungen für die Zukunft herbeizuführen, um rechte Gewalt zu verhindern, äußerte. Unter anderem deswegen ist das Archiv *Lichtenhagen im Gedächtnis* entstanden, welches durch den Verein *Soziale Bildung e. V. (SoBi)* verantwortet und durch städtische Förderung finanziert wird. Damit stellt das Archiv eine einzigartige Schnittstelle von stadtpolitischer und zivilgesellschaftlicher Erinnerungsarbeit dar. Hier finden also erste Symbiosen zwischen Top-Down- und Bottom-Up-Ansätzen statt. Diese Symbiose beruht allerdings auf einer 30-jährigen Geschichte der Arbeit der Akteur:innen, die darauf zielte, das Gedenken auch für die Stadtverwaltung relevant zu machen.

Anfang 2022 gründete sich in Rostock außerdem ein breites Bündnis *Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992* aus diversen zivilgesellschaftlichen und administrativen Akteur:innen, um die Gedenkwoche im August 2022 zum 30. Jahrestag gemeinsam zu organisieren. Die Gedenkwoche fand vom 22.08.2022 bis zum 27.08.2022 in Rostock statt. An 20 verschiedenen Orten in der Stadt, die durch digitale Angebote ergänzt wurden, konnten diverse Formen der Erinnerungspraktiken beobachtet werden. Veranstaltungen fanden an der Universität, im Rathaus, in einer Pagode, am Tatort, im Jugendzentrum JAZ, in dem Gewerkschaftshaus, dem Peter-Weiß-Haus und vielen weiteren Orten statt. Es wurde in der Lichtenhagener Gedenkwoche deutlich, dass sich

Erinnerung in die gesellschaftlichen Felder von Politik, Wissenschaft, Jugendarbeit, politischer Bildung, Zivilgesellschaft und Schule eingeschrieben hat. Dies ist Ergebnis des oben beschriebenen jahrelangen Aushandlungsprozesses innerhalb der Stadt. Es wurde darauf geachtet, alle und vor allem die Perspektiven der Betroffenen in den Mittelpunkt zu stellen. So waren u. a. *Diên Hồng* und der *Migrant:innenrat* ein wichtiger Teil des Bündnisses. Dazu gehörte es auch, die Situation der Rom:nja, die in der ZAst angegriffen wurden, vertiefter aufzuarbeiten. Damit wurde 2022 begonnen, indem unter anderem Videos mit Interviews auf einer Homepage veröffentlicht wurden.³

Diese Symbiose von Ansätzen, die nicht konfliktfrei war, zeigt den Prozess in Rostock und ist auch als Reaktion auf die sich verändernde Stadtgesellschaft zu verstehen. In vielen Stadtteilen lebten 2019 eine zweistellige Prozentzahl an Personen mit Migrationserfahrung⁴, die zumeist mit dem „Sommer der Migration“ (Hess et al. 2017) von 2015 verbunden ist. Eine Erinnerung, die Top-Down und Bottom-Up vereint, ist notwendig, um die Bedürfnisse dieser postmigrantischen Stadtgesellschaft wahrzunehmen. Es wird sich nun empirisch zeigen, wie nachhaltig diese Zusammenarbeit nach dem 30. Jahrestag ist.

Im Unterschied zu Rostock gibt es in Solingen keine zentralisierte Form der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und unterschiedlichen Bündnissen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Stattdessen arbeitet die Stadt mit einzelnen MSO, Vereinen oder Initiativen zusammen und finanziert konkrete Projekte. Die Stadt finanziert und organisiert z. B. das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage und hat dafür die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Antirassismusbearbeitung eingestellt. Obwohl es diese Art der Zusammenarbeit und des Engagements im zivilgesellschaftlichen Bereich gibt, liegt der Schwerpunkt und Großteil der städtischen Erinnerungspraktiken darauf, auf Diskriminierung und Rassismus im Allgemeinen aufmerksam zu machen und nicht nur den Opfern des Brandanschlags von 1993 zu gedenken. Allerdings gibt es konkurrierende Narrative und Erinnerungsweisen in Solingen: Die Erinnerung an den Brandanschlag ist stark verbunden mit der Familie Genç, ihrer Rolle und Zusammenarbeit mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur:innen.

4. FAZIT UND AUSBLICK

Die Analyse der rassistisch motivierten Anschläge in Rostock-Lichtenhagen und Solingen zeigt, dass lokal spezifische Erinnerungspraktiken vorliegen, mit denen sowohl die Anschläge als konkrete Ereignisse als auch der Rassismus als gesellschaftliches Phänomen in den Städten verortet werden. Durch diese Erinnerungsorte und -praktiken werden die Anschläge Teil des Stadtgefüges und damit sozialräumlich wirksam. Es zeigt sich

dabei, dass die Erinnerungspraktiken an einen rassistischen Anschlag genauso vielfältig sind wie die Stadtgesellschaften und die städtischen Räume selbst. Durch die Verortung der Anschläge wird der ihnen zugrundeliegende Rassismus sicht- und wahrnehmbar und Teil des städtischen Raums. Indem unterschiedliche Akteur:innen an der Erinnerung an die Anschläge teilhaben, wird der derart verräumlichte Rassismus adressiert und bearbeitet. Dabei lassen sich Top-Down- und Bottom-Up-Ansätze unterscheiden, die auf je eigene Art und Weise das Erinnern in der Stadt prägen. In allen Fällen werden über Erinnerungspraktiken geographische Orte zu Erinnerungsorten transformiert, und beide zusammen tragen dazu bei, dass in beiden Städten spezifische Räume der

Migrationsgesellschaft konstituiert werden.

Weiterführend erscheint es uns sinnvoll zu untersuchen, auf welche Weise die Bedürfnisse der jeweils Betroffenen sowohl in Bezug auf das Erinnern als auch – und das erscheint noch relevanter – in der Schaffung von sicheren Räumen in der Gegenwart und Zukunft berücksichtigt werden können. Wie können an städtischen Orten Räume konstituiert werden, die diese Orte resilient gegenüber Rassismus werden lassen? Hier könnte der Blick besonders auf das Zusammenwirken der verschiedenen Akteur:innen, die Teil der jeweiligen Stadtgesellschaften sind, und die Materialität der Stadt gerichtet werden, um den Räumen der Migrationsgesellschaft weiter auf die Spur kommen zu können.

- 1 Dieser Beitrag ist eine gekürzte und aktualisierte Fassung eines Beitrags aus der Ad-Hoc-Gruppe „Die Rolle von Raum in Kämpfen um Zugehörigkeit von und für Migrant:innen und rassifizierte Menschen“, welcher im Verhandlungsband der Deutschen Gesellschaft für Soziologie erschienen (DGS) ist: https://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2022/article/view/1658
- 2 Projektlaufzeit: 1/2022–12/2024 Mittelgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
- 3 <https://lichtenhagen-1992.de/interviews-mit-betroffenen-des-pogroms-in-lichtenhagen/> (letzter Zugriff 31.01.2023).
- 4 https://rathaus.rostock.de/media/rostock_01.a.4984.de/datei/Bev%C3%B6lkerung%20mit%20Migrationshintergrund%202019.pdf (letzter Zugriff 31.01.2023).

Literatur

BpB – Bundeszentrale für politische Bildung. 2013. *Vor zwanzig Jahren: Einschränkung des Asylrechts 1993*. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/160780/vor-zwanzig-jahren-einschraenkung-des-asylrechts-1993/> (Zugriff: 29.01.23).

Glasze, Georg, und Andreas Pott. 2014. Räume der Migration und der Migrationsforschung. In *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*, vol. 3, Forschungsberichte der ARL, Hrsg. Paul Gans, 47–62. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Herbert, Ulrich. 2014. „Asylpolitik im Rauch der Brandsätze“ – der zeitgeschichtliche Kontext. In *10 Jahre Asylkompromiss*, Hrsg. Stefan Luft und Peter Schimany, 87–104. Bielefeld: transcript.

Hess, Sabine, Bernd Kasperek, Stefanie Kron, Matthias Rodatz, Maria Schwertl und Simon Sontowski (Hrsg.). 2017. *Der lange Sommer der Migration*. Assoziation A e. V. 2. korrigierte Auflage. Berlin, Hamburg: Assoziation A (Grenzregime, 3).

Pott, Andreas. 2016. Geographien des Rassismus. In *Die Dämonisierung der Anderen*, Hrsg. Maria do Mar Castro Varela und Paul Mecheril, 185–192. Bielefeld: transcript.

Prenzel, Thomas. 2012. Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. In *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen: Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, 9–29. Rostock: Univ. Rostock, Inst. für Politik- und Verwaltungswiss.

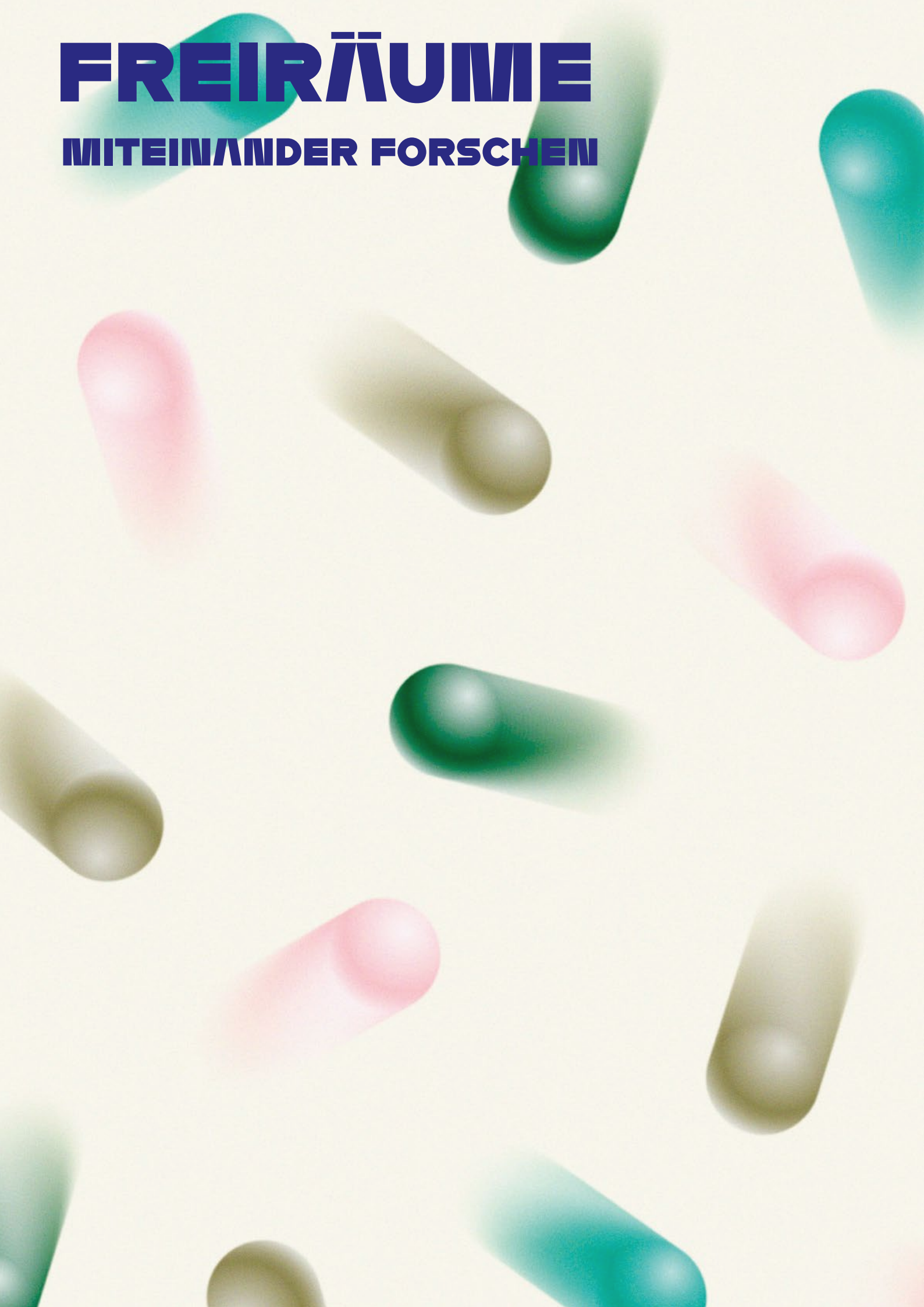


DR. DANIEL KUBIAK ist seit 2020 als Postdoc am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der HU Berlin in Forschungsprojekten zu urbanen postmigrantischen Gesellschaften angestellt. 2019 verteidigte Kubiak seine Promotion mit dem Titel „Die unendliche Geschichte der ostdeutschen Identität“. Seine Schwerpunkte sind u. a. Ostdeutschland, Erinnerungspolitiken, Stadtforschung und Identitätsbildung. Er hostet diverse Podcasts (B.O.M. | Musi*Sociology | BIMtalk)



FREIRÄUME

MITEINANDER FORSCHEN



WAS IST...



Die FREIRÄUME sind eine Plattform für die Beschäftigung mit einer Reihe interkulturell relevanter und gesellschaftlich dringlicher Themen, ausgehend vom Handeln und dem Forschen Aller (Sibylle Peters, 2013). Sie werden gestärkt durch die Einbindung von wissenschaftlichen und politischen Expertisen sowie künstlerischen Impulsen. Thematische Schwerpunkte bilden die Aspekte: Nachhaltigkeit, Inklusion, Kinder- und Jugendliche, Europa – immer verschränkt mit dem Bereich der Interkultur.

WAS WAR...

Innerhalb der FREIRÄUME gab es Möglichkeiten für Exploration und Austausch. Aktive Inputs der Teilnehmenden fanden Platz in performativen Experimenten, künstlerischen Workshops oder interaktiven Installationen. Zeitgleich fand ein Jugendfachforum statt, dessen Impulse das Forum perspektivenreicher gestalten. Die FREIRÄUME sind ebenso Kommentarfunktion, Spiel, Schreibstube, Kongressarchiv, Hang-Out-Place, Dritter Ort ... und viel mehr.

Alle FREIRÄUME wurden als demokratische Diskussionsräume inkl. Ambiguitätstoleranz verstanden. Sie waren fluide, auch in Zwischenräumen, etwa in Vorräumen, Außenbereichen und digitalen Räumen erlebbar.

Zwischen Open Space und Projektwerkstatt waren die FREIRÄUME ein Teilnehmenden-zentriertes Format: Während der gesamten Kongressdauer fanden sie als offenes Angebot statt. Über einen Call for Participation wurde zu einer breiten Beteiligung eingeladen. Es gab 18 Einreichungen, die sich bei dem Format präsentierten und es mitkuratierten.

Vorbereitung: Judy Engelhardt, Interkulturelles Forum Hamburg; Deniza Petrova, DigitalCampus Brandenburg; Jana Kühn, Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg; Sebastian van Ledden, Bundesweiter Ratschlag Kulturelle Vielfalt

IMPULSGEBER:INNEN

Hummustopia #LeckerStreiten

Ein Raum für Begegnung/ein Miteinander
Avraham Rosenblum

Empatiemobil

Interaktive Installation
Kooperationsprojekt der Hamburger Kulturzentren
Goldbekhaus, Bürgerhaus Barmbek, ella Kulturhaus
Langenhorn, Zinnschmelze

Heimatsounds

Interkulturelles Musikensemble
Erik Leuthäuser
Musiker

Fluctoplasma – Hamburgs Festival für Kunst, Diskurs und Diversität

Buluntu Zine Workshop
Dan Thy Nguyen & Zeynep Sila Demircioğlu

Orte europäischer Begegnung

Noémie Kaufman/Projektleitung „Kunst- und Kulturvermittlung in Europa“, Stiftung Genshagen

MitMachMusik e. V. – Klingender Bildungsweg

Marie Kogge & Team

Netzwerk Junge Ohren

Labor zur Öffnung Transkultureller Freiräume
Anna Peters und Tom Verbeke

Projekt Wortreich

Interaktive Installation
Eleonora Cucina

Interkulturelles Forum Hamburg

Impuls Interkultur
Judy Engelhardt



Rechenzentrum Potsdam – „Vom Abrissobjekt zum soziokreativen Kosmos mit Zukunft“

Anja Engel

beyond the intersection (Film)

Tina Adomako

**#Körper #Bewegung #Kommunikation:
Dialog durch Tanz**

Yeri Anarika Vargas Sanchez

**Festival für Freunde e. V. – „Hybride Festivals
in ländlichen Räumen“**

Marie Golüke

SPECIAL inter□skulptur

Performatives Kongressarchiv

Doris Sprengel, Luzia Schelling, Jana Kühn, Marcel Pilz
Die interskulptur wächst. Sie kann dich hören. Sie spielt. Sie forscht. Sie ist ein guter Wurf. Sie animiert. Sie fühlt. Sie hinterlässt Spuren. Sie berichtet. Sie bietet an. Sie schafft Masse. Sie klingt. Sie stickt. Sie schreibt. Sie fragt. Sie färbt ab. Sie macht Platz. Sie ufert aus. Sie ist Bühne für dich. Sie wiederholt dich und sich. Sie verbindet. Sie verwertet. Sie handelt. Sie archiviert. Und wächst weiter.



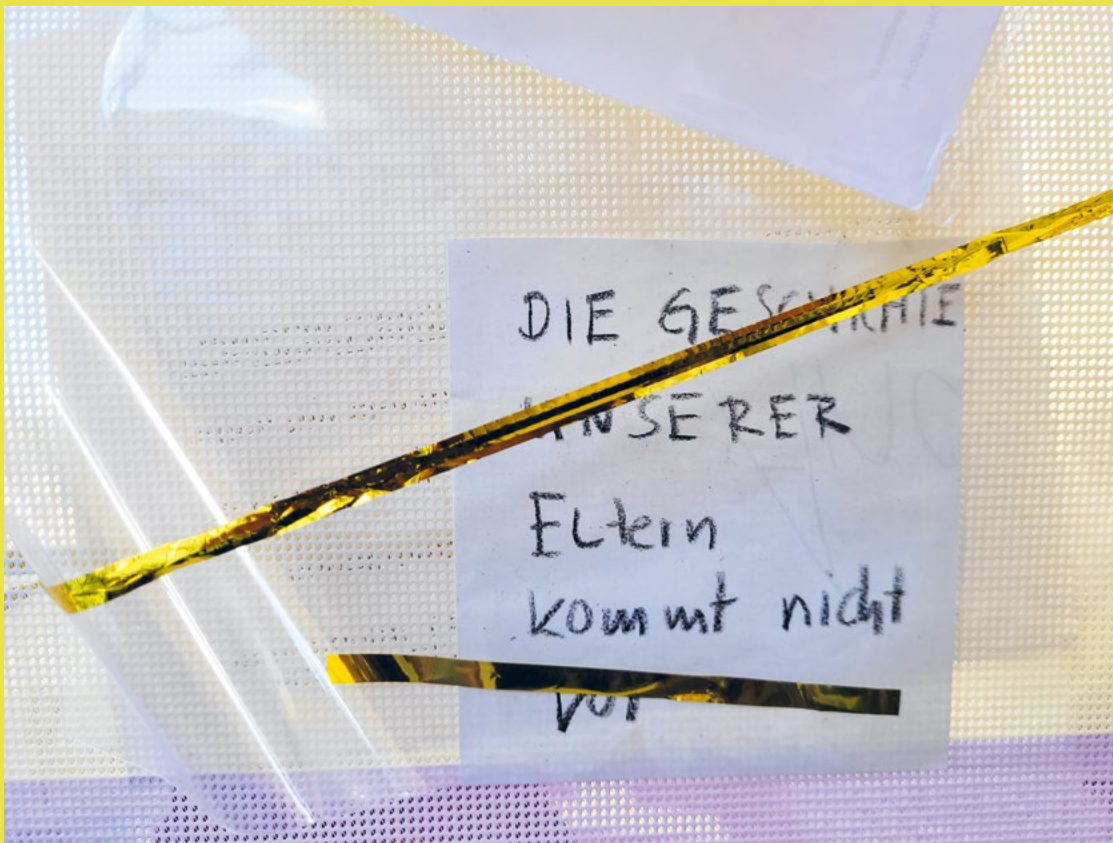
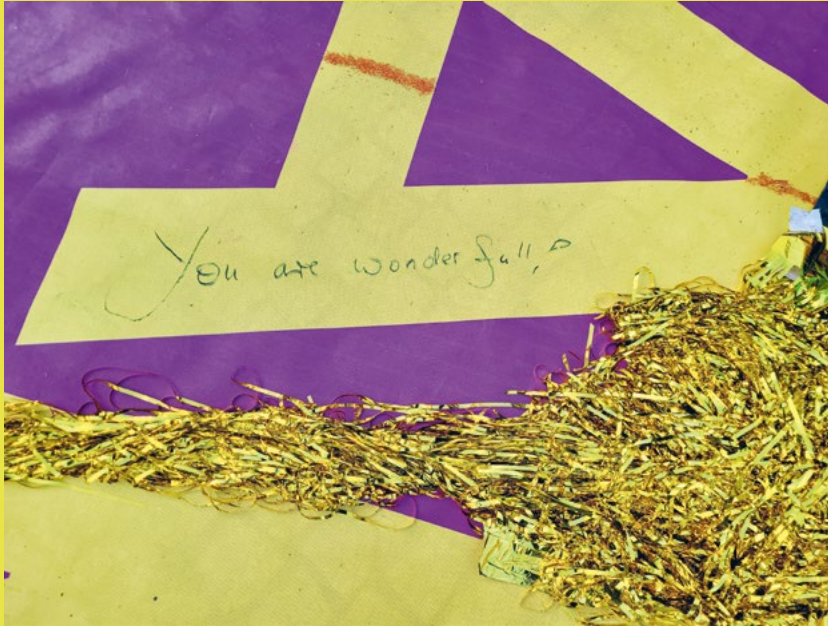
Fotodokumentation
inter□skulptur



LESSONS LEARNED



Video Lessons Learned –
FREIRÄUME



„LECKERSTREITEN IST UNSER MOTTO“

Avraham Rosenblum lebt in Hamburg, wo er interkulturelle Projekte konzipiert und unterstützt. Er wurde in Haifa, Israel, geboren und war dort schon früh in der Musik- und Theaterszene zuhause. Sein Ziel: Menschen über politische Grenzen hinweg zusammen zu bringen. Auf dem Kongress stellte er sein Projekt Hummustopia vor.

Interviewerinnen: Warum hast du diesen Namen „Hummustopia“ ausgewählt?

Avraham Rosenblum: Ich habe den Namen „Hummustopia“ aus mehreren Gründen gewählt. Erstens liebe ich Hummus sehr. Ich koche es gerne, esse es gerne und ja, ich mache auch gerne humorvolle Bemerkungen darüber, wie sehr ich es mag – sogar so sehr, dass ich darin baden könnte! Das war eine meiner Motivationen. Zweitens symbolisiert Hummus für mich eine verbindende Masse. Es bringt Menschen zusammen, da das gemeinsame Essen eine der ältesten menschlichen Traditionen ist, die es gibt. Ich finde diese Idee äußerst kraftvoll und ich glaube, dass Hummus ein uraltes Lebensmittel ist. Ich kann mir gut vorstellen, dass viele familiäre, gemeinschaftliche und gesellschaftliche Zusammenkünfte in der Geschichte von Hummus begleitet wurden. Der dritte Grund ist, dass Hummus oft Gegenstand von Streitigkeiten ist. Viele Länder streiten sich beispielsweise über die Herkunft von Hummus oder das „richtige“ Rezept. Es gibt sogar Debatten darüber, wem Hummus gehört. Da mein Projekt ist, die Streit-Kultur zu debattieren, schien der Name „Hummustopia“ perfekt dazu zu passen. Letztendlich steht „Hummustopia“ für eine bessere Welt, die wahrscheinlich nicht erreichbar ist. In dieser Welt essen die Menschen alle veganen Hummus, weil sie sich nicht mehr streiten müssen.

Warum hast du die Methode des „Leckerstreitens“ im Rahmen dieses Kongresses verwendet, insbesondere da die meisten Teilnehmer:innen viele Gemeinsamkeiten aufweisen und bei bestimmten Themen mehr oder weniger sensibilisiert sind? Wie funktioniert diese Methode in diesem Kontext?

„Leckerstreiten“ ist eher unser Motto und tatsächlich führen wir das Projekt am liebsten im öffentlichen Raum durch, weil es dort am besten funktioniert und einen großen Nutzen hat. Passantin:innen aus allen möglichen Herkunftten und Hintergründen kommen zusammen, diskutieren und begegnen einander und das ist einfach sehr schön.

Wir vermeiden es, in einer Gruppe von Menschen zu arbeiten, die alle gleich denken, weil das Projekt dann nicht sein volles Potenzial entfalten kann. Wenn wir das Projekt in öffentlichen Räumen durchführen, nutzen wir professionelle Konfliktberatung, gemeinsames Essen, Musik und Mediation, um den Teilnehmer:innen Werkzeuge für den Umgang mit Konflikten in ihren zukünftigen Begegnungen zu geben. Auf diesem Fachkongress stellen wir unsere Methode vor und zeigen, wie sie in verschiedenen Bereichen angewendet werden kann. Wir haben bewusst keine Konfliktberater:in mitgebracht, da wir davon ausgehen, dass wir ähnliche Ansichten teilen. Trotzdem waren die Themen, die wir besprochen haben, nicht immer einfach und einige von uns konnten keine Lösungen finden. Dies führte zu intensiven Diskussionen, was wir als positiv empfanden.



Wo hat nach deinen Erfahrungen und Beobachtungen diese Methode besonders gut funktioniert? Gibt es ein Beispiel, das dir besonders im Gedächtnis geblieben ist?

Wenn ich dieses Projekt im öffentlichen Raum in Hamburg durchführe, zieht es manchmal störrische Menschen an, besonders wenn es sich um ein antirassistisches oder politisches Thema geht. Diese Leute wollen manchmal humorlose Witze erzählen oder ihre Meinung kundtun, und ich freue mich in der Tat, wenn sie kommen. Ich habe immer eine:n Konfliktberater:in an meiner Seite. Wenn es um problematische Bereiche geht, insbesondere in einem rassistischen Umfeld, achte ich auch verstärkt auf die Sicherheit meines Teams. Bisher wurden solche Situationen immer erfolgreich gelöst. Es gab immer eine Deeskalation und mein persönlicher Eindruck ist, dass die Leute, die gekommen sind, um zu provozieren, oft mit einer etwas anderen Perspektive nach Hause gegangen sind. Das freut mich sehr.

Wie kommen die Ideen für diese Fragen oder Themen zustande?

Ungefähr 80 Prozent der Themen kommen von mir selbst. 18 Prozentsind von Kooperationspartner:innen und zwei Prozent sind gespendete Themen. Auf der Website gibt es ein anonymes Formular zum Spenden von Themen und ich hoffe sehr, dass mir Menschen Themen spenden. Mein Ziel ist es, dass nicht nur meine eigenen Gedanken und Ansichten vertreten sind. Ich bemühe mich sehr, eine Vielfalt von Themen zu berücksichtigen. Vieles von dem, was ich schreibe, ist oft weit von meinen eigenen Überzeugungen entfernt, aber ich freue mich über Themenvorschläge. Auch hier auf dem Kongress wurden mir einige Themen geschenkt, und das ist immer spannend. Manchmal ändere ich sie nur so ab, dass sie keine einfachen Ja- oder Nein-Fragen sind. Statt zum Beispiel „Findest du Rassismus gut? Ja oder Nein?“, versuche ich, das Thema so zu formulieren, dass es zur Diskussion anregt, aber das Thema selbst erhalten bleibt.





FACHFORUM 1: ERINNERUNGS- RÄUME

WEM GEHÖRT DIE ERINNERUNG?

WEM GEHÖRT DIE ERINNERUNG?

EINLEITUNG

Erinnerungskultur hat Konjunktur. Dabei hat der erinnerungspolitische Umgang mit deutscher Geschichte verständlicherweise einen Schwerpunkt auf die NS-Schreckensherrschaft und ihren Folgen. Die Dominanz der Ereignisse zwischen 1933 bis 1945 im individuellen Erinnern und öffentlichen Gedenken wird allerdings gegenwärtig von zwei Entwicklungen herausgefordert. Zum einen ist es das „Verschwinden der Zeitzeugenschaft“, welches neue Gedenk- und Vermittlungsformen notwendig macht, zum anderen ist es die damit verbundene Öffnung des Blicks auf andere historische Zeitabschnitte, die ebenfalls ein Gedenken verdienen.

Ein weiteres Argument verdient ebenfalls Berücksichtigung: Erinnern und Gedenken in Deutschland war lange Zeit eine Angelegenheit der deutschen Mehrheitsgesellschaft – und zwar im doppelten Sinne: Die Erinnernden waren Deutsche und das zu Erinnernde waren vor allem deutsche Verbrechen in der NS-Zeit. Die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft aus anderen Epochen deutscher Geschichte gerieten dabei nicht so in den Fokus, wie sie es auch jenseits „runder“ Gedenktage verdient hätten. Darüber hinaus vollzog sich das öffentliche Erinnern bis zur deutschen Vereinigung vor dem Hintergrund zweier politischer Systeme, für die Geschichte und die sie vermittelnde Geschichtswissenschaft immer auch Legitimationsfunktion besaßen. Nicht zuletzt der gesamtdeutsche postkoloniale Diskurs versucht dieses

Manko deutscher Erinnerungskultur ins öffentliche Bewusstsein zu heben, womöglich Parallelen beim Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuzeigen. Darüber hinaus wurde zunehmend anerkannt, dass die deutsche Geschichte – wie auch die Historie anderer Staaten – immer von Austausch und Zuwanderung geprägt war, und zwar nicht erst seit den „Gastarbeiter“- bzw. „Vertragsarbeiter“-Anwerbeaktionen in den 1950er bis 1970er Jahren. Den Einfluss von Migrant:innen auf die Entwicklung Deutschlands, von den Hugenotten in Preußen über die Vertreibungen des II. Weltkrieges bis hin zu den Flüchtlingen heute, gilt es stärker erinnerungspolitisch zu berücksichtigen und perspektivisch einzubinden. Dass dabei auch der „Blick von außen“ auf die deutsche Geschichte eine neue Bewertung erfahren muss, dürfte kulturpolitisch mittlerweile unbestritten sein.

Vor diesem Hintergrund versuchte das Fachforum einen thematischen Bogen zu schlagen, der die unterschiedlichen Facetten von Erinnerung und Gedenken in historischer Perspektive und kulturpolitischem Diskurs aufgreift und bewertet. Thematisiert wurde dabei auch der postkoloniale Diskurs, weil er rassistische Dispositionen der deutschen Mehrheitsgesellschaft in den Blick nimmt, die an die koloniale Vergangenheit erinnern. Vor allem aber dürfen die mittlerweile rund 20 Millionen Menschen nicht vergessen werden, die zumeist als Gastarbeiter:in, Vertragsarbeiter:in, Spätaussiedler:in oder

„Deutschland als Zuwanderungsland muss seine traditionelle Gedenkkultur hinterfragen und die deutsche Gesellschaft Formen sowie Inhalte des Erinnerns entwickeln, die der ethnischen Vielfalt dieses Landes gerecht werden.“

Flüchtling nach Deutschland kamen und zusammen mit ihren Kindern und Enkeln ebenfalls das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft prägen. Dass in diesem Zusammenhang das „ostdeutsche Erinnern“ gesondert thematisiert wurde, war nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass der 7. Bundesfachkongress Interkultur mit seinem Austragungsort Potsdam erstmals in einem der sogenannten Neuen Bundesländer stattfand.

Deutschland als Zuwanderungsland muss seine traditionelle Gedenkkultur hinterfragen und die deutsche Gesellschaft Formen sowie Inhalte des Erinnerns entwickeln, die der ethnischen Vielfalt dieses Landes gerecht werden. Das Fachforum stellte sich dem Anspruch, diese Vielstimmigkeit aufzugreifen und Wege zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur aufzuzeigen, die neben

den gemeinsamen Erfahrungen von Unterdrückung und Gewaltherrschaft auch die positiven Errungenschaften des demokratischen Gemeinwesens im Kampf um Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe nicht unberücksichtigt lässt.

Damit sind zugleich Kernfragen der historisch-politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft verknüpft, die im Fachforum ebenfalls perspektivisch in den Blick gerieten. Was sind gemeinsame Schnittmengen in der historischen Erfahrung von Menschen unterschiedlicher Herkunft? Welche davon sind konstitutiver Bestandteil einer neuen Erinnerungskultur? Und wie verbinde ich dabei traditionelle mit neuen Formen des Gedenkens?



FRANZ KRÖGER studierte Geschichte und Sozialwissenschaften in Bielefeld und ist stellvertretender Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft in Bonn

WEM GEHÖRT DIE GESCHICHTE?

DEUTSCHE ERINNERUNGSKULTUR UND WELTGEDÄCHTNIS

Ich möchte mit etwas beginnen, was Sie vielleicht nicht von mir erwarten. Ich beginne mit meiner Besorgnis darüber, dass die konventionelle Erinnerungskultur, auf Holocaust und Nationalsozialismus bezogen, gefährdet ist.

Die Affäre um Hubert Aiwanger hat dies gerade veranschaulicht. „Wir haben ein reines Gewissen“, sagte er unter dem Jubel eines bayrischen Bierzeltes, und damit schob er nicht nur die eigene Verantwortung für dieses bekanntlich grauenhafte Flugblatt seiner Schulzeit von sich, sondern er bezog seine Anhängerschaft in dieses rechtspopulistische Wir ein. „Wir haben ein reines Gewissen“, das hat mich an die Verleugnung der NS-Verbrechen in der Nachkriegszeit erinnert, als die Deutschen sich als Opfer sahen, so wie sich die Wähler:innen des Rechtspopulismus heute wieder als Opfer gerieren.

Ich spüre da vor allem eine radikale Abwehr jeglicher Empfindsamkeit. Deshalb ist die konventionelle NS-Erinnerungskultur so bedroht: weil sie entleert ist, weil sie erstickt an Selbstgefälligkeit. Das ist die erste Lehre aus der Affäre Aiwanger. Die zweite Lehre betrifft die Hierarchie, die einen hier anspricht: Wer darf was sagen? Ich habe das auf die Formel gebracht: Aiwanger ist kein Palästinenser. Keine Journalistin, kein Lehrer mit einem arabischen Namen hätte eine nur entfernt vergleichbare „Jugendsünde“ dieser Art beruflich überlebt.

Diese beiden der Aktualität geschuldeten Eingangsbemerkungen deuten bereits an: Wir befinden uns in einer Situation mit komplexen Herausforderungen. Ich nenne sie „die neue Unübersichtlichkeit“. Einige ihrer Faktoren sind:

- der Aufstieg von rechtsextremem Denken und Geschichtsrevisionismus in Deutschland
- im Gefolge des Ukrainekriegs das Wiederaufleben von Totalitarismustheorien und das Aufkommen tumber Analogien („Putin der neue Hitler“)

- der Missbrauch von Holocaust-Erinnerung für nationalistische Zwecke etwa Polen, Ungarn, aber auch im deutschen Rechtspopulismus
- die kognitiven und moralischen Probleme der Deutschen zu erfassen, was gegenwärtig in Israel geschieht und was der dortige Rechtsextremismus für die deutsche Haltung zu Israel-Palästina bedeutet.

All diese Problematiken sind da, bevor ich überhaupt koloniales Erinnern und Diversität angesprochen habe! Es geht also heute nicht allein um eine Öffnung der deutschen Erinnerungskultur hin zu einem Geschichtsdiskurs der Inklusion und Solidarität, sondern zugleich um die Verteidigung des Holocaust-bezogenen Gedächtnisses gegen Aushöhlung und Missbrauch. Es war immer ein intellektuell ärmlicher Ansatz, sich Inklusion als bloße Addition erinnelter Gewaltverbrechen vorzustellen. Heute wird deutlich, dass es um etwas viel Umfassenderes geht, nämlich um ein neues historisches Begreifen und ein daraus abgeleitetes Handeln. Es geht um eine neue Grundierung von Antifaschismus auf der Höhe der verflochtenen Weltverhältnisse des 21. Jh.

All dies ist, bitte sehr, kein „zweiter Historikerstreit“! Das Schlimme ist, dass sich immer die dummen, unzutreffenden Begriffe am besten durchsetzen. Hier handelt es sich aber auch um einen Kampfbegriff, der vorgaukelt, es gelte wieder etwas zu entscheiden, es gelte wieder die Bedeutung des Holocausts zu verteidigen. Und es komme auf die Historiker an, in der männlichen Form natürlich... Alles falsch.

Der Historikerstreit von 1986 hatte ein Thema: der Vergleich von nationalsozialistischen und stalinistischen Verbrechen sowie die deutsche Verantwortung für den Holocaust. Er endete mit der Zurückweisung der geschichtsrevisionistischen Position und mit der Betonung der deutschen Verantwortung, auch durch

den Begriff der Singularität. Heute haben wir nicht ein Thema, sondern eine Situation. Und zwar sowohl global wie vor der Haustüre. Wir sind in der Phase des Abschieds von der weißen Dominanz, die Weltverhältnisse ordnen sich neu.

Im Untertitel meines Buches „Den Schmerz der Anderen begreifen“ benutze ich den Begriff „Weltgedächtnis“. Was ist damit gemeint? Natürlich gibt es kein globales tickendes Hirn; das Gedächtnis der Welt ist eine höchst plurale, diverse, verzweigte Angelegenheit. Dennoch sind Strukturen sichtbar. Die Nachfahren der Kolonisierten empfinden sich als in einer Welt lebend, die ganz unübersehbar noch von damals eingravierten Konturen gezeichnet ist, beginnend beim Verlauf von Landesgrenzen, bei den Namen für Landschaften, Inseln, ganze Staaten. Auch wenn Kolonialismus nicht allein ein weißeuropäisches Phänomen war, so hat sich doch keine andere Variante so tief und dauerhaft in die Globalgeschichte eingetragen.

Das Schlimme ist, dass sich immer die dummen, unzutreffenden Begriffe am besten durchsetzen.

Daraus sind zwei Arten von kollektivem Gedächtnis entstanden, ich nenne sie provisorisch und vereinfachend das kleine weiße und das große Schwarze Gedächtnis. In der kollektiven Erinnerung vieler Völker ist der Kolonialismus mit einem weiten Spektrum an Erfahrungen lebendig, natürlich nicht nur afrikanischen. Europas schlechtes Erinnerungsvermögen ist eine Abweichung, eine partikuläre Angelegenheit, und Europa wird dieser Tage immer dringlicher darauf hingewiesen, sich doch bitte auf das Niveau der übrigen Welt hinaufzubemühen. Wer sich unter diesen Umständen weigert, für die Verbrechen der Vergangenheit Verantwortung zu übernehmen, spielt gegen die Zeit.

Mit dem veränderten Zeitgeist im Rücken werden Forderungen gestellt, etwa die Rückgabe von geraubtem Kulturgut, und oft sind dies alte Forderungen, die heute mit viel mehr Aussicht auf Erfolg erneut erhoben werden. Mit dieser Situation sind alle ehemaligen Kolonialmächte Europas konfrontiert. Und überall sehen wir ähnliche Abwehrmechanismen. Nur in Deutschland kann sich die Abwehr als ethisch gut kostümieren, nämlich als Verteidigung der Holocaust-bezogenen Erinnerung.

Hinzu kommen, und das ist der zweite Teil der veränderten Situation, Anforderungen aus der Diversität der Gesellschaft, Stichwort Memory Citizenship. Auch hier haben wir Schnittmengen mit anderen europäischen Gesellschaften, aber es gibt deutsche Spezifika. Denn: Wir sind eine postnationalsozialistische, postko-

lonialistische, postmigrantische Gesellschaft. Das sieht zum Beispiel so aus: 25 Prozent haben keine familiäre Verbindung zur Tätergesellschaft der NS-Zeit. Zugleich haben ebenfalls Prozent, die große Rentnergeneration, eine große biographische Nähe zum Nationalsozialismus. Mein Vater war zum Beispiel Mitglied der NSDAP, sicherlich auch einige meiner späteren Lehrer. Gerade die Deutschen mit generationeller Täternähe sehen die Zugewanderten oft als Bedrohung der Erinnerungskultur. Sie sollen sich erst mal in dieses Erinnern integrieren, bevor sie mitreden dürfen.

Aber in was integrieren? Schauen wir genauer hin. Achtzig Prozent der heutigen Deutschen meinen, die meisten Deutschen damals hätten vom Holocaust nichts gewusst. Ebenso viele sind sich sicher, dass die eigenen Vorfahren keine Zwangsarbeiter:innen in ihren Werkstätten, Haushalten oder Bauernhöfen beschäftigt haben – obwohl sie in der späten Kriegszeit allgegenwärtig waren. Hier zeigt sich exemplarisch, wie Erinnerungskultur und Entlastungsmechanismen ineinandergreifen: Die Zwangsarbeit wird – anders als zur Tatzeit – als Unrecht anerkannt, gar verabscheut, und darum darf niemand von den eigenen Leuten damit etwas zu tun gehabt haben.

Die Gedenkkultur hat sich wie ein schützender Riegel zwischen Vergangenheit und Gegenwart gelegt. Ein tonangebender Teil der Gesellschaft – alteingesessen, akademisch gebildet, westdeutsch – schöpft aus dem ritualisierten Erinnern Selbstversicherung, das Gefühl eigenen Gutseins, manchmal gar moralischer Überlegenheit. Erinnerungskultur ist hier eine bürgerliche Sitz- und Besitzkultur, intellektuell und habituell weit entfernt von den Milieus etwa der Angehörigen der NSU-Opfer, wo Antifaschismus Handeln und Bedürfnis ist. Der Sitzkultur fehlt das Erschrecken, die Verstörung und das Gefühl von Gefährdetsein.

Die Anthropologin Esra Özyürek beschreibt in ihrem neuen Buch „Subcontractors of Guilt“, (etwa: Subunternehmer der Schuld) die Dynamiken der Abwehr speziell gegenüber Muslimen und Musliminnen. Özyürek hat sich viele der Programme angeschaut, mit denen Muslime an das deutsche Erinnern „herangeführt“ werden sollen. Wenn die Teilnehmenden, die oft Rassismus-Erfahrungen haben, nach einem Auschwitz-Besuch die Angst äußern, es könne ihnen als Muslime so ergehen wie es Juden/Jüdinnen ergangen sei, dann sind dies „falsche Gefühle, eine falsche Empathie, eine falsche Furcht“, so Özyürek. Die Muslime sollen sich nicht mit den Opfern identifizieren, da gehören sie nicht hin. Wenn sie nicht bereit sind, auf die deutsche Täterseite zu kommen, haben sie etwas nicht verstanden, sind nicht integriert, können nicht richtig deutsch werden.

„Wir sehen hier die exkludierenden Züge einer Erinnerungskultur, die sich für moralisch unanfechtbar hält.“ (Esra Özyürek hat übrigens einen jüdischen Partner;

das wurde in Deutschland, anders als in den USA, mit großer Verwunderung aufgenommen. Eine Muslimin und ein Jude. Als sei dies etwas prinzipiell Gegensätzliches. Der Antisemitismus wird an die Muslime delegiert.)

Soweit die Kritik – aber ruhen wir uns darauf nicht aus. Denn es ist die Frage, wie sich die Diversität der Gesellschaft zur Forderung nach einem inklusiveren Erinnern verhält, ist nicht so leicht zu beantworten. Ich höre oft ein Opportunitäts-Argument, das klingt etwa so: „Es gibt nun eine globalisierte Welt-Öffentlichkeit und mehr Migranten; darum müssen wir die Kolonialverbrechen berücksichtigen.“ Das erinnert mich für einen Moment an die Argumente für das Luxemburger Abkommen der Bundesrepublik 1952 mit Israel, das erste sogenannte Wiedergutmachungsabkommen: Es gab damals so gut wie kein Schuldempfinden unter den Westdeutschen, aber um politisch im Westen wieder eine Rolle spielen zu können, das wusste Kanzler Adenauer, musste man Zugeständnisse machen.

Gegen das Opportunitätsdenken lautet mein Plädoyer: Koloniales Erinnern muss von der Mehrheitsgesellschaft, muss von allen gewollt werden. Es ist eine Entscheidung, kein Zugeständnis aus Opportunität. Der Abschied von der früheren weißen Strafflosigkeit, wie ich es nenne, ist nicht zu haben ohne die Selbstveränderung der Mehrheitsgesellschaft. Und genau die ist oft nicht gewollt. Das historische Vorkommnis von Kolonialverbrechen wird dann widerwillig als neuer Wissensstoff akzeptiert. Ein Wissen ohne Schmerz, ein kaltes Wissen.

Anders als Frankreich oder Großbritannien hat Deutschland keine großen Communities aus seinen eigenen ehemaligen Kolonien, unter anderem weil diese Kolonien schon 1918 verloren gingen. Weil das in Frankreich und Großbritannien anders ist, mit den entsprechenden Einwanderungen der 1940er und 1950er Jahre, gab es dort schon wesentlich früher öffentlichen Druck, die koloniale Amnesie zu beenden. Die Struktur der deutschen postmigrantischen Gesellschaft ist im Vergleich dazu sehr multi-divers. Allerdings haben viele Eingewanderte, anders als oft behauptet, durchaus Bezüge ihrer Herkunftsländer zur NS-Geschichte. Das gilt für MigrantInnen aus Osteuropa, deren Länder Opfer waren oder gelegentlich Kollaborateure. Die Türkei nahm Flüchtlinge aus NS-Deutschland auf, ebenso Syrien. Aus dem Maghreb kamen viele Kolonialsoldaten, die gegen Nazi-Deutschland kämpften.

Daneben gibt es postmigrantische Gruppen mit spezifischen Traumata: Bosniak:innen, Jeziden, Palästinenser:innen. Letztere sind mit der deutschen Geschichte besonders eng verbunden. Die Vertreibung ihrer Vorfahren aus der angestammten Heimat hätte es ohne den europäischen Antisemitismus, ohne die Shoah nicht in diesem Maße gegeben. Mein Plädoyer, dass sich die Erinnerungskultur für palästinensische Stimmen öffnen soll, ist dennoch bei einem Teil der Öffentlichkeit (oder der

veröffentlichten Meinung) auf strikte Ablehnung gestoßen. Die Palästinenser gelten als Feinde Israels und damit auch als Feinde der Deutschen, die sich an der Seite Israels sehen. Das zeigt, wie sehr die Erinnerungskultur von mehrheitsdeutschen Psycho-Dynamiken geprägt ist und wie weit wir noch von einem gerechten Erinnern entfernt sind.

Die erinnerungskulturelle Debatte von heute ist also mit Grund sehr komplex. Und sie handelt nicht zuletzt davon, ob diese Komplexität akzeptiert wird, ob Erinnerungskultur als ein Prozess ständiger Veränderung verstanden wird. Oder ob sie als etwas einmal Festgeschriebenes betrachtet wird, festgeschrieben von den betagten Anteilseignern des Erinnerns oder von staatlichen Instanzen.

Die deutsche Erinnerungskultur hängt gegenüber der historischen Forschung zwei Jahrzehnte zurück.

Ich weise auf diese Komplexität so vehement hin, weil die Anerkennung der Komplexität eine befreiende Wirkung hat. Diese Debatten sind gut, sie sind an der Zeit, sie bringen nach vorne. Niemand, der daran teilnimmt, vor allem von gesellschaftlich marginalisierter Seite, braucht sich zu rechtfertigen. Niemand muss hier ein Ticket lösen, um mitfahren zu dürfen. Im Gegenteil: es gibt einen Nachholbedarf, gerade in Deutschland, und auch einen Nachhilfebedarf. Und ich stelle fest, dass die postmigrantische Intelligenzia mehr mit Debatten anderswo, auch mit der anglophonen Academia, vernetzt ist als das alt-deutsche Erinnerungsmilieu. Die deutsche Erinnerungskultur hängt gegenüber der historischen Forschung zwei Jahrzehnte zurück Warum ist das wichtig? Weil es einen Punkt betrifft, der bei kundigerer Betrachtung helfen könnte, unnötige Feindseligkeiten aus der Debatte herauszunehmen, was nämlich das Verhältnis von Nationalsozialismus und Kolonialismus betrifft. Denn dass der Nationalsozialismus selbst koloniale Züge hatte, vor allem in der Eroberung des Ostens, ist längst anerkannt. Der Begriff „NS-Kolonialismus“ ist in der Wissenschaft seit langem etabliert; er bezieht sich vor allem auf den kolonialen Charakter des Eroberungskriegs der Wehrmacht im Osten. Und die Ermordung des osteuropäischen Judentums war nur vor der Folie dieses Vernichtungskrieges möglich. Wenn man den Holocaust also nicht künstlich aus der Geschichte herauslöst, innerhalb derer er stattgefunden hat, wenn man ihn im Rahmen der anderen NS-Massenmorde betrachtet, dann lassen sich ohne Relativierung Bezüge zur Gewalt in außereuropäischen Kontexten betrachten. Und dann könnte man sich etwa auf folgende Feststellung

Für mich ist Erinnerungskultur eine ethische Ressource, die zweifeln macht, die zum Fragen und zum Handeln anregt. Sie darf, sie muss verstören. Und sie ist ein Produkt von Kämpfen.

einigen: Der Anspruch, bestimmen zu können, wer auf der Welt leben darf und wer nicht, wurde im Nationalsozialismus zu einem Grad an Konsequenz gesteigert, den man als bis dahin beispiellos ansehen kann. Doch rassistische Hierarchien, die massenhaftes Töten erlaubten, kannte die europäische Expansion seit ihrem Beginn im 15. Jahrhundert.

Und darüber wird seit 70 Jahren gesprochen! Seit den 1950ern Jahren, ob durch Aimé Césaire oder durch Hannah Arendt, wird über diese Fragen nachgedacht. Sie kommen spät, sehr spät jetzt auf unsere heutigen Foren. Und schon in den 1970ern Jahren, nämlich bei der Planung des Washingtoner Holocaust-Memorial-Museums, wurde auch über das Verhältnis der jüdischen zu anderen NS-Opfern gestritten. Ob es richtig sei, unter „Holocaust“ ausschließlich die Judenvernichtung zu verstehen, war damals eine innerjüdische Kontroverse. So wie übrigens später auch manche jüdischen Stimmen den Zugschnitt des Berliner Holocaust-Mahnmals ablehnten. Der israelische Künstler Dani Karavan, der später den Erinnerungsort für Roma und Sinti im Tiergarten entwarf, hielt es für falsch, dass das große Mahnmal ausschließlich der ermordeten Juden und Jüdinnen gedachte.

Immer wieder stoßen wir also auf den langen Vorlauf dessen, was der hiesigen Öffentlichkeit nun als neu oder gar als Tabubruch erscheint. Seit den 1980ern Jahren wird international über das Verhältnis von NS-Rassismus zu kolonialem Rassismus diskutiert. In den 90ern Jahren kam die Vergleichende Genozidforschung auf. 2005 gab es eine Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung, die sich bereits mit der, wie es hieß, „Vereinbarkeit von Postkolonialismus und Holocaust-Erinnerung“ befasste. Und 2006 stand in einem Aufsatz der gedenkpädagogischen Zeitschrift „Politisches Lernen“: „Wer Kontinuitäten vom praktizierten kolonialen zum nationalsozialistischen Rassismus aufzeigt (...) setzt sich noch immer dem Verdacht aus, den Holocaust zu relativieren.“ Noch immer! Und das war vor 17 Jahren.

Welchen Opfern gilt unsere Empathie? Darüber zu sprechen, finden manche unschicklich. Aber es gibt es eine Hierarchie der Empathie-Vergabe, und zwar bevor überhaupt die Rede auf koloniale Opfer kommt. Bereits unter den jüdischen Opfern besteht eine Abstufung des Gedenkens. Die Historikerin Susanne Heim, eine der Herausgeberinnen der großen Dokumenten-edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland

1933 – 1945“, sagte kürzlich auf einer Konferenz: „Bei uns verstehen die meisten Menschen unter Holocaust die Ermordung der deutschen Juden. Und dann war da noch irgendetwas im Osten, was man nicht genau weiß.“ Erst recht betrifft die Hierarchie des Erinnerns Romnja und Sintizze, sie haben eher den Status von kolonial-afrikanischen Opfern: entfernt, fremd, ungeliebt.

Die koloniale Seite des NS-Regimes machte die slawischen Zivilbevölkerungen zu Untermenschen, deren Dezimierung in horrendem Ausmaß geplant war. Die Erinnerung an die ermordeten nichtjüdischen Zivilbevölkerungen Osteuropas ist immer noch marginal obwohl viele Menschen aus diesen Gesellschaften bei uns präsent sind, nicht erst mit den ukrainischen Geflüchteten, sondern schon lange vorher, oft als ausgebeutete, besonders schlecht entlohnte Arbeitskräfte.

Ich verwende ungern die Begriffe „Lücken“ oder „Leerstelle“, das ist ein Baustellen-Vokabular. Es setzt voraus, es könne eine fertige, komplette, vollständige Erinnerung geben. Die gibt es nicht, jedenfalls nicht als demokratische Erinnerungskultur. Allenfalls als eine autoritäre. Für mich ist Erinnerungskultur eine ethische Ressource, die zweifeln macht, die zum Fragen und zum Handeln anregt. Sie darf, sie muss verstören. Und sie ist ein Produkt von Kämpfen.

In nationalem Rahmen handeln Erinnerungskulturen davon, wer in einer Gesellschaft dazugehört. Dies gilt in gewisser Weise auch für die Weltgesellschaft. Die Dekolonisierung von Gedächtnis bedeutet – neben vielem anderen –, dass z. B. afrikanische Menschen mit Erfolg darauf bestehen können, einer tätigen Weltgemeinschaft zugehörig zu sein, als Träger von Geschichte, als Akteure menschheitlicher Entwicklung. In den Kolonisierten die Idee zu zerstören, dass sie ein wertvolles historisches Subjekt sind, wurde überall dort versucht, wo die europäische Expansion angetreten ist.

Von Antonio Gramsci stammt die Beobachtung, dass historische Prozesse im Bewusstsein jedes/r Einzelnen eine Unzahl von Spuren hinterlassen, aber kein Bestandsverzeichnis dieser Spuren. Sich selbst zu kennen, so Gramsci, bedeute, sich an diese Inventur zu machen. Nicht jedes Individuum wird sich dieser Aufgabe unterziehen mögen, aber dass eine bestimmte Zahl es tut, ist m. E. die Grundierung von Erinnerungskultur. Dieser Vorstellung folgend sehen wir dann im diversen Deutschland ein ganzes Teppichmuster von Inventaren. Es gilt sie zu betrachten und sich darüber auszutauschen.

Zum Schluss möchte ich drei Anforderungen an ein neues Erinnern zusammenfassen:

- Es möge sich einer Ethik globaler Gerechtigkeit nähern.
- Es möge die Ursachen der Empathie-Spaltung gegenüber verschiedenen Opfergruppen bekämpfen.
- Es möge den Zusammenhang von Erinnern & Menschenrechten, von Gedenken & Handeln im Blick haben.

Wie wir dann die Erinnerung an den Holocaust mit einem neu verstandenen Weltgedächtnis kommunizieren lassen, das ist nichts, was heute oder morgen zu entscheiden wäre – schon das Wort Entscheidung ist falsch. Eher handelt es sich um einen tastenden Prozess, in dem es Fehltritte, Umwege und Irrtümer geben darf. Und dieser Prozess hat längst begonnen.



CHARLOTTE WIEDEMANN, Jahrgang 1954, ist Auslandsreporterin und Buchautorin. Sie berichtete viele Jahre aus Gesellschaften Asiens und Afrikas. Ihre sieben Bücher prägt, wie einer der Titel lautet, „der Versuch, nicht weiß zu schreiben“, also das Bemühen, über eine enge eurozentrische Betrachtung der Welt hinauszugehen. Im jüngsten Buch „Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis“, Propyläen 2022, bringt sie ihre internationalen Erfahrungen in Dialog mit ihrer langjährigen Beobachtung des deutschen Umgangs mit dem Nationalsozialismus.

Foto: © Anette Daugardt

DAS GEDÄCHTNIS DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Die Bundesrepublik Deutschland wurde im Jahre 1949 gegründet. Und spätestens seit 1955 und dem Abkommen mit Italien zur Anwerbung von Arbeitskräften für die deutsche Wirtschaft wird diese Geschichte von Millionen Migrant:innen mitgeschrieben.

Aleida und Jan Assmann sprachen sich bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2018 deshalb dafür aus, Deutschland müsse sein kulturelles Gedächtnis auf die heutige Einwanderungsgesellschaft hin erweitern. Diese sei nämlich vielstimmig, jede historische Selbstbefragung müsse darum zukünftig auch neue, bislang unerzählte Geschichten einbeziehen, unbekannte Bilder und unerhörte Stimmen, aus der die Erzählgemeinschaft der Bundesrepublik besteht.

Dabei hat sie schon eine ziemlich lange Geschichte, die Forderung von Seiten der Migrant:innen, ihre Geschichte mit der Bundesrepublik auch in Form eines eigenen Erinnerungsortes gewürdigt zu sehen. Die Rolle des Helden in diesem Drama kommt dem Migrationsarchiv „DOMiD“ zu – einer Migrantenselbstorganisation, die sich bereits in den späten 1980er Jahren aus türkischen Intellektuellen formierte und beschloss, die Ära der „Gastarbeit“ dürfe nicht spurlos in einem Zustand kollektiver Geschichtsvergessenheit versinken.

Es war eine linke türkische Intelligenzia, die sich – nach dem Putsch in der Türkei 1980 nach Deutschland geflüchtet – in einem mehrjährigen Selbstfindungsprozess Ende der 1980er Jahre endlich zum Verein „DOMiD“ zusammenfand: Domit – damals noch für „Dokumentationszentrum und Museum für die Migration aus der Türkei“.

Besonders Belege für die Gastarbeit im engeren Sinn schienen den Sammler:innen damals interessant, wie Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse der Zeitzeug:innen, ihre Arbeitsverträge, oder Arbeitskleidung. Die

Sammler fanden Fotos aus den 1960er Jahren, von türkischen Frauen bei der Fließbandarbeit für Siemens, mit geblühten Kitteln, noch ohne Kopftuch meist. Oder sie entdeckten Zeitungsartikel von muslimischen Männern, die im Kölner Dom beten. Aber sie tragen auch die Dinge zusammen, von denen diese Menschen damals umgeben sind: Hölzerne Wohnheimstühle zum Beispiel, in die Namen eingeritzt sind – als wären die Wohnheime der Gastarbeiter:innen Gefängnisse gewesen.

Laufen banale, alltagskulturelle Objekte dieser Art nicht Gefahr, die schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Gastarbeiter:innen der 1960er und 1970er bloß zu illustrieren, doch ohne echten Erkenntnisgewinn? Können diese Objekte in ihrer Materialität und konkreten Fasslichkeit überhaupt einen nicht fassbaren, immateriellen Prozess wie den der Migration abbilden? Bleiben sie nicht notwendigerweise hinter den Diskursen des Diasporischen oder des Transnationalen, wie wir sie heute führen, zurück? Bleiben sie „Weightless Monuments“ – „Monumente ohne Gewicht“, wie die Kulturanthropologin Barbara Wolbert einmal schrieb?

Es hängt von unserem Blick ab, ob und wie wir Migration sehen und erinnern. Und ob ein Objekt als museumswürdig gilt oder nicht, hängt wesentlich davon ab, ob die soziale Gruppe, der es entstammt, als geschichtswürdig betrachtet wird oder nicht. Das Ausstellungsmachen ist also nicht zuletzt eine Frage von Herrschaft und Partizipation. Man müsse Geschichte „gegen den Strich bürsten“, hat bekanntlich Walter Benjamin gefordert. In dem Sinne hat DOMiD genau das getan, was damals getan werden musste: man begann damit, eine bislang „unterbelichtete“ Geschichte sichtbar zu machen, die hier „mitten unter uns“ stattfindet, meist aber nur im „Familienroman“ tradiert wurde. Nicht nur, dass die DOMiD-Gründer im Verein Geschichte

von unten schrieben; gleichzeitig begannen sie ganz selbstbewußt „Autorschaft“ für sich zu reklamieren. Damit war man sicher seiner Zeit voraus.

1993 ist DOMiD, damals noch in Essen ansässig, dann an das *Ruhrlandmuseum* herangetreten. Mit der Idee, gemeinsam eine große Ausstellung zur türkischen Arbeitsmigration in Deutschland zu realisieren. Die Kooperation mit dem *Ruhrlandmuseum* in Essen war ein großer Schritt in DOMiDs Entwicklung, ein „Quantensprung“ in seiner Organisationsgeschichte, eine „Reifeprüfung“. Man ging gemeinsam daran, im Bundesarchiv Koblenz die Geschichte der Anwerbeverträge zu recherchieren. Auch in der praktischen Arbeit professionalisierten sich die Laien-Museologen langsam, zogen nun Handschuhe über, ehe sie ein Exponat in die Hände nahmen, beschäftigten sich mit Datenbanken, Systematiken, Organisationsformen. Im Jahre 2002 steht DOMiD vor einem ganz großen Durchbruch. Das mittlerweile in Köln ansässige Migrationsarchiv wird zum Teil des *Projekt Migration*, einem durch die Kulturstiftung des Bundes initiierten Megaprojekt. Vertreter von vier Institutionen waren hier eingeladen, in einer transdisziplinären Zusammenarbeit über drei Jahre hinweg Konturen einer vergangenen und gegenwärtigen Migration zu skizzieren.

Es ging also um Ereignisse, mit denen die deutsche Sozialgeschichte der Nachkriegszeit ein neues Kapitel aufgeschlagen hatte und in deren Verlauf auch Europa insgesamt einer tiefgreifenden Transformation unterworfen worden war. Im „Display“ des Kölnischen Kunstvereins und gemäß dem „Blick“ der Frankfurter Kulturanthropologen wurde die sozialgeschichtliche Forschung von DOMiD gewissermaßen zum „Herzstück“ des Projekts. In der Verbindung aus sozialgeschichtlicher Forschung und künstlerischer Produktion wurde „Migration“ in einer ganz neuen Komplexität und Kraft thematisiert. Bei der Eröffnung im Jahre 2005 thematisiert die Schau auf insgesamt 3.000 Quadratmetern nun die Aufbrüche aus allen klassischen Anwerbeländern wie Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien und Portugal, ebenso wie den Staaten der DDR-Vertragsarbeit. Dabei hat man nicht nur die Weichenstellungen des Gastarbeiterregimes der 1950er bis 1970er Jahre kritisch reflektiert, sondern auch das Migrationsmanagement und die „turbulenten Ränder Europas“ in der Gegenwart analysiert. Obgleich das „Projekt Migration“ mit nur 20.000 Besucher:innen kein wirklicher Publikumserfolg war: Das Projekt machte Schule, und die Beteiligten traten den Marsch durch die institutionen an, wurden Professor:innen, oder machten sich als freie Kurator:innen einen Namen.

Tatsächlich war das „Projekt Migration“ auch der Anlass, warum ich – als Sohn eines griechischen Gastarbeiters – für einige Jahre zu DOMiD gestoßen bin. Das „Projekt Migration“ hat die so genannte „2. Generation“ stark eingebunden, um zu gewährleisten, dass parti-

zipative Zugänge zu den Communities eröffnet werden konnten und ein spezifisches „Wissen der Migration“ in der Erinnerungskultur zum Tragen kommt. Das „Stimmrecht“ der Migranten und ihrer Kinder im Prozess der (Re-)Konstruktion ihrer Geschichte und von Geschichte überhaupt ist kulturpolitisch bis heute bedeutsam. Ja sie wird immer bedeutsamer in einer Gesellschaft, wo bald jede:r vierte eine besondere Herkunftsgeschichte zu erzählen hat. Perspektiven wie *unsere* sind schon längst nicht mehr marginal.

Nach dem Abschluss des Projekts Migration suchte das DOMiD-Archiv dann immer konsequenter, die Sammlung auf das gesamte Spektrum der verschiedenen Wanderungsbewegungen der Nachkriegszeit auszuweiten. Denn Migration beginnt ja nicht mit den Arbeitsmigrantinnen nach 1955 (eigentlich beginnt sie nie, denn es hat sie immer schon gegeben). Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg sind Millionen Menschen in Europa auf der Flucht: heimkehrende Soldaten, Heimatvertriebene, *Displaced Persons*. Seit 1946 hatte die Landesstelle *Unna-Massen* in NRW zur Aufnahme von Aussiedler:innen und anderen Migrant:innengruppen gedient. Als das Durchgangslager Unna-Massen im Jahr 2009 geschlossen wird, geht die gesamte Überlieferung an DOMiD.

Im Jahre 2002 steht DOMiD vor einem ganz großen Durchbruch.

Seit 1973 kamen verstärkt auch politische Flüchtlinge nach Unna-Massen. Ab 1974 ersuchten Ankömmlinge aus Chile um politisches Asyl. Am 11. September 1973 war in Chile der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende gestürzt worden, der neue Machthaber General Pinochet ließ von Polizei und Armee oppositionelle Politiker:innen, Gewerkschaftler:innen und Intellektuelle verfolgen. Einigen gelang die Flucht nach Deutschland. Ab 1978 kommen sogenannte Boatpeople aus Vietnam in Deutschland an. Nach dem Ende des Vietnamkriegs 1975 ist es zu einer Massenflucht gekommen, häufig verläuft sie über das Südchinesische Meer, auf das sich die Flüchtenden notgedrungen mit kleinen Holzbooten hinauswagen müssen. Auch der Nachlass des Cap Anamur Gründers Rupert Neudeck liegt heute bei DOMiD.

Mit Geschichten wie diesen sucht DOMiD immer weiter seine Gedächtnis- und Sammlungslücken zu schließen. Das Archiv sammelt heute zur Geschichte von Sinti und Roma, jüdischen Kontingentflüchtlingen, Afrodeutschen, sogar zu Republikflucht aus der DDR. Sämtliche Migrationsformen von der Gastarbeit über Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu diversen Migrations- und Fluchtformen der Gegenwart werden heute sukzessive abgedeckt.

Denn Migration beginnt ja nicht mit den Arbeitsmigrantinnen nach 1955 (eigentlich beginnt sie nie, denn es hat sie immer schon gegeben).

Es gibt da ja eine hartnäckige Nachbarschaft zwischen Menschen und Dingen, eine fortgesetzte Vertrautheit, ja „Anhänglichkeit“. Dinge können ermöglichen, oder verhindern – wie eine Schreibmaschine, mit der alle Anwerbungen koreanischer Krankenschwestern nach Deutschland abgewickelt wurden. Dinge können retten – wie ein signalroter Rettungsring, mit dem auf dem Rettungsschiff Cap Anamur in den 1970er Jahren vietnamesische Boat-People vor dem Ertrinken gerettet wurden. Heute verfügt das Kölner Migrationsarchiv mit mehr als 150.000 Objekten, Dokumenten, Fotos oder Interviews so zweifellos über eine bundes- und sogar europaweit einzigartige Sammlung an sozial-, kultur- und alltagsgeschichtlichen Zeugnissen zur Geschichte der Migration.

Oft mussten die Vereinsgründer:innen von DOMiD, statt ihre ambitionierten Ziele zu verfolgen, einen Gutteil ihrer Energie in den Erhalt des Vereins selbst legen. Immer wieder schien die Lage hoffnungslos, die Geschichte DOMiDs an sich war die längste Zeit eine Operation im Prekären. Aufs Ganze betrachtet bleibt der Eindruck des ‚Hausierens‘, das mit dem Aufbau persönlicher Kontakte begann und so immer weitere Kreise zog, von „Tür zu Tür“, von „Institution zu Institution“. Im Rahmen migrationshistorischer Forschung lässt sich dieses existenzielle Ringen um Anerkennung aber auch verallgemeinern: Erlaubt die ‚Biografie‘ dieses Vereins doch Einblicke in die Bedingungen der Möglichkeit, ob und wie sich eine Migrant:innenselbstorganisation in der deutschen Gesellschaft etablieren kann oder nicht.

Seit Ende der 1980er Jahre erhebt das Archiv auf der Grundlage der eigenen Sammlung die Forderung, in Deutschland ein Migrationsmuseum zu gründen. Einen Ort, wo sich – ausgehend von der „Erinnerungsveranlassungsleistung des Objekts“ – die Diskurse in feinen konzentrischen Kreisen durch die gesamte Einwanderungsgesellschaft ausbreiten können. Ein „Haus der Einwanderung“, an dem nicht bloß Migrantinnen und Migranten ihre Geschichte mit Deutschland erzählt und gewürdigt finden; sondern vielmehr ein Ort, der den Transformationsprozess der Gesamtgesellschaft beschreibt, ein Ort, an dem sich die Einwanderungsgesellschaft in ihrer historischen Gewordenheit und Vielstimmigkeit, ja Vielsprachigkeit, zu verstehen lernt. (dies der Grund, warum ich für mein Buch den Titel „Gedächtnis der Migrationsgesellschaft wählte: Während Migrationsgesellschaft die Heterogenität der Gesellschaft durch unterschiedliche Formen der Wanderung und damit verbundene Änderungen von hybriden Identitäten und Diskurse im Blick hat, geht es mit Perspektive auf die Einwanderungsgesellschaft um jene, die

zuwandern, also weniger um Prozesse, die die gesamte Gesellschaft mitverändern.)

Da die Stadt Köln sich endlich entschlossen hat, DOMiD in den Hallen Kalk ein Areal von 10.000 Quadratmeter zur Verfügung zu stellen und der Bund wie das Land Nordrhein-Westfalen hohe Millionenbeträge für das „Haus der Einwanderung“ bewilligt haben, wird sich nun erweisen, welche Gestalt die Musealisierung der Migration unter diesem Dach annimmt, welche Narrative angeboten werden.

Denn die Stimmen, die durch DOMiD vernehmbar gemacht wurden, die Brechungen, die mit DOMiDs Counter-Narrativs vorgenommen wurden, – im Grunde sind sie nichts anderes als Fingerzeige, die auf eine neue Normalität verweisen. Die institutionalisierte Erinnerungskultur in Deutschland ist längst in einer großen nachholenden Bewegung begriffen, auch dieses Gedächtnis der Migrationsgesellschaft in Geschichtsbüchern und an Gedenktagen, ebenso wie in Gedenkstätten und diversen Museen zum Ausdruck zu bringen.

Kürzlich hat mich die Stiftung Stadtmuseum Berlin damit beauftragt, die bestehenden Sammlungen neu zu sichten unter der Maßgabe, ob mit dem Dispositiv des Migrationsforschers nicht überlieferte Objekte der Stadtgeschichte ganz neu verfangen. Bei einer ersten Recherche in der museumseigenen Datenbank, Gesprächen mit den Sammlungsverantwortlichen sowie gemeinsamen Depot-Begehungen und Objekt-Sichtungen fanden sich lediglich handverlesene Zufallsfunde. Gesellschaftliche Prozesse brauchen immer Zeit, um endlich im Museum zu „landen“: Dennoch ist es frappant, dass Migration in der Stiftung Berliner Stadtmuseum so wenig sichtbar wird, dass Hunderttausende von Menschen, die nach Berlin kamen, und deren Leben in der Stadt sich über sechs Jahrzehnte verstetigt hat, in den Sammlungen einfach regelrecht übersehen worden sind.

Bei der Sichtung der Berliner Sammlung ist mir um so deutlicher geworden, worin der besondere Wert der DOMiD-Sammlung besteht. Um es unumwunden pathetisch zu sagen: Wie sehr wir DOMiD brauchen. Heute sind im Zuge der Selbsterkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, die Weichen für ein Migrationsmuseum, wie es DOMiD vorschwebt, endlich gestellt worden. Im Jahr 2007 beauftragte das nordrhein-westfälische Landesministerium für Integration DOMiD damit, mithilfe von Landesmitteln einen Plan zu entwickeln, wie die durch das *Projekt Migration* stark angewachsene Sammlung systematisch für die Öffentlichkeit aufgearbeitet werden könnte.

2018, vor bald sechs Jahren, gab der Integrationsrat Köln den Impuls für die Ansiedlung des Migrationsmuseums in Köln, der Rat der Stadt stimmte zu. Unter Vermittlung des Baudezernenten Markus Greitemann entschied sich DOMiD 2019 für die Ansiedlung des Museums in der größten Halle (Halle 70) des ehemaligen Klöckner-Humoldt-Werkes. Eine Jury aus Fachleuten, Stadtverwaltung und Politik verabschiedete einen wegweisenden Entwurf für die Hallen Kalk. Der ehemalige Industriekomplex sollte ein Raum werden für Experimente, bürgerschaftliches Engagement und gemeinwohlorientierte Nutzung. Die „Montag Stiftung Urbane Räume“ wurde Trägerin der Initiative. Und es sind diejenigen, die heute mit dem Erbe von DOMiD betraut sind, die ihre Vision eines Migrationsmuseums nun in Köln-Kalk realisieren sollen. Ein Happy End als Happy Beginning?

Hoffentlich. Denn im August 2023 verkündete die Montag Stiftung überraschend ihren Rückzug aus dem Projekt. Mit der Erklärung, ein solches Projekt sei „nur in einer Partnerschaft mit maximaler Verlässlichkeit, einem abgesteckten Handlungsrahmen und einem strikten Zeitmanagement möglich“, diese Voraussetzungen sehe man aber „auf Seiten der Stadt Köln“ nicht mehr gegeben.

In einer Presseerklärung vom 8. September 2023 forderte DOMiD die Stadt Köln zu entschiedenem Handeln auf. Die Entwicklung der Hallen Kalk zu einem neuen kulturellen Zentrum für die Stadt Köln sei eine wichtige Voraussetzung für die Standortwahl gewesen. Noch immer seien zentrale Punkte der Übergabe der Halle ungeklärt. Unter diesen unsicheren Rahmenbedingungen wäre es nicht möglich, eine große Investition von annähernd 44 Millionen Euro (von Land und Bund) für das Migrationsmuseum zu tätigen. In einem der Gründungstexte aus DOMiDs Anfangszeit Ende der 1980er Jahre wurde die beabsichtigte Museumsgründung mit einem türkischen Sprichwort umschrieben: Die Schwierigkeit,

ja beinahe Unmöglichkeit dieser Unternehmung sei dem Versuch vergleichbar, „mit der Nadel einen Brunnen zu graben“. Muss DOMiD heute also wieder von vorn beginnen?

Bezüglich DOMiD stellen sich auch dringliche Fragen: Hat man sich nicht zu sehr aufs Lokale beschränkt, um den Preis, heute von Berlin aus als lokale Kölner Initiative wahrgenommen zu werden? Welche Sammlungspolitik möchte man zukünftig bei DOMiD verfolgen, welche Minderheitengruppen repräsentieren? Und wenn man mit dem Anspruch auftritt, der Einwanderungsgesellschaft in toto ein Dach zu bieten: Welche Ausstellungskonzeption verfolgt man, welche Narration von einem „neuen Wir“ liegt dem geplanten „Haus der Einwanderungsgesellschaft“ zugrunde?

DOMiD muss konstatieren, heute nicht mehr konkurrenzlos dazustehen. Auch andere überregionale Museen sind in den Blick gerückt, die sich intensiv dem Thema Migration widmen, wie das *Durchgangslager Friedland* oder das *Deutsche Auswandererhaus Bremerhaven*. Allerdings wird dort der Fokus auf bestimmte Migrationsformen gerichtet – oder die Museen haben einen spezifischen Ortsbezug. Indessen kann man in diesen Häusern dem umspannenden ‚Metanarrativ‘ Migration und einer entsprechend sich wandelnden Erinnerungskultur in diesen Häusern noch nicht wirklich in seiner ganzen Tragweite und gesellschaftlichen Relevanz gerecht werden. Demgegenüber könne das von DOMiD geplante und getragene Migrationsmuseum ein ‚einzigartiger Ort‘ werden, an dem sich tatsächlich ein alternatives, postmigrantisches und transnationales Geschichtsbild herausbilden lässt. DOMiD als von unten gewachsene Institution, die über starke Wurzeln in verschiedenen Migrant*innencommunities verfügt, bietet sich für die Umsetzung eines solchen Hauses auf einzigartige Art und Weise an.



MANUEL GOGOS ist promovierter Literaturwissenschaftler. Er arbeitet als freier Autor und Kurator. Als Experte für Musealisierung begleitet er das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD e.V.) Sein Buch „Gedächtnis der Migrationsgesellschaft“ erschien 2021 bei transcript Verlag. Außerdem hat er mehrere Filme gedreht, darunter „Unter Fremden: Reise zu Europas Neuen Rechten“.

Foto: © Manuel Gogos

POSTKOLONIALES GEDENKEN ALS NEUE FORM DER ERINNERUNGS- KULTUR

Mein Name ist Paul Udo Urbanski. Ich freue mich heute besonders hier zu sein, da ich vor nicht einmal zwei Jahren selbst in den Räumen der Universität studiert habe. Heute arbeite ich bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten als Kulturvermittler. Mein hauptsächliches Arbeitsfeld liegt in der Betreuung und Begleitung der Ausstellungen, Workshops und Führungen im Bereich kolonialer Kontexte. Heute möchte ich mich Ihnen allerdings nicht als Museumsmitarbeiter, sondern als Aktivist vorstellen. Und wie die meisten Aktivisten habe ich mehr Fragen, als ich gute Antworten beitragen kann.

Die Frage, die ich heute mitgebracht habe, lautet: „Wie lässt sich Erinnerungskultur mit Postkolonialismus verbinden?“ Um diese Frage zu beantworten, habe ich Ihnen einen Stein mitgebracht. Dieser Stein ist ein Replikat der Spitze des Kilimandscharo. Das Original befindet sich ungefähr 150 Meter von hier im Neuen Palais. Ich lass diesen Stein, genau wie das Original, einfach mal hier unkommentiert liegen und komme am Ende darauf nochmal zurück.

„Postkoloniales Gedenken als moderne Form der Erinnerungskultur“. Postkolonialismus, das steckt auch im Namen der Gruppe, die ich vertrete; Postcolonial Potsdam.

Postcolonial Potsdam ist eine unabhängige Gruppe Studierender und ehemaliger Studierender der Universität Potsdam. Die meisten aus dem Bereich der Anglistik. Ich selbst habe Geschichte und Deutsch auf Lehramt studiert. Die Gruppe gründete sich 2014 auf einer inter-

nationalen Konferenz hier auf diesem Campus. Thema war damals bereits der Umgang mit dem kolonialen Erbe europäischer Großmächte. Thema war nicht Deutschland. Aus demselben Gefühl, dass es da doch etwas geben muss, bin ich vor fünf Jahren der Gruppe beigetreten. Ich selbst hatte in meinem Studium ebenfalls viel über den britischen und spanischen Imperialismus gelernt, jedoch nichts über Deutschland. Ich wusste bereits, dass sich Spuren des Kolonialismus in unserer heutigen Gesellschaft finden lassen. Mir war die Debatte um Umbenennungen und Rückgaben bekannt. Nur nicht das Ausmaß.

Wir haben uns als Gruppe viel im akademischen Bereich bewegt. Geforscht, aufgearbeitet, vermittelt, debattiert und präsentiert. Nicht gerade klassischer Aktivismus. Wir haben uns aber auch immer mit den „großen“ regionalen Institutionen angelegt. Mit der SPSG, mein heutiger Arbeitgeber, der Universität, aber auch der Stadt Potsdam selbst. Es ging dabei um Repräsentation und Darstellungen. Um das Sinterklaas-Fest oder das ehemalige M-Rondell hier im Park.

Richtig Aufwind haben wir seit der BLM Bewegung erhalten. Postkolonialismus hatte es in die Medien der Mehrheitsgesellschaft geschafft. Mit der Aufmerksamkeit kamen auch vermehrt die Widerstände. Die Stiftung selbst hat uns und unsere Arbeit toleriert, aber kaum Zugeständnisse gemacht. Heute haben wir eine enge und vertraute Zusammenarbeit. Wir haben auf unserer Website und auf den sozialen Medien Drohungen erhalten.

„Postkolonialismus schafft einen Raum zur Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur.“

Auf Interviews, die ich gab, folgten ekelhafteste Hasskommentare. Bei mehreren meiner Führungen haben sich scheinbar Menschen angemeldet, nur um zu verleumden, dass das deutsche Kaiserreich überhaupt Kolonien besaß. Wir wollten, so die Meinung, Aufmerksamkeit und das wichtige kulturelle Erbe Friedrich des Großen zerstören. Am 14. November, lange nachdem wir eine öffentliche Führung beworben haben für diesen Tag, wurde kurzfristig eine Demonstration zur Wiedereinführung des Kaiserreichs angemeldet. Zufällig zur selben Zeit unserer Führung. Ich kann nicht sagen, ob diese Gruppe Reichsbürger überhaupt wusste, wer wir waren. Sie waren aber an diesem Tag da und sie waren laut.

All diese Ereignisse über die Jahre haben in mir das Gefühl einer deutlich spürbaren gesellschaftlichen kognitiven Dissonanz geweckt. Wie wichtig kann die Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus sein, wenn man im Alltag davon nie etwas hört? Wie viel Schuld lässt sich noch ertragen?

Ich kann den Zwiespalt verstehen. Postkolonialismus ist die Idee einer Utopie. Einer Zeit nach kolonialen Strukturen. Postkolonialismus träumt von der Zukunft, ohne die Probleme der Gegenwart zu simplifizieren. Erinnerungskultur ist ein Blick in die Vergangenheit. Ein Lernen aus dem Scheitern. Wie lässt sich Postkolonialismus und Erinnerungskultur verbinden? Wo treffen Vergangenheit und Zukunft tagtäglich zusammen? Mein Vorschlag: in unseren Schulen.

Schulen sind das Brennglas für Erfolg von Erinnerungskultur. Die, die selbst keine Erinnerung haben können, die Erinnerung vermittelt bekommen, beweisen, wie gut unsere Konzepte funktionieren, die wir in solchen Konferenzen verhandeln. Im selben Zug zeigen Schulklassen, wie gut unsere Angebote und Führungen bei

Postcolonial Potsdam funktionieren. Es ist genau diese junge Generation, die morgen auf dem globalen Klimastreik Vorträge halten wird über die Ausbeutung des Globalen Südens und die kolonialen Strukturen, in denen wir leben.

Der Stein, den ich Ihnen heute mitgebracht habe, ist ein Replikat. Genauso wie die Spitze des Kilimandscharo, die im Neuen Palais hängt. Sie sind beide Fakes. Die Originalspitze wurde nicht zurück nach Tansania gebracht oder zur Aufbewahrung in einem Archiv gesichert. Wahrscheinlich hat sie ein Hausmeister in den Achtzigerjahren bei Reinigungsarbeiten fallengelassen und durch einen Schieferstein aus dem Park ersetzt. Diese Steine, im Besonderen dieses Replikat, zeigen uns, wie sehr wir uns weiterhin in eurozentristischen Kreisen bewegen. Wie Darstellungen von Narrativen wichtiger sind als Authentizität und Aufarbeitung. Wie schwer die Erinnerung an die Gräueltaten, an die Mafa, an die tausenden Schädel und Gebeine in deutschen Museen und Archiven noch wiegt.

Postkolonialismus schafft einen Raum zur Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur, indem es zu Gedankenexperimenten in der Zukunft einlädt. Was sollte mit dem Stein passieren? Wie sieht die Welt aus, in der wir leben wollen? Welche Relevanz hat meine Systemkritik als weißer junger Mann? Kann ich wirklich über die Grausamkeiten des Kolonialismus sprechen? Und am Ende, welche Kultur ist es eigentlich wert, vermittelt zu werden?

Wie versprochen habe ich Ihnen mehr Fragen mitgebracht als ich Antworten anbieten kann. Und damit vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

LESSONS LEARNED

LESSON LEARNED

- Die Erinnerungskultur ist im Wandel begriffen.
- Erinnerungskultur ist immer zwiespältig, widerspenstig und kann negative Narrative beinhalten.
- Erinnerungskultur ist ein Aushandlungsprozess.
- Komplexität und Dynamik der Erinnerungskultur müssen akzeptiert werden.
- Erinnerungskultur ist ethische Ressource.
- Erinnerungskultur ist individuell geprägt und kontextgebunden.
- Erinnerungspolitik ist auch Identitätspolitik.
- Gegenüber westlichen Staaten hat die deutsche Erinnerungskultur Nachholbedarf.
- Erinnerungskonkurrenz ist auch Opferkonkurrenz.
- Erinnerungskultur braucht eine Ethik globaler Erinnerung.
- Nicht berücksichtigte Erinnerungsgeschichte betrifft nicht nur Zugewanderte.
- Erinnert wird, was als gesellschaftspolitisch relevant angesehen wird.
- Öffentliche Erinnerung heißt auch persönliche Exkulpation.

TO DO'S

- Begriffe schärfen: erinnern, gedenken
- Neues deutsches Geschichtsbewusstsein entwickeln
- Solidarisches Erinnern fördern
- Migrantische Zielgruppen stärker in den Blick nehmen
- Zivilgesellschaft und Kulturverwaltung bzw. -politik beim Erinnern zusammenbringen
- Kunst in den Verständigungs-/Erinnerungsprozess stärker einbinden
- Zugehörigkeit/Universalismus der Erinnerung betonen
- Interkulturelle Netzwerke aufbauen
- Das Recht „Bescheid zu wissen“, stark machen
- Erinnerungskulturelle Selbstermächtigung unterstützen
- „Gedenkweltmeister Deutschland“ hinterfragen
- eigene Verantwortungsgeschichte betonen
- Neue „Stolpersteine“ der Erinnerungskultur entwickeln
- „Grabe, wo Du stehst“-Projekte für/mit Migrant:innen aufbauen

OFFENE FRAGEN

- Wie verändert man gesellschaftliche Strukturen, die in Schule, Beruf, Verwaltung, Medien, die Erinnerung prägen?
- Wie vermeidet man patriarchalisches Gehabe der Mehrheitsgesellschaft im Erinnerungsdiskurs?
- Wie geht man mit Erinnerungskultur um, die nicht mehr zur Zeitgeschichte gehört?
- Wie lässt sich Opferkonkurrenz in der Erinnerungskultur verhindern?
- Wo bleibt das Recht auf das Vergessen?
- Was ist eigentlich mit der Erinnerungskultur, die auf positive Ereignisse setzt?
- Wie finanziert man das alles?

HANDLUNGS- EMPFEHLUNGEN

Ich möchte mit einer Anekdote beginnen, die ein allgemeines Problem von auf die Zukunft gerichteten Handlungsempfehlungen skizziert: Als Karl Marx 1883 gestorben war, trafen sich die „Granden“ der sozialistischen Bewegung, um von Friedrich Engels zu erfahren, wie es denn nun mit der Weltrevolution weiterginge. Engel zeigte sich verwundert über deren Verständnis des Historischen Materialismus und meinte kühl: „Ich weigere mich, Rezepte für die Garküche der Zukunft auszustellen!“

Auch im Blick auf das Fachforum 1, das sich ja nicht zuletzt dem Umgang mit Geschichte widmet, ist es schwierig, gleichsam für die Zukunft zu planen.¹ Nichtsdestotrotz lassen sich natürlich Eckwerte für Empfehlungen formulieren, die als Orientierungsrahmen für zukünftiges Erinnern dienen könnten. Ich möchte dazu – wie in der mit abgedruckten Übersicht – drei Themen- bzw. Aufgabenfelder formulieren:

GRUNDLAGEN

Ausgangspunkt jeglicher Handlungsempfehlungen ist die Skizzierung des Themenfeldes und seiner möglichen Problemfelder. Die Erinnerungskultur in Deutschland ist danach im Wandel begriffen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass sich in der zeitlichen Distanz zu NS-System und Holocaust erinnerungskulturelle Fixpunkte der Bundesrepublik relativieren und durch neue Sichtweisen auf Geschichte ergänzt werden. Hinzu kommt die Tatsache, dass mit der Zuwanderung Menschen nach Deutschland gekommen und mittlerweile gesellschaftlich verortet sind, deren Wissen über deutsche Geschichte und daraus erwachsener Verantwortung aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft unzureichend ist. Mit dem Beitritt der DDR zur BRD hat zudem eine Erinnerungskultur in den öffentlichen Diskurs Einzug gehalten, die andere Schwerpunkte beim Gedenken als die westdeutsche setzte.

Vor diesem Hintergrund hat die Erinnerungskultur in Deutschland gegenüber ihren europäischen Nachbarn folgende Defizite: Sie ist tendenziell „negativ“ ausgerichtet. Erinnert werden nicht zuletzt Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie ist gekennzeichnet von einer

Opferkonkurrenz, die sich in Entschädigungsansprüchen wie auch Denkmalforderungen niederschlägt. Sie schließt Migrant:innen weitgehend aus und ist tendenziell dem Konzept einer ethnischen Nationalkultur verhaftet. Stattdessen braucht es eine universalistische Erinnerungskultur, die sich den allgemeinen Menschenrechten verpflichtet fühlt („Ethik globaler Erinnerung“) und Gedenken nicht nur als moralische Pflichtübung versteht, die eher das Gewissen entlastet, als dass es den Anspruch auf Gesellschaftsrelevanz widerspiegelt.

AUFGABEN

Versucht man nun, die oben skizzierten Grundlagen in zukünftige Aufgaben zu übersetzen, dann bleiben die curricularen Versatzstücke einer neuen Erinnerungskultur notwendigerweise fragmentarisch. Sicher gilt es, ein neues Geschichtsbewusstsein in Deutschland zu entwickeln, das nicht nur Migrant:innen stärker in den Blick nimmt, sondern auch Einheimische anspricht, die bislang im – überwiegend akademisch geprägten – Erinnerungsdiskurs keine Berücksichtigung fanden. Leitidee sollte dabei ein solidarisches Erinnern sein, das den Menschen und nicht dessen Ethnie oder Nationalität in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehört, die erinnerungskulturelle Selbstermächtigung zu unterstützen, wie sie etwa in „Grabe-wo-Du-stehst-Bewegung“ der alternativen Geschichtswerkstätten in den 1980er / 1990er Jahren praktiziert wurde. Ein weiterer Ansatz wäre auch, neue „Stolpersteine“ der Erinnerungskultur zu entwickeln, die Ereignisse und Zeiträume in den Blick nehmen, die über die Verbrechen des NS-Systems hinausweisen.

Nicht zuletzt wäre die Kulturpolitik gefragt, das gemeinsame Gespräch von öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft zu suchen und entsprechende Initiativen auf den Weg zu bringen. Vor allem die Kunst könnte hier als nonverbales Verständigungsmedium universelle Erinnerungsarbeit leisten. Es gilt, das „Recht, Bescheid zu wissen“ zu stärken, ohne sich in unsystematische Einzelförderungen migrantischer Zielgruppen zu verliehen. Will man Erinnerungskultur nicht additiv anlegen

(Stichwort: „Gedenkweltmeister Deutschland“), dann gilt es, auch hier Prioritäten zu setzen und sich ggf. von einigen Gedenktagen zu verabschieden bzw. neue zu etablieren.

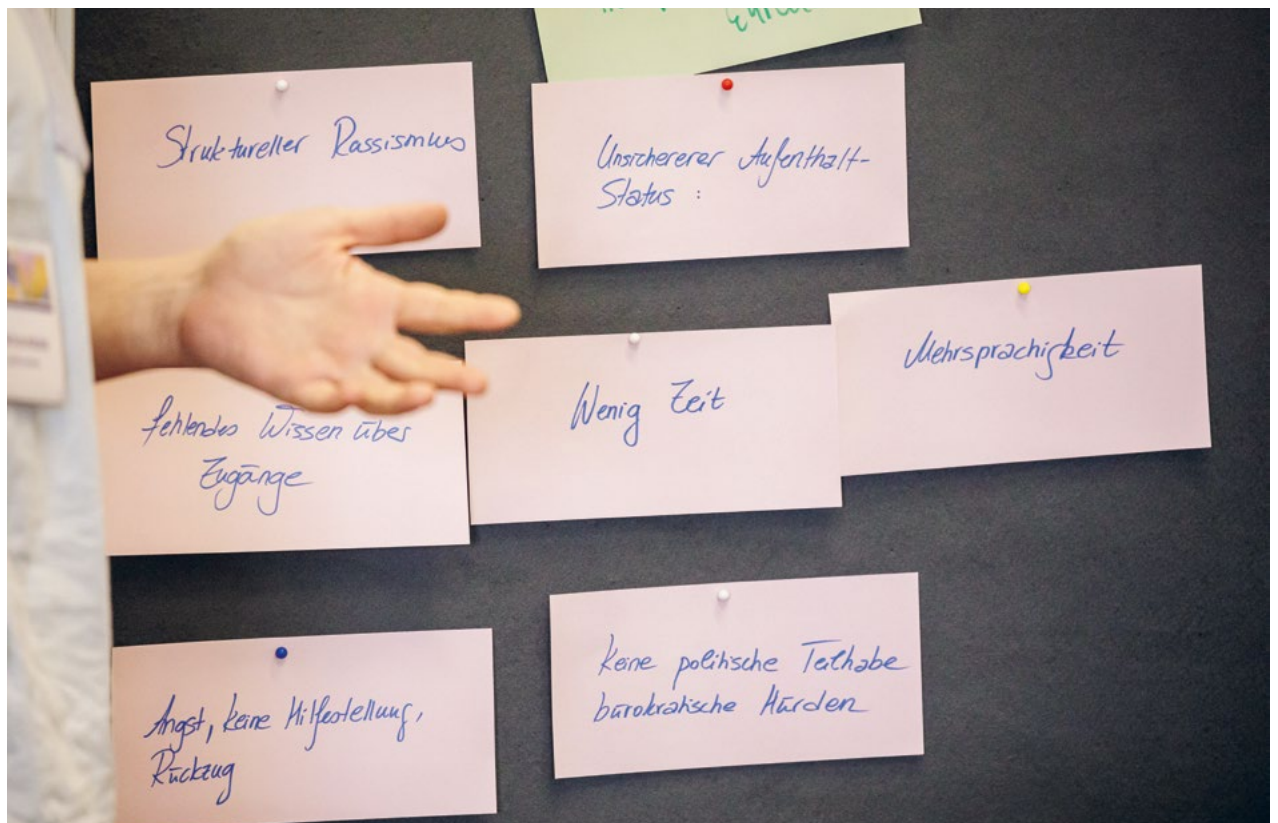
PROBLEME UND OFFENE FRAGEN

Die Beschreibung eines Aufgabenszenarios in Sachen neuer Gedenkkultur muss sich an der gesellschaftlichen Wirklichkeit messen lassen, dessen Akteur:innen auf Veränderung des Bestehenden erfahrungsgemäß zurückhaltend reagieren. Folgende Fragen sollen das Problemfeld zumindest aufscheinen lassen: Wie kann man nachhaltig Einfluss auf gesellschaftliche Strukturen nehmen, die in Schule, Beruf, Öffentlichkeit und Verwaltung Erinnerung prägen? Wie vermeidet man patriarchalisches Gehabe der Mehrheitsgesellschaft im Erinnerungsdiskurs? Wie lässt sich zukünftig Opferkonkurrenz im Erinnerungsdiskurs verhindern? Wie geht man mit Gedenken um, das nicht mehr zur Zeitgeschichte gehört? Und wie lässt sich die Erinnerungskultur stärken, die auf „positive“ Fixpunkte deutscher und „ausländischer“ Geschichte setzt? Und was passiert, wenn diese Fixpunkte im Widerspruch zueinander stehen? Zu guter Letzt: Wie finanziert man das alles vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen?

AUSBLICK

Im Fachforum wurde auch das „Recht auf Vergessen“ angesprochen, das einer Erinnerungskultur mit gesellschaftlichem Anspruch zuwiderläuft, aber speziell in Deutschland nach 1945 offensiv in Anspruch genommen wurde. Nietzsche brachte es 1888 folgendermaßen auf den Punkt: „Man bleibt nur gut, wenn man vergisst.“ Vergessen ist indes immer ambivalent angelegt: als Gnade und Gefahr zugleich (Theodor Heuss). Und was unter psychologischen Gesichtspunkten verständlich ist, kann zuweilen in Nostalgie umschlagen, wie gegenwärtig in einer emotional geprägten DDR-Renaissance zu erleben ist. Das Fachforum Erinnerungsräume hat dazu klar Position bezogen, indem auch das „Erinnern in der DDR“ behandelt wurde. So bleibt daher das Thema Erinnerungskultur in doppelter Hinsicht weiterhin aktuell: einerseits als Aufgabe der Zuwanderungsgesellschaft in Deutschland und als deutsch-deutsches Vermächtnis. In dieser Hinsicht holt uns die Vergangenheit immer wieder ein, und es kommt letztlich darauf an, wie wir in den verschiedenen Erinnerungsräumen damit konstruktiv umgehen.

1 Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an Forderungen nach einer neuen Erinnerungskultur muslimischer Migrant:innen angesichts antisemitischer Ausschreitungen vor dem Hintergrund des Hamas-Überfalls auf Israel.



FACHFORUM 2: AKTIONSRÄUME

**RÄUME FÜR DIVERSITÄTS-
ENTWICKLUNG**

MITEINANDER IN SINGEN

OPERATIVE UND STRUKTURELLE ZUSAMMENARBEIT VON VERWALTUNG UND (POST-)MIGRANTISCHEN AKTEUR:INNEN STÄRKEN

Für das Fachforum „Aktionsräume – Räume für Diversitätsentwicklung. Barrieren und Ressourcen“ habe ich als Projektmanagerin in der Stabsstelle Integration der Stadt Singen am Hohentwiel über meinen praktischen Arbeitsalltag sowie das Verständnis von Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung und den Weg zu einem „MITEINANDER in Singen“ berichtet.

Im Praxisbericht wurden zum einen strukturelle Hürden wie auch praktische Probleme vor Ort im Zusammenspiel zwischen (post-)migrantischen Akteur:innen und der Verwaltung aufgegriffen, die von den Teilnehmer:innen im Fachforum als praxisnahe Anregungen für die weitere gemeinsame Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen genutzt werden konnten.

Klar unterstrichen hat mein Beitrag, dass Personen mit Migrationsgeschichte politisch unterrepräsentiert sind, insbesondere auf Kommunalebene. Zum einen werden migrantische Communitys und deren Vertreter:innen nicht ausreichend oder überhaupt nicht an für die Stadtgesellschaft erheblichen Entscheidungen sowie der Verteilung von Mitteln und Ressourcen beteiligt. Zum anderen können aufgrund der fehlenden Repräsentanz migrantischer Communitys auf (kommunal)politischer Ebene die Bedarfe und Interessen von Personen mit Migrationsgeschichte nicht artikuliert werden.

Insgesamt mangelt es an der Sichtbarkeit von migrantischem Engagement, das in der Stadt Singen durchaus vorhanden ist:

Die Stabsstelle Integration der Stadt Singen zählt im Stadtgebiet rund 40 (post-)migrantische Vereine und Communitys, darunter beispielsweise auch den ältesten noch bestehenden portugiesischen Verein in Deutschland. Auf Grundlage des Praxisberichts und der Zusammenarbeit mit den Akteur:innen im Fachforum wurde deutlich, dass die fehlende Sichtbarkeit von migrantischem Engagement sowohl kommunen- als auch arbeitsbereichsübergreifend wahrgenommen wird.

Die Auswirkungen davon, dass Integration keine Pflichtaufgabe der Kommunen ist, wurden mit Blick auf Personalressourcen und Finanzmittel ebenfalls im Praxisbericht aufgezeigt und im daran anschließenden Workshop zur Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen aufgegriffen. Fördermöglichkeiten im Integrationsbereich folgen häufig einer befristeten Projekt- statt dauerhaften Finanzierungslogik und beinhalten selten die Förderung von Personalkosten, die für die Umsetzung vieler Maßnahmen notwendige Voraussetzung wäre.

Der Beitrag umriss zudem die Frage, ob und inwieweit „Integration“ als Querschnittsaufgabe in den Verwaltungen verstanden bzw. „gelebt“ wird (Integration ist keine Pflichtaufgabe der Kommunen) und ist auf die Rolle der Integrationsbeauftragten in Baden-Württemberg bzw. „Integrationszuständigen“ als Vermittler:in und Übersetzer:in in der Verwaltung eingegangen. Die Berichte aus der Praxis und der Teilnehmer:innen zeigen, dass integrationsstrategische Überlegungen sowie die

Umsetzung von Diversity- und Integrationsmaßnahmen in der Verwaltung – wenn überhaupt – meist von Einzelpersonen verfolgt werden. Dabei ist es für sie oft schwierig, ämter- oder fachbereichsübergreifend Kapazitäten und Ressourcen zu aktivieren. In den aktuellen Debatten um Zuwanderung wird das Verständnis von Integration innerhalb der Verwaltung, aber auch der Aufnahmegesellschaft und in den Medien, mit der Unterbringung und Erstversorgung von Geflüchteten gleichgesetzt, was der Bandbreite der Aufgaben, die für eine gelingende Integration notwendig sind, nicht gerecht wird. Geflüchtete sind aber nur eine Teilmenge aller Personen mit Migrationserfahrung und -geschichte in den Kommunen. Zum anderen bin ich im Praxisbericht auch darauf eingegangen, was für die Umsetzung guter Ideen und konkreter Handlungsempfehlungen vor Ort nötig ist bzw. wäre. Dazu gehört zum Beispiel das Bereitstellen von Verwaltungswissen und die Übersetzung von Abläufen. Transparenz und Verständlichkeit sind für eine gelingende Zusammenarbeit von Verwaltung und (post-)migrantischen Organisationen und Akteur:innen in besonderer Weise wichtig. Insgesamt muss sich Verwaltung für Personen mit Migrationsgeschichte öffnen und Hürden in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen abbauen.

Neben Veränderungen innerhalb der Verwaltung bedarf es für die Zusammenarbeit auf Augenhöhe auch einer Stärkung sowie Befähigung (post-)migrantischer Organisationen wie auch Multiplikator:innen. Um die operative und strukturelle Zusammenarbeit von Verwaltung und (post-)migrantischen Akteur:innen konkret vor Ort zu stärken, verfolgt die Stabsstelle Integration der Stadt Singen den Aufbau der Partnerschaft „MITEINANDER in Singen“, in der sich fünf haupt- und ehrenamtliche Kooperationspartner auf Augenhöhe zusammenschließen: Die Stabsstelle Integration der Stadt Singen, der Verein inSi, das Netzwerk „WIR in Singen“ sowie das

„FORUM der Religionen Singen“ und das Netzwerk der „Interkulturellen Dolmetscher:innen Singen“.

Das Hauptamt wird durch die Stabsstelle Integration vertreten, während das Ehrenamt zum einen von inSi, dem Verein für Integration und ehemaligem „Helfer:innenkreis Asyl in Singen“, vertreten und von der Stadt mit einer Geschäftsstelle, Räumen und Finanzmitteln unterstützt wird. Zum anderen sind im „MITEINANDER in Singen“ migrantische Engagierte vertreten durch das Netzwerk „WIR in Singen“, in dem die migrantischen Vereine und Communitys in Singen zusammenarbeiten, und das „FORUM der Religionen Singen“, das interreligiöse Projekte organisiert und den Dialog zwischen unterschiedlichen Religionen proaktiv sucht. Nicht zuletzt sind auch die „Interkulturellen Dolmetscher:innen Singen“ als Partner für ein „MITEINANDER in Singen“ aktiv.

„MITEINANDER in Singen“ ist der Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Personen mit Migrationsgeschichte in allen Bereichen der Singener Stadtgesellschaft und die Überwindung eines lediglich „friedlichen Nebeneinanders“ mit dem Ziel einer echten aktiven Partizipation bei der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft vor Ort.

ÜBER SINGEN AM HOHENTWIEL

Singen am Hohentwiel ist eine Große Kreisstadt im Hegau im Süden Baden-Württembergs mit knapp 50.000 Einwohner:innen. Davon hat etwas mehr als die Hälfte eine Migrationsgeschichte, rund ein Viertel der Singener Bürger:innen besitzt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Diese für eine kleine süddeutsche Stadt ungewöhnlich hohen Zahlen an Zugewanderten finden noch keinerlei Repräsentanz im Politischen. Im Singener Gemeinderat sind kaum Bürger:innen mit Migrationsgeschichte vertreten.



LINDA KELMENDI ist studierte Politologin und arbeitet zurzeit in der Stabsstelle Integration für die Stadt Singen, in der rund 40 (post-)migrantische Vereine und Communitys beheimatet sind. Als Projektmanagerin für Integration und Interkulturelle Aktivitäten ist es ihre Aufgabe, die Diversität der Stadtgesellschaft in Zusammenarbeit mit (post-)migrantischen Akteur:innen institutionell herauszustellen und zu stärken. Zudem hat sie aktiv an der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zum Empowerment von Frauen mit Flucht- und Zuwanderungsgeschichte für das „Netzwerk Integration“ des Landes Baden-Württemberg mitgewirkt.

„DER WILLE ZUR VERÄNDERUNG WAR SEHR INSPIRIEREND“

Carlie moderierte das Fachforum Aktionsräume. Im Interview berichtet sie von dem Ansatz der Dialogischen Methode und neuen, aber auch fehlenden Perspektiven.

Interviewerinnen: Was konkret konntest du aus dem Fachforum für deinen Berufsalltag mitnehmen?

Elfi Carlie: Für mich als Moderatorin ist das eine interessante Frage. Ich finde es immer spannend, mit Fragen und Methoden in eine Situation reinzugehen und mich dann davon überraschen zu lassen, was die Gruppe daraus macht. Ich konnte es heute genießen, in einem Setting zu sein, in dem ich wenig inhaltlichen Input gegeben habe. Stattdessen habe ich versucht, mit bestimmten Methoden einen Raum zu öffnen, in dem die Gruppe Antworten auf ihre eigenen Fragen findet. Die Ergebnisse, die ich vielleicht gar nicht so im Kopf hatte oder neue Perspektiven, die mir ermöglicht wurden, das ist ein großes Geschenk. Sehr inspirierend fand ich auch den Veränderungswillen, man hat gemerkt: die Teilnehmenden haben Lust, etwas zu verändern. Weiter nehme ich für mich mit, dass das häufige Benutzen von Begriffen darauf hinweist, dass die Umsetzung nicht gut funktioniert.

Wurde denn die dialogische Methode mit ihren machtkritischen Aspekten aus deiner Sicht erfolgreich angewendet wurde?

Das kommt an erster Stelle darauf an, wie wir diesen Erfolg definieren. Das finde ich eine deutlich schwierigere Frage, die ich jetzt nicht beantworten könnte. (lacht) Ich denke, für den heutigen Raum war das Ziel nicht,

diese Methode zu trainieren, sondern wirklich eine methodische Einführung zu machen, einen kurzen Input zu geben und eine Einladung auszusprechen, heute so zusammenzuarbeiten. Wenn wir über marginalisierte Gruppen wie auch migrantische Räume, Personen, Akteur:innen oder Vereine sprechen, finde ich es wichtig, von Zuschreibungen und Hierarchisierung abzugehen und immer wieder bewusst zu machen, wo stehen wir, aus welcher Perspektive sprechen wir? Möchte ich über etwas urteilen? Wie möchte ich eigentlich sprechen? Beim Dialog geht es weniger darum, was darf ich sagen, sondern mehr darum, was möchte ich sagen. Deswegen würde ich sagen, im Kontext des heutigen Forums war das, ohne Erfolg genauer definiert zu haben, sozusagen ein erfolgreicher Einstieg.

Welche Stimmen oder Perspektiven haben dir gerade in dem Fachforum gefehlt?

Natürlich ist es wünschenswert, dass zum Beispiel aus Migrantischen Selbstorganisationen Personen da gewesen wären. Dann muss man aber auch sagen, die Barriere ist ganz klar: die Zeit-Barriere. Es sind oft Menschen, die ehrenamtlich arbeiten und ein bis drei Tage nach Potsdam zu kommen, plus Anreisezeit plus vielleicht auch finanzielle Aufkommen für Übernachtung und so weiter, das ist natürlich ein massiver Ressourcenverbrauch für solche Akteur:innen. Solche Stimmen sind hier leider nicht ausreichend repräsentiert und ich wünsche mir, dass für gerade solche Kongresse eine frühzeitige Ansprache passiert und entsprechend die Teilnahme der fehlenden Gruppen gezielter gefördert wird.

LESSONS LEARNED

LESSON LEARNED

- Klare Zielsetzung für heterogene Gruppen mit unterschiedlichem Wissensstand und Erwartungshaltungen schaffen
- Arbeit an konkreten Handlungsstrategien und Maßnahmen benötigt zuerst eine Prüfung des Wissensstands der Gruppe
- Die Aussprache von Handlungsempfehlungen kann vor allem dann gut gelingen, wenn die formulierenden Akteur:innen die Mechanik des angesprochenen Systems kennen (z. B. Verwaltungsabläufe, Fördervergabe, etc.)

TO DO'S

- Integration zur Pflichtaufgabe der Kommunen machen
- Diversifizierung des Verwaltungspersonals
- Prozess- und strategische Kompetenzen in Kulturinstitutionen und kleinen Organisationen stärken
- Kompetenzen zur Ressourcensteuerung und –reflexion in Kulturinstitutionen und kleinen Organisationen
- Gewaltsensible Kommunikationsmethoden in Kulturinstitutionen und kleinen Organisationen stärken
- Stärkung der Zusammenarbeit von Verwaltungen und (post)migrantischen Akteur:innen zum Ermöglichen von Ressourcenabruf und Öffnung von Kulturräumen

OFFENE FRAGEN

- Wie gelingt Ansprache vor Ort?
- Wie können neue Diskurse und Begriffe erschlossen werden?
- Wie kann transparenter gemacht werden, dass gesetzliche Forderungen des Bundes oft nicht mit der Umsetzbarkeit der Kommunen im Einklang stehen?



FACHFORUM 3: GRENZRÄUME

HERAUSFORDERUNG ZUM HANDELN



GRENZGEFÜHLE, GRENZGEDANKEN.

Ich stehe an der Passkontrolle im Flughafen Gatwick in London. Mein Mann und meine zwei Söhne gehen durch, ich werde angehalten. Zwischen uns ist plötzlich eine Grenze. Sie werden rausgelassen, ich nicht. Seltsam. Was ist los? Wollen die Engländer mich dabehalten? Eine spannende Wendung, denn es hat vier Monate gebraucht, bis mein Visum erteilt wurde. Einen Monat nach Ende der Konferenz, zu der ich eingeladen war. Also haben wir uns entschlossen, das Visum zu nutzen und London anzuschauen. War schön.

Nun stehe ich da – zwischen mir und meiner Familie eine Grenze. Der Grund: meine Niederlassungserlaubnis für Deutschland. Die ist auf Deutsch ausgestellt. Die britischen Grenzbeamten verstehen kein Deutsch. „It is not our responsibility to understand German.“ Deswegen können sie nicht feststellen, ob mein Aufenthaltstitel gültig ist. Denn dort steht kein Ablaufdatum, stattdessen ein Wort: „unbefristet“. Die Grenzer können das Wort nicht verstehen, und sind auch nicht dazu verpflichtet.

Klar. Ich schlage vor, es mit Google Lens zu probieren, doch mein Vorschlag wird abgelehnt. Dann wird telefoniert, dann überlegt. Am Ende wird doch mit Google Lens übersetzt. Ich darf durch, zurück, nach Hause, nach Deutschland, nach Berlin.

Verwirrung – das war das Gefühl an der Grenze in Großbritannien. Neulich wurde ich gefragt, ob ich meine Heimat vermisste. Ich musste kurz überlegen. Ich habe mehrere. Und wenn ich sage, dass ich nach Hause fahre, meine ich – meistens – mein Zuhause in Berlin. Denn hier wohne ich, hier bin ich privat und beruflich zu Hause. Aber es gibt noch andere „Zuhause“ für mich.

Viel reisen und mehrmals umziehen musste ich bereits als Kind. Die Strecken waren oft sehr weit, die Wohnorte sehr verschieden – doch alle innerhalb der damaligen Grenzen der Sowjetunion. Das Land war riesig, drumherum der Eiserne Vorhang. Meine Eltern träumten davon, dass wir Kinder noch mehr von der Welt sehen.

In der Hoffnung, dass es einmal möglich wäre, wurde viel Wert auf Fremdsprachen gelegt.

Unsicherheit. Während meiner ersten Deutschlandreise, einem Schüleraustausch, war ich in der 8. oder 9. Klasse. Zuerst haben wir Schüler:innen aus Frankfurt (Oder) bei uns in Vitebsk empfangen, später sind wir nach Frankfurt (Oder). Die deutschen Austauschschüler:innen war 4 oder 5 Jahre älter als wir, gemeinsame Themen hatten wir kaum. Wir haben eine Woche in Frankfurt verbracht. Ich erinnere mich an den für mich ungewohnten Schnitt der Wohnung meiner Gastfamilie – eine Durchreiche zwischen Wohnzimmer und Küche. Und daran, dass meine Kleidung meiner Austauschfreundin offensichtlich peinlich war – denn sie bestand darauf, dass ich ihre Sachen anziehen soll, bevor sie mich ihren Freunden vorstellt. Ansonsten kann mich noch an einen Ausflug nach Berlin erinnern: Neptunbrunnen, Rotes Rathaus. Alles andere ist im Nebel.

Gelassenheit. Während des Germanistikstudiums gab es Studienreisen: eine im ersten und eine im dritten Studienjahr. Wir waren als Gruppe unterwegs, mit dem Bus. Die Grenzkontrollen waren flott, das Geschehen

Neulich wurde ich gefragt, ob ich meine Heimat vermisse. Ich musste kurz überlegen. Ich habe mehrere.

im Bus spannender, als das hinter den Fenstern. Die Grenze habe ich kaum wahrgenommen.

Ende der 90er bin ich dann zum ersten Mal allein gefahren. Mit dem Zug. Nach Berlin. Vorfreude und Verwirrung – das fühlte ich in meinem von innen verriegeltem Abteil. Die Abteile mussten während der Fahrt durch Polen verriegelt bleiben. Wir hatten von den Schaffnern eigens dafür gemachte Vorrichtungen bekommen. Es hieß, die Züge würden manchmal von polnischen Banden überfallen... Erst kürzlich bin ich in Polen gewesen, an der Ostsee. Immer wieder faszinierend: keine Grenze zu sehen, auch wenn sie da ist. Verschiedene Sprachen, nur wenige Meter entfernt. Verschiedene Länder, keine Grenze. Keine sichtbare, keine spürbare...

Überraschung – jedes Mal – und auch **Interesse, Verwunderung, Spannung** und noch etwas, was ich nicht genau in Worte fassen kann – das waren die Emotionen beim Beobachten der Schmuggler, die Zigaretten und andere Waren im Waggon versteckten, zwischen Belarus und Polen Anfang der 2000er. Es wird eingestiegen, die Türen schließen sich. In Windeseile werden Blechverkleidungen abgeschraubt. Die Ware, oft in schwarze

Nylonstrümpfe verpackt, wird flugs verstaut, dann alles wieder zugeschraubt. Kurz darauf erscheinen Zöllner und schrauben alles wieder auf. Sie nehmen, was sie finden, schrauben die Bleche wieder an. Kaum sind sie weg, werden die Bleche abgeschraubt, die übriggebliebene Ware rausgeholt... so ging es damals mehrmals täglich, jeden Tag.

Erleichterung – ich habe die Grenze passiert und befinde mich auf litauischem Boden. Kurz davor **Aufregung, Unsicherheit** und sogar **Angst**. Jetzt, wo ich nicht mehr „privat“ reise, sondern recherchiere und berichte, steigt die Anspannung an der Grenze erheblich. Es geht nicht nur um mich, sondern auch um das gesammelte Material.

Aufregung. Ich habe mein Mikro und eine Kamera. Um mich herum ein Zug voll junger Leute. Sie fahren zum Konzert der Lieblingsband. In Belarus verboten, Litauen hilft aus. Kostenlose Visa für Band und Fans. Kurzbesuch in der EU. Abends Konzert in Vilnius, am nächsten Tag zurück nach Minsk. War toll.

Anspannung. Ich verlasse die okkupierte Krim. Ich habe Material gesammelt. Wenn ich mich nach der Grenze nicht mehr melde, will mein Kollege Alarm schlagen – was auch immer das bringen soll. Ich passiere die Grenze. Glück gehabt. **Erleichterung.**

Fassungslosigkeit. Verzweiflung. Ich passiere die belarussisch-litauische Grenze. In wenigen Monaten wird das erste belarussische AKW in Betrieb genommen. Nur wenige Kilometer von der Grenze entfernt. Litauen macht Zivilschutzübungen, Jodtabletten werden ausgeteilt. Die Grenze kann nicht schützen.

Schrecken. Es waren die längsten Tage, die ich erlebt habe. Die vier Tage vom 24. bis 28. Februar 2022, vom Beginn des großflächigen Angriffs Russlands auf die Ukraine bis zur Ankunft meiner Eltern in Przemyśl an der polnisch-ukrainischen Grenze. Die beiden hatten sich in Kyiv niedergelassen, die Entscheidung zur Flucht war nicht leichtgefallen. Überfüllte Bahnhöfe und Züge, Unsicherheit, unbekannte Gefahren... die letzte Etappe geht über die Grenze, normalerweise gut eine Stunde. Dieses Mal sind es 13 Stunden. Für mich 13 Stunden Angst und Sorgen... zwischen uns die Grenze – erst dahinter Sicherheit.

Schmerz, bei dem Gedanken an die vielen Toten und Verletzten, an die, die ihre Existenz und ihr Zuhause verloren haben. Verzweiflung: Ich kann helfen, aber ich kann diesen Krieg nicht beenden. Und dieses Leid kann niemand ungeschehen machen. Niemals.

Wut, Trauer, Schmerz... schwer zu beschreiben. Hätte

man den Krieg verhindern können? Vielleicht, indem man auf die ersten Anzeichen von Russlands imperialen Gehabe reagiert hätte? Hätte man nicht viel früher das „Business as usual“ beenden und Russland in seine Grenzen weisen müssen?

Ohnmacht. Polnisch-belarusisches Grenzgebiet. In einer Flüchtlingsunterkunft treffe ich eine kurdische Familie aus dem Irak. Ein Vater mit vier Kindern, ein Mädchen, drei Jungs. Unklar, ob sie bleiben können. Um dem Pushback zu entgehen, hatte sich die Familie im Wald versteckt. Dort ist die Mutter gestorben, an Unterkühlung. Sie war im 6. Monat schwanger.

Wahrscheinlich bin ich ein Glückspilz, denn ich bin nur einmal abgewiesen worden – und das war keine Landesgrenze. Ich wurde nicht genommen, weil man mir als Mutter eines Kleinkindes den Job nicht zutraute. Das war enttäuschend, schmerzhaft, diskriminierend.

Ich habe meine Energie genutzt, um das Gegenteil zu beweisen. Allerdings habe ich nicht mehr erwähnt, dass ich Mutter bin. Meine Herkunft stand mir nicht im Weg – jedenfalls nicht, soweit ich weiß. Eher ist es so, dass ich in mindestens drei Ländern oft als mehr oder weniger „einheimisch“ wahrgenommen werde.

Empörung. Mein Deutsch wird gelobt. Von einem Schulleiter. Er hält meinen Fragebogen in der Hand. Auf die Frage, welche Sprachen zu Hause gesprochen werden, habe ich voller Stolz penibel aufgeschrieben, wann und mit wem welche Sprache zum Einsatz kommt. Doch der Schulleiter möchte lieber eine deutschsprachige Familie in seine Liste eintragen. Das wäre besser für seine Statistik. Die Multilingualität meines Kindes, von uns zu Hause von klein auf gefördert, erweist sich hier als Nachteil. Ein weiteres Kind mit Migrationshintergrund. Der Migrationshintergrund bin ich.



INGA LIZENGEVIC hat belarussisch-ukrainische Wurzeln und ist in Belarus, Russland und der Ukraine aufgewachsen. Sie hat in Vitebsk, Minsk und Berlin studiert und lebt als Hörfunkautorin, Theaterregisseurin und Dokumentarfilmerin in Berlin. Für ihr Feature „Babys für die Welt. Das Geschäft mit ukrainischen Leihmüttern“ (Deutschlandfunk/SWR/ORF 2021) wurde sie mit dem Prix Italia 2022 ausgezeichnet.

HANDLUNGS- MACHT STATT OHNMACHT

(KULTURELLE) TEILHABE IN GRENZREGIONEN

Die Betrachtung von Grenzen, wie sie in diesem Beitrag erfolgt, gewährt Einblicke in die den Gesellschaften zugrundeliegenden, komplexen Dynamiken sozialer Konstruktionen. Nicht ohne Grund erfährt die Erforschung von Grenzen und Grenzräumen verstärkte Aufmerksamkeit in den kultur- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Angesichts verschiedener globaler Veränderungsprozesse gewinnt der kontinuierliche gesellschaftliche Dialog sowie die Reflexion über die Dynamiken sozialer Konstruktionen zunehmend an Relevanz. Die Entstehung sozialer Konstruktionen wird als kollektiv geschaffene Realität begriffen, die durch gemeinsame Aushandlungsprozesse entsteht. Dazu gehört die Untersuchung der vielfältigen Aktivitäten, Akteurskonstellationen, Machtverhältnisse und Diskurse, die dazu beitragen, dass Grenzziehungen in der Gesellschaft wirksam werden.

Sie manifestieren sich in symbolischen Bedeutungen, Normen und Werten, die von einer Gemeinschaft geteilt und übermittelt werden. Wenn Grenzräume nicht nur als gegebene Strukturen, sondern als von sozialen Interaktionen geschaffene Konstrukte betrachtet werden, wird schnell deutlich, dass bei der Konstruktion von Grenzen

in der Regel Machtunterschiede eine Rolle spielen. Besonders offensichtlich wird die Wirkmächtigkeit sozialer Konstruktionen, wenn sie zur Kategorisierung bestimmter Menschengruppen führen, wie etwa bei der Bezeichnung „Illegale Migrant:innen“. Im Sinne von Pierre Bourdieu kann die Bezeichnung „illegale Migrant:innen“ als Form symbolischer Gewalt betrachtet werden,

deren Repressionsgehalt nicht offen zutage tritt doch dadurch nicht weniger wirkmächtig ist.

Die Ethnologin Beatrice Odierna vollzog in ihrer Forschung zu jungen geflüchteten Frauen einen bemerkenswerten Perspektivwechsel. Sie erforschte die Sichtweisen der Frauen und die Bedeutung ihrer Selbstdefinitionen. Dabei stellte sie fest, dass viele ihrer Gesprächspartnerinnen sich nicht primär als „Geflüchtete“ identifizieren. Odierna verwendet daher nicht den Begriff „Geflüchtete“, sondern bezeichnet sie als „als geflüchtet adressierte junge Frauen“. Diese Wortwahl lenkt den Fokus weg von der Kategorie „Geflüchtete“ und richtet ihn stattdessen auf diejenigen, die diese Frauen als solche adressieren.

Bei diskursiven Grenzziehungen gegenüber bestimmten Gruppen lassen sich die Konstruktionen und

Machtverhältnisse analysieren und im sozialwissenschaftlichen Sinne dekonstruieren. Die eigentliche Herausforderung besteht dabei darin, binäre Denkmuster zu überwinden und die Mechanismen des „Otherings“¹ zu durchbrechen. Der Fokus auf Grenzen als aktive Setzungen und komplexe Relationen eröffnet gleichzeitig die Perspektive, dass Grenzen nicht nur trennen, sondern auch verbinden können. Bei der Gestaltung von Grenzräumen verdient die Rolle der Zivilgesellschaft in der Praxis besondere Beachtung als Kontaktzonen und Verbindungsräume. Künstlerinnen und Kreative haben die Möglichkeit, durch einen innovativen Umgang mit Grenzen diese neu zu interpretieren – sofern ihnen ausreichend Gestaltungsspielraum und Beteiligungschancen eingeräumt werden.

... dass Grenzen nicht nur trennen, sondern auch verbinden können.

DER DEUTSCH-POLNISCH-TSCHECHISCHE GRENZRAUM

Im Jugendbegegnungsprojekt *Lanterna Futuri* in der deutsch-polnisch-tschechischen Grenzregion werden aus Grenzräumen Räume der Teilhabe. Die Deutsch-Polnisch-Tschechische Grenzregion war über Jahrhunderte hinweg von wechselnden Einflüssen geprägt.² Im Jahr 2004 erfolgte ein historischer Moment: Im Zuge der großen Osterweiterungsrunde der EU traten Polen und Tschechien der Europäischen Union bei. Dieser Eintritt inspirierte Teilnehmerinnen einer Jugendbegegnung, die aus Schulen in Kamienna Góra (Polen), Herrnhut (Deutschland) und Česká Lípa (Tschechien) stammten, dazu, Briefe an die Staatsoberhäupter der EU zu verfassen. In diesen drückten sie ihre Besorgnis über Ungerechtigkeit, Armut, Ausgrenzung, das Bildungssystem und die Umweltzerstörung aus. Seit diesem Zeitpunkt sind knapp 20 Jahrgänge von Jugendlichen aus der Grenzregion jeweils für eine Woche zusammengekommen, um gemeinsam künstlerisch zu arbeiten und sich dabei gesellschaftspolitischen Themen zu widmen. Die Jugendbegegnungen entwickelten sich im Laufe der Zeit zu einem regelmäßigen non-formalen Bildungsangebot für die Schülerinnen und Schüler in der Region. Im Jahr 2017 erhielt dieser Prozess schließlich eine wissenschaftliche Begleitung durch das Internationale Hochschulinstitut Zittau/Technische Universität Dresden, was eine vertiefte Reflexion über seine Wirkung ermöglichte.³

Im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung von *Lanterna Futuri* fand eine theoretische Auseinandersetzung mit dem üblicherweise verwendeten klassisch interkulturellen Ansatz statt, der sich für die Jugendbegegnungen in der Grenzregion als ungeeignet erwies. Dieser Ansatz strebt danach, Kulturen als eigenständige

und voneinander abgrenzbare Einheiten zu definieren. Er ermöglicht die Feststellung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten „zwischen verschiedenen Kulturen“, schafft klare Zuordnungen von „Eigen“ und „Fremd“ sowie „Wir“ und „die Anderen“. Laut diesem Ansatz kommt es in interkulturellen Begegnungen zum Aufeinandertreffen dieser „Eigen- und Fremdkulturen“, wodurch „kulturelle Überschneidungssituationen“ entstehen können. Die diesem Ansatz inhärenten Annahmen wurden kritisch untersucht. Der klassisch interkulturelle Ansatz neigt dazu, Menschen zwangsweise auf ihre (Herkunfts-)Kultur zu reduzieren, was wiederum zu einer Stärkung des nationalen oder ethnischen Unterscheidungsschemas führen kann. Gerade im Praxisfeld von Jugendbegegnungen bietet sich jedoch die Gelegenheit, über die Ethnisierung von Kultur hinauszudenken.

Durch die Hervorhebung, dass „Kulturen“, „kulturelle Grenzen“ und „kulturelle Differenzen“ nicht in Stein gemeißelt sind, sondern im Verlauf gesellschaftlicher Auseinandersetzungen entstehen, sollen grenzüberschreitende Begegnungen nicht nur darauf abzielen, die Eigenheiten der anderen zu verstehen und zu erklären, sondern den Gestaltungsraum dafür zu eröffnen, eine „gemeinsame Kultur“ mit diesen „anderen“ zu gestalten.

Dieser Gedanke findet in der Diskussion über Teilhabe und soziale Kohäsion seine Fortsetzung. Die Entwicklung des *Lanterna-Futuri*-Projekts in der Deutsch-Polnisch-Tschechischen Grenzregion brachte Erkenntnisse über kulturelle Teilhabe hervor, die den Grenzraum als kreativen Teilhaberaum neu definiert haben und weiterhin entwickeln.

TEILHABE IN GRENZRÄUMEN

Die Schaffung von Teilhabechancen in Grenzräumen erfordert die Bereitschaft, über festgefahrene Gemeinschaftsdefinitionen hinauszudenken, um Verständigung und Partizipation über kulturelle und geografische Grenzen hinweg zu erreichen. In der Praxis können sich Situationen ergeben, in denen scheinbar partizipative Prozesse eingeleitet werden, jedoch die tatsächlichen Entscheidungsmöglichkeiten der Menschen begrenzt bleiben. Hinter der zentralen Frage „Was will man?“ kann sich die Frage verbergen „Wie wird man dazu gebracht, etwas zu wollen?“. Handelt es sich dann eigentlich eher um eine Form der Steuerung unter dem Deckmantel der Partizipation? Ein umfassenderes Verständnis von Teilhabe erfordert nicht nur die Berücksichtigung der bloßen Teilnahme an Entscheidungsprozessen, sondern auch der tatsächlichen Einflussmöglichkeiten, um Interessen und Bedürfnisse durchzusetzen.

Die Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass Teilhaberäume weder übergestülpt werden noch einem Handlungsimperativ unterliegen, sondern tatsächlich Einfluss auf Machtstrukturen und Entscheidungsprozesse nehmen. In diesem Zusammen-

hang könnte das Konzept von Agency einen interessanten Impuls liefern. Obwohl es oft als Synonym für Handlungsfähigkeit oder Handlungsmächtigkeit verwendet wird, betont Agency in diesem Kontext, dass es über das bloße Handeln hinausgeht. Dabei zeigt sich in der empirischen Realität eine Differenzierung, bei der nicht nur durch

aktives Handeln, sondern auch durch bewusstes Nicht-handeln Einfluss genommen werden kann. Insgesamt verdeutlicht dies, dass gesellschaftliche Teilhabe in ihrer Vielfalt und Nuanciertheit verstanden werden sollte, um die verschiedenen Facetten menschlichen Handelns und Unterlassens angemessen zu berücksichtigen.

- 1 „Othering“ beschreibt den Prozess, bei dem eine Gruppe oder Person als „das Andere“ oder „das Fremde“ markiert wird und damit Abgrenzungen geschaffen und Hierarchien etabliert werden.
- 2 Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu erheblichen Bevölkerungsverschiebungen, Vertreibungen und Umsiedlungen, wodurch sich die soziale und kulturelle Landschaft der Region massiv veränderte. Während der Zeit des Kalten Krieges wurde die Grenzregion zu einem symbolischen Trennpunkt zwischen Ost und West, um nach 1989 eine Öffnung der Grenzen zu erleben.
- 3 Siehe dazu: Schönfelder, Sinziana; Socha, Emilia: Professionalisierung des trinationalen Begegnungsprojektes im Dreiländereck D-PL-CZ anhand der wissenschaftlichen Begleitung“, ACC JOURNAL, Volume 24, Issue 3, 2018



Grenzregionen und Verflechtungsräume beschäftigen die in Niederschlesien geborene Ethnologin **EMILIE SOCHA** seit jeher. Als Lehrbeauftragte im Master *Management Sozialen Wandels* an der Hochschule Zittau/Görlitz ist sie im östlichsten Zipfel Deutschlands tätig. Sie hat an der TU Dresden Bildungs- und Jugendbegegnungsformate im Dreiländereck D-CZ-PL wissenschaftlich begleitet und setzt sich für deren Weiterentwicklung ein. Aktuell forscht sie im Rahmen des Projekts *Beteiligung und Partnerschaften im Strukturwandel* zu sozialen Innovationen.

ÜBER KOMPLEXITÄT UND POTENTIAL VON GRENZEN

„Drei Kinder mit Migrationshintergrund. Und dieser Hintergrund, das bin ich!“, beendet Inga Lizengevic ihren Erfahrungsbericht. Die Rede ist von der Anmeldung ihrer Kinder auf einer deutschen Schule. Die in Russland geborene, in Russland, Belarus und der Ukraine aufgewachsene und nun in Deutschland lebende Journalistin und Theatermacherin, eröffnet den Tag im „Fachforum 3: Grenzräume“. Sie beschreibt ihre Erfahrungen, Gefühle und Gedanken als Grenzgängerin zwischen den Kulturen. So erzählt sie von ihrem ersten Besuch in Deutschland im Rahmen eines Schulaustauschs nach Frankfurt (Oder), wie die Landesgrenzen zwischen Deutschland und Polen kaum wahrnehmbar, andere Grenzen wie Sprache und Währung jedoch umso offensichtlicher gewesen seien. Dennoch, bestimmte Grenzen rufen weiterhin Ängste in ihr hervor und es stelle sich bei jedem problemlosen Grenzübergang ein Gefühl der Erleichterung ein, so Lizengevic. Neben Grenzen spricht sie auch von „Zuhause“-Gefühlen. In drei Ländern werde sie als einheimisch wahrgenommen: Russland, Belarus und Deutschland.

Was gibt es für Grenzen und wie kommen wir über sie hinweg ins Handeln? Genau darum soll es heute gehen im Fachforum 3: „Grenzräume – Herausforderungen zum Handeln“ des 7. Bundesfachkongress Interkultur. „Grenzen sind immer menschengemacht und Ergebnisse komplexer Aushandlungsprozesse“, so Ben Hänchen, der uns heute als Moderator durch den Tag führt. Auf obige Frage versuchen etwa 25 Teilnehmer:innen und sechs (Grenz-)Projekte Antworten zu finden. Unter ihnen die Projekte Stübfurt und Nowa Amerika, welche 1999 durch Michael Kurzwelly ins Leben gerufen wurden. Staaten gäbe es nur, weil genü-

gend Menschen daran glauben, so Kurzwelly, der die Vorstellung, die Frage der eigenen Identität über den Nationalstaat zu definieren, albern findet. Wie der Name Stübfurt bereits andeutet, liegt das Projekt direkt an der deutsch-polnischen Grenze, mit Frankfurt (Oder) auf der einen und Stübice auf der anderen Seite des Flusses. Dazwischen verläuft ein frei gezogener Kreis, innerhalb dessen sich jede:r Stübfurter:in nennen kann; eine eigene Währung, Parlament und Hymne gibt es natürlich auch. Der Brückenplatz, das Herzstück des Projekts, hat sich zu einem lebendigen Treffpunkt entwickelt, an dem Personen jeglicher Herkunft zusammenkommen und Kultur(en) leben. Stübfurt ist dabei vor allem eins: Eine Wirklichkeitskonstruktion – ein Ort, der sich aus der Zukunft in die Gegenwart entwickelt, denn eins ist für alle Stübfurter:innen klar: „The best way to predict the future is to invent it.“

Weg von den physischen Grenzen und hin zu einem anderen Thema, dessen Relevanz es immer wieder in den Vordergrund rücken lässt: Die Grenzen der Kommunikation. Wie können wir die Grenzen in unseren Köpfen überwinden, wenn wir nicht über eine gemeinsame Sprache verfügen? Kofi Darkwas Ansatz: über das verbindende Element Musik! Bei dem Berliner Projekt „Rapper ohne Grenzen“ übersetzen Jugendliche mit Migrationserfahrungen gemeinsam Songtexte und schreiben auch eigene Rap-Texte. Sprache gilt als Schlüssel der Inklusion und Migration, besonders in Schulen. Durch das gemeinsame Musik-Schaffen lernen sie aber weit mehr als nur Deutsch als Fremdsprache. Es finden auch Aushandlungsprozesse statt – vom Finden eines gemeinsamen Nenners, bis zur Selbstermächtigung durch Musik. Durch den musikalischen

„Es ist wenig überraschend, dass Grenzen oft negativ konnotiert sind, spielen bei ihrer Konstruktion doch häufig Machtunterschiede eine Rolle.“

Prozess öffnen sich die Jugendlichen, berichten über ihre persönlichen Erfahrungen und beginnen ihre jüngste Vergangenheit zu verarbeiten, so Darkwa.

Es ist wenig überraschend, dass Grenzen oft negativ konnotiert sind, spielen bei ihrer Konstruktion doch häufig Machtunterschiede eine Rolle. Es gilt nicht nur Staatsgrenzen, sondern auch Grenzen innerhalb der Gesellschaft zu überwinden, erklärt Emilia Socha, Lehrende an der Hochschule Zittau/Görlitz, in ihrem Impulsvortrag „Handlungsmacht statt Ohnmacht: (Kulturelle) Teilhabe in Grenzregionen“. Auch sie macht Erfahrungen als Grenzgängerin in der Europastadt GörlitzZgorzelec. Dennoch, ein Perspektivwechsel schafft Hoffnung: denn Grenzen können nicht nur ausschließen, sie können auch einschließen und eine Gemeinschaft schaffen. Dazu benötige es die Möglichkeit, Entscheidungsprozesse aktiv beeinflussen zu können, womit mehr als reine Teilhabe gemeint sei. Vor allem aber, darin waren sich alle Teilnehmer:innen des Fachforums einig, brauche es Gemeinsinn: Grenzräume müssen als gemeinsame Möglichkeitsräume begriffen werden, die es aktiv und gemeinsam zu gestalten gilt.

Wie kommen wir nun also ins Handeln? In der abschließend stattfindenden Diskussionsrunde sammeln die Teilnehmer:innen mögliche Antworten, werfen aber auch weitere Fragen auf. Vorneweg der Anspruch, sich über die eigenen Grenzen bewusst zu werden und Integration als gegenseitigen Prozess zu begreifen. Die Sprache ist von Empathie als Voraussetzung, von Vertrauen und Bürgerrechten, sowie der Ressource Zeit als wichtige Bausteine für ein erfolgreiches Miteinander. Einigkeit galt besonders dem Bottom-Up-Prinzip, also genau jene Menschen nach ihren Bedürfnissen und Wünschen zu fragen, für die man Angebote schaffen möchte. Aber auch Forderungen werden laut: Assoziationen und Begriffe müssten geändert und ein größeres Bewusstsein für Rassismus geschaffen werden. Sabine Zimmermann-Törne vom Projekt „1000 und deine Sicht“ teilt ihre eigene Antwort auf die Frage nach dem aktiven Handeln: Die Antwort liege immer in einem selbst. Man müsse sich fragen: Welche Ressourcen habe ich? Was möchte ich? Wie unterstütze ich am sinnvollsten? Mit diesen und weiteren Fragen in der Tasche geht für die Teilnehmer:innen ein langer, aber ereignisreicher Kongresstag zu Ende.

„VIELLEICHT HEISST DIESES GEBIET IRGEND- WANN WIRKLICH SŁUBFURT“

Michael Kurzwelly ist Gründer der Sozialen Plastiken Słubfurt und Nowa Amerika in der europäischen Doppelstadt Frankfurt (Oder) – Słubice. Seit 1999 läuft dieses soziale Experiment der Wirklichkeitskonstruktion in der imaginären Stadt Słubfurt, an der deutsch-polnischen Grenze. Sie verfügt über ein Grundgesetz, veranstaltet Wahlen zum eigenen Stadtparlament und unterstützt und initiiert kulturelle Projekte. Es kommen Menschen aller Kulturen und Hintergründe zusammen und führen ganz praktisch Aushandlungs- und Integrationsprozesse aus. Treffpunkt und Hauptstandort ist eine alte Turnhalle auf dem Brückenplatz. Im Sommer 2011 wurde dem Verein für das Projekt „Parlament – Kommunalwahlen in Słubfurt“ der erste Preis für politische Bildung des Bundesausschusses Politische Bildung verliehen.

Annelie Bäumel und Franja Eden haben Michael Kurzwelly im Anschluss an das Fachforum Grenträume noch weiter zu seinen Projekten befragt.

Interviewerinnen: Mit welchen Erwartungen oder Hoffnungen kommen die Leute zu Ihnen, zu dem Projekt Słubfurt?

Michael Kurzwelly: Mit Słubfurt versuche ich einen Rahmen für eine neue Wirklichkeit zu schaffen, in die ich Leute einlade, mitzumachen. Es gibt sicher einige Menschen, die mit den künstlerischen Projekten Słubfurt und Nowa Amerika an sich wenig anfangen können, aber trotzdem herkommen, weil sie sich wohlfühlen. Sie finden hier einen Ort, an dem sie sich treffen können, wo sie zusammen etwas machen können, wo sie ins Repair-Café gehen können oder in den Free-Shop. Manche Menschen kommen nur einmal beispielsweise im Free-Shop vorbei, weil sie Klamotten loswerden wollen und andere gucken sich dann um und sagen „Oh, das ist aber interessant, was macht ihr denn hier?“ und fangen dann an mitzuhelfen. Ein weiteres Projekt, über das viele mit Słubfurt in Kontakt kommen, ist das Projekt „Garden-Claiming“, draußen vor der Halle. Jeder, der möchte, kann ein Stück Land bekommen,

sozusagen „claimen“, und kann dort etwas anpflanzen. Es gibt eine größere Gruppe, vor allem Afghanen, aber auch Kameruner, die das mit großer Leidenschaft machen. Solange die Grundregel des gegenseitigen Respekts eingehalten wird, findet hier jeder einen Raum, um sich auszuleben und zu machen, was er will. Natürlich gibt es dabei auch immer wieder Konflikte, aber das ist eben auch Teil des Projekts. Dabei habe ich auch für mich entdeckt, dass es wichtig ist, Konflikte zuzulassen und sie dann auch beim Stammtisch oder bei unseren Diskussionen zu besprechen.

Wie ist das Verhältnis zur Stadtverwaltung?

Ihr leistet ja wichtige Integrationsarbeit, gibt es da Unterstützung, Wertschätzung oder Gelder an euch von den Städten Frankfurt (Oder) oder Stübice?

Ausgangspunkt für die Gründung des „Brückenplatz | Plac Mostowy“ war ein Workshop der Stadt Frankfurt (Oder), um Ideen und Initiator:innen für eine damals sehr vermüllte und nicht genutzte Freifläche an der Auffahrt zur Stadtbrücke nach Stübice zu finden. Eigentlich war von den Stadtplaner:innen und Architekt:innen angedacht, das Grundstück zu parzellieren und verschiedene Kindergärten zu animieren, dort zu gärtnern. Es fand sich aber niemand, der diese Idee wirklich

umsetzen wollte. Wir Stübfurter:innen haben uns dann gemeldet und gesagt, dass wir uns darum kümmern würden, aber diesen Ort zusammen mit dem Stübfurter Parlament in Workshops entwickeln wollen. Als Ort, der von der Bürgergesellschaft selbst entwickelt und gestaltet wird. Nach anfänglichem Zweifel hat die Stadtverwaltung uns das Grundstück dann aber überlassen, zumal sie sich nicht in der Lage sahen, diesen Entwicklungsprozess der Freifläche selber zu organisieren. Unser Prozess wurde aber über zwei Jahre ehrenamtlich von Mitarbeiter:innen vom Bauamt, Grünflächenamt und Quartiersmanagement begleitet, woraus eine bis heute gute Zusammenarbeit erwachsen ist. Da unser Projekt so vielseitig ist, ist es tatsächlich manchmal schwierig zu begründen, dass wir hier Kultur machen und deswegen auch auf Kulturfördertöpfe zugreifen wollen. Über den Bereich des Quartiersmanagement entwickelte sich mit der Zeit jedoch eine gute Zusammenarbeit mit

Nach anfänglichem Zweifel hat die Stadtverwaltung uns das Grundstück dann aber überlassen.



Foto: Michael Kurwelly

Frau Manns, die mittlerweile Dezernentin für Kultur, Bildung, Sport, Bürgerbeteiligung und Europa ist. Über sie haben wir dann viel Unterstützung seitens der Stadt erfahren. Mittlerweile ist auch die Integrationsbeauftragte der Stadt Frankfurt (Oder) ständig an unserer Seite als Beraterin. Momentan finanzieren wir uns über viele einzelne Projektbudgets, die sowohl von der Stadt aber teilweise auch aus Bundestöpfen gedeckt werden. Nun steht für die nächsten Jahre zur Debatte, ob wir eine institutionelle Förderung erhalten. Das würde zwar eine finanzielle Sicherheit, aber auch viele Veränderungen in der Struktur bedeuten.

Aber um auf die Frage zurückzukommen: Grundsätzlich steht die Stadt an unserer Seite. Nachdem sich eine Nachbarin beschwert hatte, haben wir sogar ein klares Signal des Oberbürgermeisters bekommen: Ihr macht einfach weiter und wir als Stadt, wir schützen euch. Ich würde mir diese Unterstützung manchmal noch ein bisschen stärker wünschen, aber ich habe das Gefühl, dort gut flankiert zu sein.

Im Rahmen dieses Kongresses haben wir ja viel über Grenzen und Grenzüberschreitungen, oder Grenzüberwindung gesprochen. Wie kann man grenzüberschreitende Kommunikation stattfinden lassen oder wie könnte die aussehen, gerade in Ihrem Bereich?

Das kommt drauf an, wie man „grenzüberschreitend“ meint. Die Staatsgrenze überschreitend? Oder die Grenzen in unseren Köpfen? Es gibt ja viele Grenzen. Bei mentaler Grenzüberschreitung ist erst einmal wichtig, grundsätzlich eine gewisse Offenheit zu entwickeln und sich auch bewusst zu werden, wenn man irgendwie stereotyp gehandelt hat. Also dann nicht mit dem Zeigefinger zu kommen, sondern zu verstehen, dass wir alle von Vorurteilen geprägt sind und dass wir gemeinsam aneinander wachsen und lernen. Und dann gibt es natürlich die Staatsgrenze, und das mach ich ja seit 1999, dass ich mit der Stadt Stufurt behaupte,

die gäbe es gar nicht mehr, weil wir hier in Stufurt sind, das ist eine gemeinsame Stadt. Über die Zeit habe ich im Stadtteil Stuf sogar angefangen, eine 50 Zentimeter hohe Stadtmauer zu bauen, die diese imaginäre Stadt verbildlichen soll und zeitgleich immer als Sitzbank genutzt werden kann. Auch am Dreiländereck, wo Deutschland, Polen und Kaufland aufeinandertreffen, gibt es ein Teilstück der Stadtmauer. Ihr seht: der Humor ist ganz wichtig, dieser anarchische Humor. Ich glaube, mit dem Spielerischen kann man die meisten Grenzen überwinden.

Diesen Humor mussten auch die Bewohner von Frankfurt und Stufice erst verstehen. Anfangs wurde das Projekt als ein Affront verstanden, da manche Polen dachten, dass ich da jetzt als Deutscher komme und wie 1939 einen Teil von Polen annektieren möchte. Erst als sie den Humor erlebt haben, haben sie verstanden, dass es darum gar nicht geht. Mittlerweile wird der Begriff Stufurt auf polnischer Seite viel öfter benutzt als auf der deutschen Seite und es gibt sogar einen gemeinsam Ausschuss und eine gemeinsame Stadtverordnetenversammlung. Sogar der Begriff Stufurt war in der Überlegung als offizielles gemeinsames Branding der beiden Städte zu nutzen. Diese künstlerische Wirklichkeitskonstruktion wird also Stück für Stück immer mehr Realität. Mit dem Erfolg von Meloni, Kaczyński, der AfD und Marine Le Pen zeigt sich zwar die Tendenz, sich in den Nationalstaat zurückzuziehen und nationalistisch zu denken, aber meine Hoffnung ist, dass das sozusagen eine Schwelle ist und eigentlich alle wissen und zukünftig erkennen, dass der Nationalstaat den aktuellen globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder Migration nicht gewachsen ist und es neue Formen braucht. Insofern hoffe ich, dass Stufurt und Nowa Amerika einen Beitrag dazu leisten können, neue Formen auszuprobieren, zu leben und vielleicht wird dieses Gebiet irgendwann wirklich Stufurt heißen.



MICHAEL KURZWELLY ist ein Bewohner der Welt zwischen Polen und Deutschland, von Stufurt. Er studierte Malerei an der Alanus Hochschule Alfter/Bonn. Zwischen 2004 und 2018 hatte er einen Lehrauftrag an der Europa Universität Viadrina inne. 2019 erhielt er das Bundesverdienstkreuz für Stufurt und Nowa Amerika. In seiner Arbeit geht es um die Umdeutung sozialer Probleme durch Wirklichkeitskonstruktion als angewandte Methode.

LESSONS LEARNED

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

ESSEN ALS KULTURTECHNIK ANERKENNEN!

Förderfähigkeit und angemessene Fördersätze für Verpflegungskosten

PERSPEKTIVWECHSEL BEIM UMGANG MIT SPRACHE!

Wertschätzung von Mehrsprachigkeit
Ressourcen für Dolmetschen, Übersetzung, Spracherwerb zur Verfügung stellen

ANTIDISKRIMINIERUNG UND INTERSEKTIONALITÄT INS BILDUNGSSYSTEM!

Gegen strukturelle Diskriminierung

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT STÄRKER UNTERSTÜTZEN!

Ehrenamt durch Hauptamt unterstützen und monetär wertschätzen

ÜBERARBEITUNG VON FÖRDERSTRUKTUREN UND -INSTRUMENTEN!

Bedarfsorientierung (bottom-up versus top-down)
Vereinfachung von Förderverfahren (Antragstellung, Abrechnung...),
Mikroförderung für Erstinitiativen
Längere Förderzeiträume,
Prozessförderung

WIRKLICH OFFENE RÄUME SCHAFFEN, DIE MÖGLICHKEIT FÜR AUSTAUSCH UND AUSHANDLUNG BIETEN!

Wichtig sind Zuhören und Zeit



FACHFORUM 4: KLASSENÄRÄUME

**EINE MULTIPERSPEKTIVISCHE
WERKSTATT**





FACHFORUM 4: EINE MULTI- PERSPEKTIVISCHE WERKSTATT

10:00 – 12:00 • Input und Podiumsdiskussion I Arbeit und Klasse

Input zu Jugendlichen und ihren Bezügen zu Gewerkschaften, den Einfluss der Digitalisierung auf die organisierte Arbeit sowie das Konzept der „Labour Agency“

- Denis Neumann (Leeds University Business School)

Diskussion über die zu vertretenden Interessen und die Rolle der Klasse

- Abdou Rahim Diallo (DaMOst)

Arbeit und Leben NRW: Resolidarisierung und Empowerment durch arbeitsplatzorientierte Weiterbildung

- Gabriela Schmitt (Arbeit und Leben NRW)

Mobilisierungsstrategien und Erkenntnisse aus der gewerkschaftlichen Praxis

- Daniela Kolbe (DGB-Bezirk Sachsen)

12:00 – 13:30 • Mittagspause

13:30 – 15:30 • Input und Podiumsdiskussion II Bildung und Klasse

Thematisierung der zu überwindenden Barrieren und des erforderlichen Bewusstseins und Wissens

- Prof. Dr. Francis Seeck (Professorin für Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Demokratie- und Menschenrechtsbildung, TH Nürnberg)

Welche Unterstützung ist notwendig, welche Netzwerke sind erforderlich?

- Jasmin Frieze (Arbeiterkind.de)

Diskussion über Barrieren zwischen Wissen/ Soziokulturellem Kapital und Lernenden sowie Lehrenden

- Soriba Martin Dembélé (Absolvent der Schule für Erwachsenenbildung Berlin)

Räume für marginalisierte Narrative und Wissensarchive

- Jacqueline Saki Aslan (Performancekünstlerin und Migrationsforscherin)

15:30 – 16:00 • Kaffeepause

16:00 – 17:30 • World Café

Erarbeitung von bis zu drei wesentlichen Erkenntnissen aus dem Podium, mit dem Anspruch neue „Räume“ zu gestalten und Teilhabe zu ermöglichen

17:30 – 18:00 • Abschluss

- **Konzeption und Moderation:** Dr. Ali Konyali und Samah Al Hashash (DeZim Institut Berlin)



FACHFORUM 5: ZUKUNFTSRÄUME

**ENTWERFEN, GESTALTEN UND
UMSETZEN. UTOPIEN FÜR DAS
ZUSAMMENLEBEN UNSERER
GESELLSCHAFT IM JAHR 2050**

KULTUR ÜBERSETZEN?!

NEUE MODELLE FÜR KULTURELLE (VER-)HANDLUNGSRÄUME

Quo vadis, Kultur?

Die Frage, so provokant sie auf den ersten Blick zu sein scheint, hat auf den zweiten durchaus ihre Berechtigung: Kultur ist in der Spätmoderne zu einer komplexen Angelegenheit geworden. Begriff und Konzept stehen heute für vieles, das früher nicht zum ‚Kerngeschäft‘ von der Kultur gehörte – für soziale Teilhabe etwa, oder für fluide Identitätsentwürfe. Auf diese Weise ist das Feld der Kultur zum Schauplatz vieler, auch widerläufiger Diskurse geworden. Das kann mitunter Spannungen hervorrufen, wie der Berliner Kulturwissenschaftler Thomas Macho feststellt:

„Kultur‘ gerät [...] einerseits zum Synonym für alles, was man hat, ohne es loswerden zu können (Sprache, Religion, Architektur, Geschichte, Kunst, Staat [...]), andererseits zum Synonym für alles, was man noch nicht hat, aber im höheren Auftrag der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts anstreben und erwerben sollte (Mehrsprachigkeit, Mobilität, soziale Kompetenz [...]).“ (Macho 1999: 38)

Machos Beschreibung zeigt, dass der Kulturbegriff, den die erste Moderne (Beck 1996) anhand spezifischer Schließungskriterien entwickelt hat, unter Druck geraten ist. Virulent wird dies dort, wo die Vorstellung einer kulturell homogenen Identität in der zweiten Moderne mehr und mehr durch hybride Konzepte abgelöst wird. In Zeiten der Globalisierung, postnationaler Verbünde, weltweiter Migration und eines wirkmächtigen postkolonialen Diskurses wird ein homogenisierendes Kulturverständnis zunehmend brüchig. Es macht Modellen Platz, die Kultur nicht semantisch, sondern konstruktivistisch verorten: Zu ihnen gehört auch die kulturelle Übersetzung, die für den *Translational Turn* in den Kultur-

wissenschaften steht. Kultur zu übersetzen bedeutet, nicht mehr anzunehmen, dass Kulturen ursprünglich und rein sind, sondern seit je miteinander verbunden. In der praktischen Kulturarbeit werden solche Ansätze bislang nur wenig eingesetzt – es dominieren nach wie vor die semantischen, homogenisierenden Herkunftsmodelle. Die Frage, die zu stellen ist, lautet: Warum?

Kultur als Essenz: Schließungen

Dass Kultur eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung zugeschrieben wird, ist kein Phänomen der Spätmoderne. Bereits das 19. Jahrhundert entwickelte diese Vorstellung. Kultur, so dachten es sich die noch jungen europäischen Nationen, sei das sichtbare Zeichen eines Selbstverständnisses, das der inneren Festigung eines ‚Volks‘ auf einem (meist) vergrößerten Territorium diene; für diese Vorstellung waren Mechanismen der In- und Exklusion ebenso relevant wie das Wissen über Herkunft und Tradition. Dabei kamen verschiedene Schließungsmechanismen zum Tragen, darunter die Nation, die Sprache, die Politik (Demokratie) oder die Religion (Werte). Jürgen Bolten spricht von einem essentialistischen Kulturverständnis, das sich auf der Basis von Merkmalen herauskristallisiert hat, die eine Kultur einzigartig machen (vgl. Bolten 2015: 46).

Noch den Begriffen der Multi-, Inter- und Transkulturalität liegt ein solches Verständnis zugrunde, das kulturelle Differenz als merkmalsbestimmend ansieht: Multikulturalität betont bekanntlich das Nebeneinander von Kulturen, die sich durch Originalität und Einzigartigkeit auszeichnen, Interkulturalität zielt auf das Verhältnis zweier Kulturen oder kultureller Gruppen, die sich durch kulturelle Differenz unterscheiden. Transkultur-

alität hingegen propagiert die Vermischung dieser Kulturen, wobei auch hier oft ein semantischer Ansatz zugrunde liegt. Zwar ist das Modell der Transkulturalität offener angelegt als jene der Multi- oder der Interkulturalität, doch geht es, zumindest in der Ausarbeitung von Wolfgang Welsch, gleichfalls davon aus, Kulturen seien Entitäten mit Eigenschaften, die sich wie Farben auf einer Farbpalette mischen ließen (Welsch 2017). Der Referenzpunkt dieser Vorstellung bleibt gleichfalls die Essenz – denn auch wenn sich durch Mischung neue Farbtöne ergeben, ist eine Grundfarbe, ein Ursprung, deren Voraussetzung.

Prozesse: Kultur übersetzen?

Dieser inhaltlichen Orientierung entgehen konstruktivistische Kulturmodelle, wie sie die zweite Moderne entwickelt hat (Bachmann-Medick 1996). Sie verstehen Kultur als ein System aus Zeichen, die sich aufeinander beziehen und folglich keinen Ursprung kennen. Demzufolge sind auch Kultur und kulturelle Identität nichts anderes als Erzählungen, die sich aus aufeinander verweisende Zeichen konstituieren. Kultur als ein System aus Zeichen macht aber nicht nur auf Übereinstimmungen, sondern auch auf Differenzen aufmerksam. Es ist vor allem diese kulturelle Differenz, die Homi Bhabha interessiert, und die ihn veranlasst hat, sein Konzept eines Dritten Raumes in den Diskurs über Kultur einzuführen: Differenz und Dritter Raum sollen die binäre Logik essentialistischer Kulturkonzepte außer Kraft setzen und stattdessen die Möglichkeit betonen, Kultur in einem „da-zwischen“ auszuhandeln, in einem Raum, der seinerseits kulturell hervorgebracht ist, um kulturelle Hybridität und Übersetzung stattfinden zu lassen. Mit seinem berühmten Bild des Treppenhauses illustriert Bhabha, wie er sich diesen Dritten Raum vorstellt, und welche Rolle die konstruierenden Subjekte in ihm spielen: In diesem Raum können sich nicht nur sprechergebundene Identitäten verflüssigen, sondern auch, wie das Moment der Verhandlung (*negotiation*) zeigt, hierarchische Wertungen nivelliert und „kulturelle Crossover“ (Buden 2008: 20) ermöglicht werden:

Dieser zwischenräumliche Übergang zwischen festen Identifikationen eröffnet die Möglichkeit einer kulturellen Hybridität, in der es einen Platz für Differenz ohne eine übernommene Hierarchie gibt. (Bhabha 2000: 5)

Homi Bhabha rekurriert allerdings nicht nur auf sprachliche Zeichen, sondern auch auf politische Realitäten und Kontexte, die Kulturbegegnungen als soziale und gesellschaftliche Faktoren determinieren; zu ihnen gehören Hierarchie und Macht. Kultur ist für Bhabha stets politisch, weshalb auch kulturelle Aushandlungsprozesse politische Akte sind. Ist Macht ungleich verteilt, kann der Dritte Raum für politische Interventionen, subversive Handlungen und oppositionelle Kulturpraktiken

genutzt werden. In ihnen sieht Bhabha emanzipatorische Akte, die jene Sprecher:innen vollziehen, die sich an den Rändern der Gesellschaft befinden – etwa die „Grenz-Gemeinschaft der Migranten“ (Bhabha 2000: 6f.).

Wie aber geht ein solcher Übersetzungsprozess praktisch vor sich? Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich, sich dem Modell der kulturellen Übersetzung aus einer Perspektive anzunähern, die Bhabha selbst benennt: jene der der Migrant:innen. Welche Differenz-erfahrungen sie machen, wie sie ihre migrantische Erinnerungskultur verhandeln und welche emanzipatorischen Akte möglich sind, soll am Beispiel des Vereins „DOMiD – Dokumentationszentrum über die Migration in Deutschland e. V.“ in Köln skizziert werden.

Migration und kulturelle Übersetzung

DOMiD entstand 2007 durch die Fusion zweier Vereine: dem 1990 von vier aus der Türkei stammenden Migranten in Essen gegründeten Verein DOMiD, der sich dem Erbe türkischer Migrant:innen annahm, und dem 2003 gegründeten Verein Migrationsmuseum in Deutschland e. V., der sich zum Ziel gesetzt hatte, ein Immigrationsmuseum zu ermöglichen (Eryilmaz 2012: 33). Seitdem macht DOMiD den Beitrag der so genannten Gastarbeiterkultur zur deutschen Nachkriegsgeschichte

Kultur als ein System aus Zeichen macht aber nicht nur auf Übereinstimmungen, sondern auch auf Differenzen aufmerksam.

in seiner Gesamtheit sichtbar. Der Verein sammelt Erinnerungsstücke und Dokumente von Migrant:innen in ganz Deutschland, bewahrt sie auf, beforscht sie und zeigt sie in Wanderausstellungen. Aktuell arbeitet DOMiD auch an der Dauerausstellung seines eigenen Museums, dem „Haus der Einwanderungsgesellschaft“, das 2027 in Köln eröffnet werden soll.

Dass DOMiD seiner Arbeit einen konstruktivistischen Kulturbegriff zugrunde legt, zeigt schon die Selbstbeschreibung: Der Verein versteht sich als ein „offenes Forum für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund“ (Eryilmaz 2012: 33). Als verbindendes Element wird nicht die *Herkunft*, sondern die *Ankunft* aller Menschen in Deutschland hervorgehoben: DOMiD geht es nicht darum, die Geschichte einzelner ethnischer Communitys zu erzählen, sondern ein „Narrativ der Migration“ als menschliche Erfahrung zu entwerfen. In diesem Narrativ dient Deutschland als geografische Referenz, aber auch als Dritter Ort, an dem *alle* (eingewanderten) Kulturen ihre Differenz-erfahrung verhandeln. Aus Sicht des Vereins werden so alte Vorstellungen

von Migration dekonstruiert und die Besucher:innen eingeladen, ihre Einstellung zu überprüfen:

Ethnische Identität, Tradition und Homogenität als soziale Konstruktionen zu hinterfragen und durch Begriffe wie Differenz, Veränderung und Hybridität zu erweitern, gesellschaftliche Zuschreibungen und Machtverhältnisse zu dekonstruieren, sind die Voraussetzungen für die Aneignung von Geschichte und die Herstellung ‚geteilter‘ Erinnerung. (Eryilmaz/Rapp 2009: 273)

In diesem Kontext attestiert DOMiD-Gründungs- direktor Aytac Eryilmaz seinem Verein folgerichtig eine kulturelle „Übersetzungsleistung“ (2012: 47), die darin besteht, alte Setzungen zum Thema Migration subversiv zu unterlaufen. Zugleich betont Eryilmaz die politische Bedeutung dieser Übersetzungsleistung, die in einen emanzipatorischen Akt mündete: Nach Versuchen deutscher Museen, dem Verein seine Sammlung abzukaufen, entschied sich DOMiD, ein eigenes Museum anzustreben und damit die Deutungshoheit institutionell zu sichern (Eryilmaz/Rapp 2005: 484f.). Folgt man diesem Gedanken, so fördert das Modell der kulturellen Übersetzung die Möglichkeit der selbstbestimmten Sichtbarkeit; das Ergebnis dieses politischen Aushandlungsprozesses, das Narrativ einer „Kultur der Migration“, stellt zugleich eine neue Form der Beschreibung heutiger Migrationsgesellschaften dar: Migration wird erzählt als ein fortlaufender Transformationsprozess, der die Vielschichtigkeit der Identitätsbildung von Migrant:innen nachvollziehbar macht.

Unübersetzbarkeiten?!

Trotz dieses Beispiels ist auf die Frage zurückzukommen, warum Kulturmodelle, die der Theorie so zeitgemäß erscheinen, in der Praxis oft schwer umzusetzen sind – trotz zunehmenden Transformationsdrucks. Ist ein konstruktivistisches Kulturverständnis wie die kulturelle Übersetzung am Ende doch nur eine Kopfgeburt? Oder ist es gar utopisch, da zwar wünschenswert, aber ohne grundlegende und radikale Reformen kaum zu realisieren? Dass Politik und Kulturarbeit für ihre Projekte, oft trotz besseren Wissens, auf essentialistische Kulturkonzepte zurückgreifen, mag in ihrer einfacheren Handhabbarkeit liegen – auch wenn es fragwürdig scheint, ein Instrument zu verwenden, das eigentlich nicht mehr passt. Ein zweiter Grund liegt möglicherweise in der Radikalität des Konzepts der kulturellen Übersetzung selbst, das nicht nur erfolgreiche Aushandlungen zeitigt, sondern auch Destabilisierungen, Missverständnisse, Fehlübersetzungen und *Un*-Übersetzbarkeiten. Auch wenn man sich in der Theorie bemüht, noch Brüche und Blockaden als Ausgangspunkte für neuerliche Versuche der Verständigung fruchtbar zu machen, so ist die (negative) Erfahrung der Differenz und des Nicht-Verstehens im Kulturenkontakt nicht zu unterschätzen (Dätsch 2018). Unübersetzbarkeiten können daher nicht nur zu konstruktiver Anverwandlung führen, sondern auch zu Sprachlosigkeit und Fremdheit. Ob sich, trotz dieser Fallstricke, Kultur als Übersetzung als neues Modell für kulturelle Aushandlungsprozesse dennoch durchsetzt? Es bleibt abzuwarten.

Literatur

- Bachmann-Medick, Doris (1996): Cultural turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften, Reinbek.
Bhabha, Homi K. (2000): Die Verortung der Kultur, Tübingen.
Beck, Ulrich (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, Ulrich/Anthony Giddens/Scott Lash (Hrsg.) (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/M., S. 19 – 112.
Bolten, Jürgen (2015): Einführung in die interkulturelle Wirtschaftskommunikation, 3. Aufl., Göttingen.
Buden, Boris (2008): Kulturelle Übersetzung. Einige Worte zur Einführung in das Problem. In: Buden, Boris/Stefan Nowotny (Hrsg.) (2008): Übersetzung: Der Versprechen eines Begriffs, Wien, S. 9 – 28.
Dätsch, Christiane (2018): Kulturelle Übersetzer. Kunst und Kulturmanagement im transkulturellen Kontext, Bielefeld.
Eryilmaz, Aytac (2012): Migrationsgeschichte und die nationalstaatliche Perspektive in Archiven und Museen. In: Wonisch, Regina/Thomas Hübel (Hrsg.) (2012): Museum und Migration. Konzepte – Kontexte – Kontroversen, Bielefeld, S. 33 – 48.
Eryilmaz, Aytac/Martin Rapp (2009): Wer spricht? Geteilte Erinnerung in der Migrationsgesellschaft. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2009): Jahrbuch für Kulturpolitik, S. 271 – 279.
Macho, Thomas (1999): Säkularisierung und Multikulturalismus. In: Liessmann, Konrad Paul/Gerhard Weinberger (Hrsg.) (1999): Perspektive Europa. Modelle für das 21. Jahrhundert. Wien, S. 37 – 50.
Welsch, Wolfgang (2017): Transkulturalität: Realität – Geschichte – Aufgabe, Wien.



CHRISTIANE DÄTSCH studierte Germanistik, Journalistik und Romanistik in Bamberg und Lyon (1989 – 95). Zwischen 2000 und 2003 promovierte sie zur Dr.phil. in Hamburg. Sie war als Lokal- und Politikredakteurin (1995 – 2000) sowie in der Kultur-PR (2003 – 2011) tätig. Von 2011 bis 2024 war sie Akademische (Ober-)Rätin am Institut für Kulturmanagement der PH Ludwigsburg, seit 1. März 2024 ist sie Professorin für Kulturmanagement an der Hochschule Merseburg.

GOOD PRACTICE

„ENTFALTBARE ZUKÜNFTEN“

Das Projekt „Entfaltbare Zukünfte“¹ fand 2021 statt, mitten in der Corona-Lockdown-Phase. Es war ein Kooperationsprojekt zwischen der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, der Kunstsammlung NRW und der Universität Duisburg-Essen. Gemeinsam mit den Schüler:innen der Hulda-Pankok-Gesamtschule Düsseldorf (Jahrgangsstufe 11) und ihren begleitenden Lehrpersonen starteten wir den Versuch, Ideen für ein zukünftiges ökologisch-nachhaltiges Zusammenleben künstlerisch-forschend zu erarbeiten. Das Thema „Zukunft“ bzw. „Zukunft imaginieren“ stand dabei im Fokus. Realisiert wurde es an den Schnittstellen von Kunst, Bildung und Ökologie. Denn – so die Annahme – in Anbetracht der aktuellen und zu erwartenden planetaren translokalen ökologischen Krisen spielen Kunstpädagogik und Kunstvermittlung eine nicht unerhebliche Rolle bei der Ideenfindung.

Projektprinzip I: fragen und reflektieren

Der Projekttitle „Entfaltbare Zukünfte“ steht sinnbildlich für die Herangehensweise im Projekt. Ziel war es, Wirkung zu entfalten, Dinge/Inhalte aufzufächern, Raum zu nehmen, Probleme aufzudröseln, zu untersuchen, größer zu machen sowie mobil und flexibel zu sein. Hierzu wurde das Prinzip des Fragens und Reflektierens eingesetzt. Demgemäß beginnt das Begleitheft, welches die Projektergebnisse rahmt, mit Fragen: Können wir die Welt so denken, dass wir nicht nur die Menschen der Gegenwart, sondern auch das zukünftige Leben aller Lebewesen der Erde miteinbeziehen (vgl. Misiaszek 2020)? Sind wir in der Lage, uns Wege und Chancen für eine klima- und generationengerechte

Zukunft vorzustellen und in Angriff zu nehmen? Wie kann eine verantwortungsvoll gestaltete bildungspolitische Arbeit aussehen, die Imaginations- und Aktionsraum für junge Menschen eröffnet, wenn es um ihre eigene gesellschaftliche und persönliche Zukunft geht? Während der Konzeption und Durchführung des Projekts haben wir uns ständig Fragen als Methode gestellt. Und selbst jetzt hört im Sinne eines Reflexionsprozesses und Ver-Lernens das Fragen auch für mich nicht auf.

So sind einige der Fragen, die mich seither beschäftigen:

- Hat die Zukunft einen Anfang und ein Ende? Hat sie Ränder? Steht der Ausgang der Zukunft schon fest? Wann geht die Zukunft los? Wer hat darin überhaupt noch Platz? Ist die Zukunft jetzt? Was müssen wir für die Zukunft lernen und was ver-lernen? Herrscht jetzt der bestmögliche Zustand der Welt?
- Welche Themen bekommen Platz? Wie nehme ich mir Raum, wenn mir keiner zuerkannt wird?
- Brauchen wir mehr nicht-produktive Orte? Wo finde ich diese?

In unserem Projekt haben wir die Jugendlichen gefragt, welche Themen sie bearbeiten wollen, welche Menschen sie einladen möchten. Wir verstanden uns als Dienstleister:innen für die Jugendlichen. Unter der Oberthematik Zukunft versetzten wir uns gemeinsam mit den Schüler:innen in das Jahr 2033 und fragten uns: Wie wollen wir zusammenleben? Wie wollen wir uns ernähren? Wie werden wir kommunizieren? Wie fortbewegen? Wie werden Häuser und Wohnungen oder ganze Städte aussehen? Und wen meint dieses „Wir“ überhaupt, wen schließen unsere Vorstellungen von Zukunft ein oder vielleicht auch aus? Wie schaffen wir es, uns eine ökolo-

gisch gerechtere Zukunft für alle Lebewesen vorzustellen und entsprechend zu handeln?

Die Schüler:innen einigten sich auf vier Themenfelder, um aus ihren jeweils individuellen Perspektiven heraus ökologisch-nachhaltige Denk- und Handlungsmöglichkeiten abzuleiten:

1. Grüne Architektur und ökologisch-nachhaltige Stadtplanung
2. Alternative Mobilität
3. Nachhaltiges Handeln (mit einem Fokus auf Ernährung)
4. Menschen (sowie Lebewesen und Technologien) der Zukunft

Zu diesen vier Themenbereichen wurden Berufspraktiker:innen aus Kunst, Bildung und Ökologie virtuell in den Kunstunterricht eingeladen und gebeten, ihre Haltungen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit den Schüler:innen zu teilen. Es entwickelte sich ein reger transdisziplinärer Austausch. Zugleich entwarfen die Schüler:innen einzeln oder in Kleingruppen eigenständige Kunstprojekte, in denen sie ihre Visionen, Wünsche und Vorstellungen von der Zukunft zum Ausdruck brachten. Im Arbeitsprozess entstanden unter anderem Entwurfsskizzen, Texte, Bilder und Modelle.

Projektprinzip II: Diversität, Mehrstimmigkeit,

Wir verstanden uns als Dienstleister:innen für die Jugendlichen.

Multiperspektivität

In das Projekt brachten sich aber nicht nur Berufspraktiker:innen ein, sondern auch sogenannte *critical friends*. Sie waren beratend an der Projektkonzeption beteiligt. Zur Multiperspektivität zählte außerdem die Verzahnung mit dem Museum und der Hochschule: Mit der in dieser ersten Projektphase entstandenen Fülle an Material wurde anschließend in redaktionellen Kleingruppen weitergearbeitet. In drei Redaktionsteams fanden sich jeweils Schüler:innen der Hulda-Pankok-Gesamtschule und Studierende der Kunst und Kunstpädagogik der Universität Duisburg-Essen zusammen. Sie erarbeiteten mithilfe von künstlerisch-experimentellen Informationsstrategien drei themenspezifische Publikationen.

Der Projektabschluss fand im November 2021 in der Kunstsammlung NRW statt. Die Schüler:innen präsentierten ihre Ergebnisse im OPEN SPACE – einem Ort im Museum, der nicht als klassischer Ausstellungs-, sondern als Verhandlungsraum sowie als öffentlich zugänglicher Treffpunkt konzipiert ist und sich unter dem Titel „NICHTS ALS ZUKUNFT“ Fragen des Anthropozäns widmete. Diese Präsentation verknüpfte die vorangegangenen Prozesse in der Schule, der Universität und im Museum. Zugleich eröffnete sie einen neuen, performativen Ver-

handlungsraum, der es den Beteiligten ermöglichte, das gemeinschaftlich produzierte Wissen auf wiederum neue Weise in einem öffentlichen Kontext zu aktivieren.

Projektprinzip III: Wissen teilen, Wissen hinterfragen, agil zur Verfügung stellen für die Zukunft

Hierbei kam das dritte Prinzip ins Spiel: Wissen teilen, Wissen hinterfragen, agil zur Verfügung stellen für die Zukunft. Denn „Entfaltbare Zukünfte“ meint nicht nur inhaltliche Zukünfte im Blick auf Architektur und Ernährung zu thematisieren, sondern auch einen neuen Raum – den Publikationsraum – aufzuschließen und zu besetzen: Die im Kunstunterricht entstandenen und für die Publikation ausschnittshaft fotografierten und digitalisierten Projekte der Schüler:innen wurden von drei Redaktionsteams in einer gemeinsamen künstlerischen Auseinandersetzung als sogenannte Schulbucheinlagen bzw. Workbooks im „Publikations-Raum“ verortet. Wichtig für die Redaktion war, dass es sich bei den Schulbucheinlagen um einen künstlerisch-publizistische Übersetzung handelt: Eine „Übersetzung ist immer interpretativ, kritisch, und partiell“, um es mit der feministischen Wissenschaftlerin Donna Haraway (1995: 90) zu formulieren – sowohl während des Produktions- als auch während des Rezeptionsprozesses.

Mit dem Konzept der so entstandenen Schulbucheinlagen verfolgten wir die Idee, die in den Schulbüchern behandelten Informationen, die sich meist nur auf die Vergangenheit und Gegenwart beziehen und etabliertes Wissen vermitteln, durch ein weiteres Narrativ – Perspektiven einer jungen Generation auf die Zukunft – zu ergänzen. Die thematischen Schulbucheinlagen sind fächerübergreifend angelegt und können transdisziplinär verwendet werden.

Anders als Bildungsmedien, die als Distributionsort von offiziell legitimierten Wissensordnungen fungieren, sind die Schulbucheinlagen multi-perspektivisch konzipiert mit dem Ziel, einen entsprechenden Rezeptionsprozess zu ermöglichen. Die gesammelten Beiträge – sowohl

Wichtig für die Redaktion war, dass es sich bei den Schulbucheinlagen um eine künstlerisch-publizistische Übersetzung handelt.

künstlerische Darstellungen als auch Texte – bilden Perspektiven, Erfahrungen und Haltungen der Autor:innen ab und so situierte Wissenspraktiken. Sie können als Ausgangsmaterial für diskursive Unterrichtsgespräche verstanden werden und dabei durch weitere Perspektiven, Erfahrungen und Meinungen erweitert werden.

Mit Kultureller Bildung und Sozialer Kulturarbeit die Systeme hinterfragen

Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen des Projekts haben sich für meine Arbeit folgende Herausforderungen und Ziele ergeben: Wir² wollen Überlegungen anstellen, wie wir mit Kultureller Bildung und Sozialer Kulturarbeit die Systeme hinterfragen können, die uns in diese Krise geführt haben. Wir markieren selbstkritisch Verhaltensweisen und Strukturen, die diese reproduzieren, unterstützen oder stillschweigend mittragen. Dabei werden wir das Verhältnis zwischen Erwachsenen (als Lehrenden/Vermittelnden) und Kindern und Jugendlichen (als Lernenden und Teilnehmenden)

als Komponente dieser Strukturen reflektieren. Wir zeigen disruptive Momente auf, die das Potenzial haben, andere Begegnungen zwischen Generationen und intersektionalen, gesellschaftlichen Gruppen zu öffnen. Wir glauben, dass es wichtig ist, sich auf die bei allen Akteur:innen präsenten Emotionen wie Wut, Trauer und Überforderung zu konzentrieren, die aus dem „neutralen“ Diskurs oft ausgeklammert werden. Wir wollen Beispiele verhandeln, wie diese sowohl als Gegenstand künstlerischer Auseinandersetzung als auch als Manifestation von Selbstermächtigung und Widerstand gegen den Status quo Kraft geben können.

1 Siehe <https://www.bpb.de/shop/materialien/weitere/506852/entfaltbare-zukuenfte/> (Abruf: 15.12.2023)

2 Mit „wir“ ist gemeint, dass es schön wäre, mit allen interessierten Kolleg:innen aus diesem Feld gemeinsam zu denken und zu handeln. „Wir“ ist also in diesem Sinne als Verbunddenken zu verstehen.

Quellenangaben

Haraway, Donna J. (1995): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive.

In dies. (Hg.), Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt am Main: Campus, S. 73 – 97

Misiaszek, Greg William (2020): Ecopedagogy: Teaching Critical Literacies of „Development“, „Sustainability“, and „Sustainable Development“. Teaching in Higher Education 25 (5), S. 615 – 630. URL: <https://doi.org/10.1080/13562517.2019.1586668> (Abruf: 15.12.2023)



PROF. DR. MAREN ZIESE lehrt Kulturpädagogik an der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen. Zuvor war sie als Professorin für Kunstpädagogik/Didaktik der Kunst an der Universität Duisburg-Essen und als Leiterin der PWC-Stiftung Jugend-Bildung-Kultur tätig. Sie wohnt in Berlin und setzt sich in verschiedenen Zusammenhängen diskriminierungskritisch für das Themenfeld „Kunst/Natur/Nachhaltigkeit“ ein.

ZUKUNFTSRÄUME ENTWERFEN, GESTALTEN UND UMSETZEN.

UTOPIEN FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN UNSERER GESELLSCHAFT IM JAHR 2050¹

Ausgangspunkt für die Konzeption des Fachforums waren auf den ersten Blick bedrückende Beobachtungen: Zum einen ist „die Gesellschaftsformation der Moderne im 21. Jahrhundert“ aufgrund von Wachstums- und Beschleunigungszwängen „in eine Krise geraten“.² Zum anderen ist u.a. durch die Folgen der Corona-Pandemie sowie wiederkehrende Naturkatastrophen der Glaube an stetigen Fortschritt zumindest erschüttert.³ Auch als Konsequenz der zahlreichen gegenwärtigen Krisen nehmen darüber hinaus innergesellschaftliche Spannungen zu. So werden politische Streitfragen bspw. zur Migrations- und Klimapolitik verstärkt aggressiv verhandelt.⁴

Vor diesem Hintergrund war die Intention des Fachforums, vom Krisendenken hin zu positiven Zukunftsbildern bzw. Utopien zu gelangen. Dazu begab sich das Fachforum auf die Suche nach Utopien für das Zusammenleben unserer Gesellschaft im Jahr 2050 und Handlungsempfehlungen für den Entwurf, die Gestaltung und Umsetzung von Zukunfts- bzw. Möglichkeitsräumen⁵,

welche zur Entstehung, Erprobung und Realisierung von Utopien beitragen können. Hierbei wurde von zweierlei ausgegangen: Erstens, dass speziell im Medium des Kulturellen „Bilder vom besseren Leben“ entwickelt werden können – konkrete Utopien, die auf Verwirklichung warten. Und zweitens, dass unsere hochdiverse Gesellschaft eine kulturelle Vielfalt zu bieten hat, durch die sich eine Vielzahl kultureller Ausdrucksformen sowie vielfältige Arten des künstlerischen Schaffens entfalten können, die wiederum Neues entstehen lassen können.

Zentrale Fragen waren davon ausgehend u. a.: Welche gesellschaftlichen Herausforderungen existieren aktuell in Deutschland? Wie wollen wir (die Teilnehmenden des Fachforums) in Deutschland in Zukunft – im Jahr 2050 – zusammenleben? Und: Wie kommen wir (als Gesellschaft) dahin? Welche Rolle können Kunst und Kultur sowie kulturelle und politische Bildung hierbei spielen? Welche Räume sind hierfür erforderlich? Beleuchtet und diskutiert wurden die Fragen in drei Blöcken.

Vom Anfang oder Ende der Zukunft? Herausforderungen und Perspektiven für die Gestaltung von Zukunft
Block I „Vom Anfang oder Ende der Zukunft? Herausforderungen und Perspektiven für die Gestaltung von Zukunft“ begann mit zwei Impulsvorträgen.

Gunter Weidenhaus eröffnete das Fachforum mit einem Vortrag „Zur Re-Figuration von Räumen und ihrem emanzipativen Potenzial“. Er differenzierte dabei u. a. zwischen Territorialräumen (zentrales Konstitutionsprinzip: Differenzierung nach außen), Netzwerkräumen (zentrales Konstitutionsprinzip: Verknüpfung von Orten) und Bahnenräumen (zentrales Konstitutionsprinzip: Mobilität). Als Chance der Re-Figuration von Räumen bezeichnete Weidenhaus, „darüber nachzudenken und zu entscheiden, mithilfe welcher Raumfiguren wir eigentlich welche gesellschaftlichen Herausforderungen angehen wollen.“

Christiane Dätsch legte in ihrem anschließenden Vortrag den Fokus auf „Kultur übersetzen?!“ Neue Perspektiven für kulturelle (Ver-)Handlungsräume“⁶. Sie beleuchtete, dass an die Stelle eines homogenisierenden Kulturverständnisses zunehmend Modelle – wie das der kulturellen Übersetzung – rücken, die sich nicht semantisch, sondern diskursiv verorten. Gleichzeitig verwies sie auf die Diskrepanz, dass solche diskursiven Modelle in der praktischen Kulturarbeit „bislang nur wenig eingesetzt“ werden. Der Vortrag endete mit der offenen Frage: „Ob sich Kultur als Übersetzung am Ende als Utopie herausstellt?“

Gemeinsam diskutierten Dätsch und Weidenhaus daraufhin mit Werner Friedrichs und Neriman Bayram auf dem Podium. Bezogen auf die Frage, ob vom Anfang oder Ende der Zukunft gesprochen werden kann, entfaltete sich eine rege Diskussion. Dabei wurden u. a. „klassische“ Zukunftsvorstellungen, die auch in der politischen Bildung verbreitet sind und davon ausgehen, dass Zeit linear abläuft und unabhängig von Zeit und Raum sind, kritisch beleuchtet. Denn, so eine Argumentation, Handlungen im Jetzt haben bereits einen Einfluss und produzieren zugleich Zeit. Vor diesem Hintergrund wurde im Hinblick auf Herausforderungen und Perspektiven für die Gestaltung von Zukunft die Suche und das Schaffen von atopischen Räumen ins Spiel gebracht: Statt sich darüber Gedanken zu machen, welche Probleme oder Krisenszenarien wie gelöst werden können, sollte zunächst experimentell und mit künstlerischen Methoden gearbeitet werden. Dadurch – bzw. durch die Variation des Handelns im Jetzt – können neue Möglichkeitsräume entstehen, die wiederum verschiedene Varianten von Zukunft erzeugen können. Daran anschließend und beziehend auf den Vortrag von Weidenhaus wurde außerdem eingebracht, dass Antworten auf aktuelle und kommende Krisen mit Räumen bzw. Raumkonstitutionen verbunden sein werden. Hin gewiesen wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls

darauf, dass sowohl Machthierarchien als auch Zeit als Ressource bei der Gestaltung von Zukunft immer eine Rolle spielen werden. Denn sie haben Einfluss darauf, wann wie Zukunft gestalten kann. Interessant war in diesem Kontext ferner die nicht abschließend beantwortete aufgeworfene Frage: „Ist Zukunft eine sinnvolle Kategorie, um eine integrative Gesellschaft zu denken?“

Denn, so eine Argumentation, Handlungen im Jetzt haben bereits einen Einfluss und produzieren zugleich Zeit.

Good Practices für den Entwurf, die Gestaltung und Umsetzung von Möglichkeitsräumen im Sinne von Zukunftsräumen

In Block II „Good Practices für den Entwurf, die Gestaltung und Umsetzung von Möglichkeitsräumen im Sinne von Zukunftsräumen“ teilten sich die Teilnehmenden des Fachforums in zwei World-Café-Gruppen. Je World-Café-Gruppe wurde ein Good Practice-Beispiel vorgestellt.

In der World-Café-Gruppe I stellte Negar Foroughanfar das Good Practice-Beispiel I „Stadtdramaturgie“ am Schauspiel Dortmund vor. Hierbei ging Foroughanfar u. a. auf die nachstehenden Fragen ein: „Wem gehört die Stadt?“, „Wem gehört das Theater?“, „Wem gehört das Stadttheater?“. Im weiteren Verlauf verwies sie auf die Relevanz von „Ko“-Begrifflichkeiten, z. B.: „Ko-vernetzen auf liebevolle Art und Weise“, „Ko-operieren an den Stellschrauben der Machtverhältnisse“, „Ko-denken, um Perspektive als Expertise anzuerkennen“ usw.

In der World-Café-Gruppe II präsentierte Maren Ziese das Good Practice-Beispiel II „Entfaltbare Zukünfte – Do it together“⁷. Sie begann mit einer Vielzahl an Fragen mit Blick in die Zukunft, wie z. B. „Welche Themen bekommen Platz?“, „Wie nehme ich mir Raum, wenn mir keiner zuerkannt wird?“ und „Brauchen wir mehr nicht-produktive Orte? Wo finde ich diese?“. Anschließend wurde das Projekt „Entfaltbare Zukünfte“ mit dem Fokus auf „(Zeit-)Räume für junge Zukunftsperspektiven imaginieren und initiieren“ sowie dessen methodisch-didaktische Besonderheiten vorgestellt.

Auf die Präsentation der Good Practices folgte in den jeweiligen World-Cafés in Kleingruppen die Diskussion der folgenden Fragen: „Welche Wünsche oder Utopien habt ihr für das Zusammenleben unserer Gesellschaft im Jahr 2050?“, „Was braucht es, um Räume zu öffnen und zur Verfügung zu stellen?“ und „Inwiefern sind die Erfahrungen des vorgestellten Projekts für eure Arbeitspraxis nutzbar?“ Auf die erste Frage wurde u. a. geantwortet: „Patriarchat und Rassismus gibt es nicht

mehr“, „inklusive/-s sprechen/Sprache“, „Kultur nicht als Differenzbegriff“, „Komplexitätstoleranz in der Gesellschaft“, „Urteilsfreiheit“, „mehr Resonanz(-raum)/ Kontakt/Empathie“, „kooperierende Gesellschaft“ und „dass es die Welt noch gibt“.⁸

Von Möglichkeitsräumen zu Utopien? Handlungsempfehlungen für den Entwurf, die Gestaltung und Umsetzung von Zukunftsräumen

Ausgehend von den Antworten auf die World-Café-Fragen entspann sich in Block III „Von Möglichkeitsräumen zu Utopien? Handlungsempfehlungen für den Entwurf, die Gestaltung und Umsetzung von Zukunftsräumen“ eine angeregte Fishbowl-Diskussion. Einerseits wurde Utopie als Privileg-Begriff von *weißen* Menschen mit akademischem Hintergrund bezeichnet. Andererseits wurde das Beispiel Europa/die Europäische Union als Utopie für einige Menschen angeführt, die außerhalb Europas/

der Europäischen Union leben. Eine kontroverse Debatte entbrannte schließlich mit der Aussage, dass für die Gestaltung von Zukunft u. a. Visionäre erforderlich sind und der damit verbundenen Frage, ob im Kulturbereich ein Elon Musk als Visionär denkbar sein könnte – mit der Denkrichtung, dass Geld keine Rolle spielt. Gleichzeitig fiel im Hinblick auf die identifizierte Herausforderung, den Kulturbegriff neu zu denken, ohne bereits konkrete, neue Konstrukte im Kopf zu haben, das Zitat „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ (originär von der Band Ton Steine Scherben). Darüber hinaus wurde abschließend festgehalten, dass Transformation nicht gleichbedeutend mit Krise ist, sondern der Beginn von etwas Neuem darstellt und Utopie als Tool betrachtet werden kann, um durchzuhalten. Zentrale Learnings, To Do's und offene Fragen wurden in der (auf der nächsten Seite folgenden) Folie für die Abschlussveranstaltung des Kongresses zusammengetragen.

- 1 Aufgrund der vorgegebenen Kürze des Textes können nicht alle Aspekte des Fachforums im vorliegenden Beitrag wiedergegeben werden. Die Dokumentation ist daher eine knappe Zusammenfassung ausgewählter Punkte und Erkenntnisse.
- 2 Mensch in Bewegung (2021): Prof. Dr. Hartmut Rosa: Best Account: Die Krise der Spätmoderne und die Rolle der Gesellschaftstheorie | Transfer neu denken. URL: <https://mensch-in-bewegung.info/event/prof-dr-hartmut-rosa-best-account-die-krise-der-spaetmoderne-und-die-rolle-der-gesellschaftstheorie-transfer-neu-denken/> (Abruf: 28.11.23) sowie vgl. Reckwitz, Andreas/ Rosa, Hartmut (2021): Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Suhrkamp Verlag, Berlin..
- 3 Vgl. Rosa, Hartmut (2022): Demokratie braucht Religion. Kösel-Verlag, München.
- 4 Vgl. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/deutsche-bevoelkerung-wird-toleranter-gegenueber-vielfalt-jedoch-nimmt-die-polarisierung-zu> (Abruf: 28.11.23) und <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20845.htm#A7> (Abruf: 28.11.23).
- 5 Unter Möglichkeitsräumen werden Räume verstanden, die bspw. die Diskussion von Fragen oder experimentelle Ansätze bezogen auf „die Zukunft“ eröffnen. Zukunftsräume können insofern Teil von Möglichkeitsräumen sein, bspw. wenn in Räumen die Entstehung von Utopien ermöglicht wird.
- 6 Siehe hierzu auch die in der vorliegenden Dokumentation abgedruckte gekürzte Fassung.
- 7 Siehe hierzu auch den in der vorliegenden Dokumentation abgedruckten Beitrag von Maren Ziese.
- 8 Die Antworten auf die Fragen zwei und drei wurden paraphrasiert und in die Folie für die Abschlussveranstaltung des Kongresses integriert.

Quellenangaben

Reckwitz, Andreas/ Rosa, Hartmut (2021): Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Suhrkamp Verlag, Berlin.
Mensch in Bewegung (2021): Prof. Dr. Hartmut Rosa: Best Account: Die Krise der Spätmoderne und die Rolle der Gesellschaftstheorie | Transfer neu denken. URL: <https://mensch-in-bewegung.info/event/prof-dr-hartmut-rosa-best-account-die-krise-der-spaetmoderne-und-die-rolle-der-gesellschaftstheorie-transfer-neu-denken/> (Abruf: 28.11.23)
Bertelsmann Stiftung (o. J.): Deutsche Bevölkerung wird toleranter gegenüber Vielfalt – Polarisierung nimmt zu. URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/deutsche-bevoelkerung-wird-toleranter-gegenueber-vielfalt-jedoch-nimmt-die-polarisierung-zu> (Abruf: 28.11.23)
Hans Böckler Stiftung (letzte Aktualisierung: 07.11.23): Soziale Ungleichheit in Deutschland. URL: <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-20845.htm#A7> (Abruf: 28.11.23).
Rosa, Hartmut (2022): Demokratie braucht Religion. Kösel-Verlag, München.



DR. ANNA KAITINNIS ist wissenschaftliche Referentin im Arbeitsbereich politische Bildung und Kultur bei der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Projektgruppe „Interdisziplinäre Bildung und Vermittlung Landshut“)

LESSONS LEARNED

LESSONS LEARNED

- Kulturelle Räume als Möglichkeit, um gemeinschaftliche Identitäten zu formen und Utopien für ein inklusives Zusammenleben zu entwickeln.
- Bei der Erarbeitung von Zukunftsszenarien alle Teile der pluralistischen Gesellschaft berücksichtigen und Unsicherheiten, Spannungen und Potenziale anerkennen.
- Jede:r ist Expert:in, alle sind Teil eines lernenden Systems.
- Förderlinien geben oft unpassende Themen vor und bewirken u. a. dadurch Ausschlüsse.
- Zeit, Geld, Raum und Humankapital sind wichtige Voraussetzungen für die Schaffung von Möglichkeits- bzw. Zukunftsräumen.
- Es braucht temporär geschlossene Räume, um offene Räume zu schaffen.
- Es müssen Räume und damit auch Macht abgegeben werden, um offene Räume im Sinne von Möglichkeitsräumen zu schaffen.
- Es gibt keine machtfreien Räume; der Umgang mit ihnen ist entscheidend.
- Im Well-Being gibt es keine Veränderung der Systeme und Denkweisen. Es bedarf Räume für Emotionen (wie Wut, Ohnmacht, Traurigkeit).
- Differenzen sind Teil von Aushandlungsprozessen. Konflikte und Ambiguitäten müssen ausgehalten werden.
- Es ist wichtig, politische und kulturelle Bildung zusammenzudenken – gerade bei der Schaffung von ästhetischen Zugängen.

TO DO'S

- Einbeziehung aller Teile der Gesellschaft in die Gestaltung von Zukunftsszenarien, um eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft zu schaffen
- Förderlinien auf den Prüfstand stellen im Hinblick auf vorgegebene Themen und dadurch ggf. bewirkte Ausschlüsse
- Akzeptanz von Scheitern in Förderlogiken mitdenken
- Prozessdenken und nicht nur Ergebnissen in Förderlogiken berücksichtigen
- langfristige Maßnahmen fördern
- experimentelle Praxis als Erzeuger:in von Zukunft denken, um Neues entstehen zu lassen
- Räume fürs Experimentieren schaffen – Möglichkeits- bzw. Zukunftsräume ohne „Output-Zwang“
- barrierefreie Räume schaffen
- vorhandene Räume bedarfsorientiert nutzbar machen
- aufsuchende Schaffung von Möglichkeitsräumen: auf Menschen zugehen, Vertrauen schaffen, zuhören, Bedarfe erkennen und erst dann handeln
- Ressourcen und Infrastruktur für Umnutzung von Räumen bereitstellen
- „Ko“-Begrifflichkeiten für ein voneinander Lernen anwenden
- Wissen teilen

OFFENE FRAGEN

- Wie sollten Bedarfe an (Möglichkeits-)Räumen kommuniziert werden?
- Wie kann den Bedarfen an (Möglichkeits-)Räumen nachgekommen werden?
- Wie heterogen/homogen müssen wir uns (in Räumen) bewegen?
- Wie kommen wir vom „ich“ zum „wir“?
- Müssen Begriffe für die Gestaltung von Zukunft neu gedacht werden?



EINBLICK UND AUSBlick

The background of the page is an abstract composition of vertical stripes in various colors including green, pink, purple, blue, yellow, and orange. Overlaid on these stripes are several semi-circular shapes in the same color palette, creating a layered, architectural effect. The overall aesthetic is modern and vibrant.

INTER_KULTUR

Die Musik ist Ton, Rhythmus und Frequenz und wie lässt sich eine mehrtägige Konferenz nachfühlen und spüren? Ertönt sind auch vielfältige Stimmen, und zu fühlen die unterschiedlichen Frequenzen der farbenfrohen Performances, Spiele, Quizze und in allen Sinnen plakativ dargestellten Gedanken, Worte, Versen. Barrierefrei war die Tagung nicht. Verblüffend methodenreich war das Angebot, beinahe von Sonnenaufgang bis zur Nachtsunruhe. So intensiv war das rauchende Nachdenken auch danach.

Mit Nadine Seidu, Leiterin der Koordinierungsstelle Erinnerungskultur beim Kulturstadtamt Stuttgart erinnern wir uns, dass Preußen und damit Brandenburg und Potsdam ihre Verantwortung für die Vergangenheit wie die von hier ausgegangene Versklavung und für den Völkermord an die Ovaherero, Nama und andere Völker wahrnehmen sollten. Neben der selektiven Wahrnehmung der Migrationen nach Potsdam und der Opfer und Held:innen der Nazi-Zeit klammert sich Potsdam fest an diesen Gründungsmythos, nachdem (Zwangs-) Migration aus anderen Kontinenten nicht einmal am Rand erwähnt wird. Vielleicht erklärt es die eher schwache interkontinentale Präsenz von Menschen aus Potsdam, die in ihrer eigenen bzw. Familienbiographie bis zur heutigen Zeit die Spuren dieser wenig ausgesprochenen Vergangenheit wie Stigmata in sich tragen und weitgehend noch dadurch gekennzeichnet sind.

Paulino Miguel spricht von Jugend am Rand, und Claudia Roth würdigt die ehemaligen Vertragsarbeiter:innen. Trong Duc Do möchte „Die Geschichte meiner Eltern erzählen“ und Dr. Patrice Poutrus erklärt, nachdem er sich umgeschaut hat und „keine Frau“ auf diesem einen Panel festgestellt hat: „Ich will endlich Teil der

ostdeutschen Geschichte sein“.

Dieses gilt eigentlich nicht nur für den ostdeutschen Raum, sondern für das ganze Weltgeschehen.

Die ganze Zeit schwebt eine Frage im Raum: Was ist Geschichte?

Wer hat die Deutungshoheit?

Das Rondell wurde noch nicht um-, in der Lausitz wird die Solidaritätskultur ab- und in den Wahlurnen wird eine rechtsextremistische Festung aufgebaut. 32 Prozent der Wähler:innen in Brandenburg wollen keine Inter-Kultur!

Charlotte Wiedemann weist auf die „Abwehr von Empfindsamkeit“ hin.

Professorin Dr. Naika Foroutan und Raphael Moussa Hillebrand lassen jeweils unsere Neurone durch wissenschaftliche Verbindungen und unseren Atem und unsere Hüfte durch die entsprechenden Ansätze die richtige Kurve finden. Mit Tayo Awosusi-Onutor üben wir „Morgen“ auf Romanes, Schubladen den Schränken zu überlassen und in unseren Köpfen abzubauen und verflochtene Perspektiven aufblühen zu lassen. Jacqueline Saki Aslan verzückt uns mit Versen, die ich versprochen habe, hier nicht schriftlich zu wiedergeben. Inter-Kultur

heißt auch Versprechen und Sehen und Sehn_sucht nach Mehr und einem Meer von zu drückenden Worten.

Dr. Nkechi Madubuko führt uns sanft, humorvoll und hochstrategisch durch diese zwei Tage und überlässt dem Publikum in Gedanken das letzte Wort: Der knallende Applaus an die Initiator:innen und das gesamte Organisationsteam, an die Referent:innen, an das Publikum und an alle Mitwirkende, in aller Öffentlichkeit und hinter den Kulissen.



MARIANNE BALLÉ-MOUDOUMBOU ist Diplom-Dolmetscherin, Moderatorin und Kulturwissenschaftlerin. Sie ist Lehrbeauftragte an der Universität der Künste (UdK) und an der Alice Salomon-Hochschule (ASH), beide in Berlin, und ermutigt Studierende, sich mit den Fragen der globalen Umweltgerechtigkeit, der Restitution und Reparationen sowie der emanzipatorischen Wissensproduktion auseinanderzusetzen. Sie gehört zu den Gründungsmitgliedern des Zentralrats der afrikanischen Gemeinden in Deutschland und ist eine stellvertretende Vorsitzende. Außerdem ist sie Sprecherin der Pan African Women's Liberation Organization (PAWLO), Mitglied im Landesintegrationsbeirat Brandenburg, im Sprecher:innenrat des brandenburgischen entwicklungspolitischen Landesnetzwerks Venrob e.V. sowie im Vertreter:innenrat der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO).

„DIESER KONGRESS WAR EIN GUTER AUFSCHLAG“

Brigitte Faber-Schmidt, Kultur-Abteilungsleiterin im Brandenburger Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, spricht im Interview darüber, wie der Bundesfachkongress eine neue Ausrichtung angestoßen hat und welche Empfehlungen der Fachforen umsetzbar sind.

Frau Faber-Schmidt, Sie haben den Bundesfachkongress Interkultur mitinitiiert. Warum war Ihnen das wichtig?

Brigitte Faber-Schmidt: Dieser Kongress wurde über Jahre vorbereitet und es hat mich außerordentlich gefreut, dass es uns gelungen ist, ihn auch wirklich in die Tat umzusetzen. Als ich angesprochen wurde, ob wir uns das mit unseren Netzwerken und unserer Kenntnis des Landes zutrauen würden und dieses Thema interessant finden, habe ich sofort ja gesagt. Weil ich es für unser Land doch für sehr wichtig halte, auch und gerade vor dem Panorama dessen, was politische Umfragen ergeben und was uns alle mit Sorge erfüllt. Und es ist ja, wie wir gesehen haben, ein ganzer Komplex an Themen und letztlich auch eine Haltungsfrage.

Was nehmen Sie von dem Kongress für Ihre Arbeit mit?

Ich fand viele Vorträge und Diskussionsbeiträge großartig und inspirierend. Dabei wurde z. B. auch deutlich, dass sehr viele Menschen mit migrantischem Hintergrund eine sehr solide Ausbildung haben. Das müsste meines Erachtens noch viel mehr herausgestellt werden: Sie haben einfach eine Expertise und könnten beispielsweise Kommunen persönlich und auf ganz andere Weise beraten, wie diese sich mit den entsprechenden Methoden mit Diskriminierung und Rassismus einerseits und Diversität andererseits auseinandersetzen können. Auf dem Abschlusspanel sprach zum Beispiel Abdou Rahime Djallo von DaMOst darüber, wie seine

Organisation die Polizei berät. Das sind für mich Ansätze, wo es ganz konkret wird – und da wird es natürlich auch knifflig.

Wie könnte so ein Projekt, postmigrantische Akteurinnen mit Brandenburger Kommunen zusammenzubringen, ganz konkret aussehen?

Ausgangspunkt könnte etwa eine migrantische Selbstorganisation sein, die in einem Landkreis oder in einer Stadt ohnehin aktiv ist. Da würde mir z. B. Eberswalde einfallen. Ein Ansatz könnte dann ein Programm oder ein Projekt sein, das gemeinsam in Kooperation zwischen Verwaltung, kulturellen Einrichtungen und einer migrantischen Selbstorganisation entwickelt wird. Oft sind kulturelle Einrichtungen durchaus nicht divers aufgestellt; daran gezielt strategisch zu arbeiten wäre ein lohnenswertes Ziel.

Was können Sie denn da ganz konkret im Kulturministerium tun? Welche Hebel haben Sie und was sind Ihre Spielräume, um solch eine Entwicklung hin zu mehr Diversität, weniger Diskriminierung in Bewegung zu setzen?

Wir haben ja das Landesförderprogramm „Kulturelle Bildung und Partizipation“ bei der Plattform Kulturelle Bildung, das die Gelegenheit bietet, etwas auszuprobieren und das selbstverständlich auch für Projekte von Akteur:innen aus migrantischen Selbstorganisationen offen steht. Auch auf kreislicher Ebene gibt es darüber

hinaus Möglichkeiten: so könnte ein Kreis beispielsweise ein Pilotprojekt auflegen und sich den Themen Diversität, Diskriminierung oder Rassismus im Alltag stellen. Die Plattform Kulturelle Bildung könnte über das Landesförderprogramm „Kulturelle Bildung und Integration“ dafür eine Projektförderung und gegebenenfalls in einer weiteren Entwicklung des Projektes eine Strukturförderung mit einer Förderung von bis zu drei Jahren zur Verfügung stellen. Und dies durchaus im Schulterschluss mit anderen Ressorts, die Schnittstellen zu diesen Themen haben. Auch im Rahmen unserer Förderung Kultureller Ankerpunkte im ländlichen Raum könnten solche Projekte integraler Bestandteil sein. Oder auch im Bundesförderprogramm Aller.Land, wo es um Demokratiestärkung und die Stärkung der Zivilgesellschaft im Nukleus geht.

Braucht es dafür nicht auch eine grundsätzlich neue Ausrichtung?

In Ballungsräumen wie Potsdam oder Cottbus existieren ja durchaus migrantische Selbstorganisationen. Mit denen könnte man tatsächlich – auch vor dem Hintergrund dieses Kongresses – ein neues Projektdesign entwickeln. Eben mit Unterstützung kompetenter Personen, die schon über lange Erfahrungen verfügen. Wir sollten überlegen, ob wir in der Folge dieses großen Kongresses, unter Einbeziehung der anderen Ressorts, mit der Plattform Kulturelle Bildung in regelmäßigem Turnus zu Workshops einladen, um diesen Themenkomplex in unsere kulturelle Praxis herunterbrechen. Dieser Kongress war dafür ein guter Aufschlag.

Haben Sie dafür schon konkrete Ideen für 2024?

Vielleicht könnten wir 2024 erst einmal mit zwei Workshops anfangen, zu denen wir einladen. Das könnte ja auch im HBPg, im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, stattfinden. Dort gibt es entsprechende Räume und auch adäquate technische Rahmenbedingungen.

Neben dem Wunsch nach mehr Menschen mit migrantischem Hintergrund in den Verwaltungen war eine weitere Handlungsempfehlung, mehr Experimente zu ermöglichen und zu finanzieren. Was halten Sie davon?

Wir haben vor, einen kleinen Experimentalfonds umzusetzen, mit dem wir gerade auch im ländlichen Raum Menschen erreichen wollen – erst mal durch ganz niedrigschwellige Ansprache mit den entsprechenden Methoden. Dabei geht es gar nicht vordergründig darum, ein kulturelles Projekt zu entwickeln, sondern mit Menschen ins Gespräch zu kommen und zu hören, welche Themen sie bewegen, welche Interessen sie haben. Und in einem nächsten Schritt zu überlegen, was daraus erwachsen bzw. entwickelt werden könnte.

Dafür müssten aber auch Förderrichtlinien verändert und Strukturen neu gedacht werden, denn bislang muss über die erreichten Ziele ja Rechenschaft abgelegt werden.

Genau. Die Prozessorientierung und die Ergebnisoffenheit ist bei diesem Experimentalfonds, aber auch bei den kulturellen Ankerpunkten Basis des Konzepts und der Philosophie. In den Förderrichtlinien steht nicht drin, wir wollen am Ende das und das als Resultat, sondern wir setzen vielmehr auf den Prozess und vor allem auf den Austausch und neue Kooperationen. Es geht also darum, wie wir zu einem anderen Austausch und letzten Endes zu einem gemeinsamen Arbeiten auf anderer Grundlage kommen können. Dies sind derzeit auch überregional aktuelle Überlegungen zu bedarfsge rechten und zeitgemäßen Kulturförderungen. Unsere Hausleitung ist da sehr, sehr offen. Das ist schon angekommen, auch bei den Zuwendungsgebern, wenngleich natürlich auch Auseinandersetzungen zwischen der fachlichen und der zuwendungsrechtlichen Perspektive stattfinden, – auch hier geht es um Prozesse.

Sie meinen, die Verwaltungsregularien durchkreuzen solche Spielräume?

Diese Hürden gibt es natürlich nach wie vor; die Landeshaushaltordnung und die Verwaltungsregularien sind mit der kulturellen Praxis manchmal nicht gut zusammenzubringen. Aber wir müssen darum ringen, um trotz des notwendigen seriösen und verantwortungsvollen Umgangs mit öffentlichen Mitteln offene Projektprozesse zu ermöglichen.

Das war eine ganz wichtige, in den Fachforen immer wieder geäußerte Handlungsempfehlung: Die Zusammenarbeit von den Akteuren und den Verwaltungen zu stärken, damit man zu einem gewissen „Wir“ kommt und an einem Strang zieht.

Das ist natürlich sehr ernst zu nehmen, weil das u. a. auch mit sprachlicher Kompetenz zu tun hat. Und ich meine, dass Antragstellungen auch für Muttersprachliche mit Hürden verbunden sind. Manches erschließt sich auch nicht unmittelbar und manches muss man einfach wissen. Da hilft eigentlich nur Kommunikation. Bei Kulturland Brandenburg und der Plattform Kulturelle Bildung haben wir für die formalen Rahmenbedingungen für Antragstellungen und die Abrechnung von Projekten Workshops angeboten. Die Frage wäre aber in dem Zusammenhang, über den wir hier sprechen, ob man nicht eine Art Servicestelle bei den Selbstorganisationen einrichtet, wo sich die Akteure hinwenden können, um beraten zu werden. Nur wie weit geht das? Man braucht wahrscheinlich doch immer jemanden, der das nicht nur sprachlich vermittelt, sondern auch das Verständnis für Verwaltungsprozesse und -notwendigkeiten. Das „Problem“ ist einfach, dass es

öffentliche Mittel sind. Wenn man öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, sind damit Auflagen verbunden. Und das ist ja auch richtig, da es sich um die Steuern und Mittel der Bürgerinnen und Bürger handelt, mit denen verantwortungsbewusst und sparsam umgegangen werden muss.

...auch seitens der Verwaltung manchmal eine Frage der Auslegung...

So ist es: Man hat Ermessensspielräume, aber bei einigen Sachverhalten auch nicht.

Gibt es in Brandenburg bei der Förderfähigkeit von Verpflegungskosten einen Spielraum? Auch das war eine der Handlungsempfehlungen.

Das ist wirklich eine ganz schwierige Angelegenheit. Hier im Kulturministerium ist es ein No-Go. Auch bei unserem Landesrechnungshof.

Um es zusammenzufassen, Frau Faber-Schmidt, was steht uns zurzeit am meisten im Weg, damit unsere Gesellschaft diverser wird – und wie lässt sich dem begegnen?

Aus meiner Sicht ist es tatsächlich so, dass ja alle kulturellen Einrichtungen und Akteur:innen die Themen Nachhaltigkeit, Inklusion oder Diversität im Munde führen und alle sagen ja, da arbeiten wir dran. Wir alle wollen partizipativ arbeiten, aber wie geht es denn, mit welchen Methoden erreichen wir das? Und was heißt das wirklich? Im Selbstverständnis, für die eigene Haltung? Nämlich letztlich Deutungshoheit abzugeben, Räume zu öffnen, es zuzulassen, dass jemand anderes Räume vielleicht auch ganz anders nutzt. Wir alle haben eine bestimmte Vorstellung, wie Prozesse oder Projekte laufen sollen. Darin offen zu sein und letztlich an dieser Stelle Macht abzugeben und das auszuhalten, – das ist in der Praxis nicht so einfach. Aber darum geht's. Das ist nicht banal.

Die Fragen stellte Grit Weirauch, Journalistin und Berichterstatterin des Kongresses

Foto: © Michael Hoetzel



BRIGITTE FABER-SCHMIDT arbeitete nach dem Studium in zahlreichen künstlerischen und kulturellen Projekten in Nordrhein-Westfalen und in Berlin. Sie gründete u.a. ein freies Kindertheater. Ab 1995 war sie Abteilungsleiterin für Kulturförderung und Kulturveranstaltungen im Kulturamt der Landeshauptstadt Potsdam, das sie ab 2000 kommissarisch leitete. Sie war ab 2002 Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführerin des Vereins Kulturland Brandenburg e.V. 2014 übernahm sie zusammen mit Dr. Kurt Winkler die Geschäftsführung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH. Seit 2021 ist sie Abteilungsleiterin Kultur im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

LANDSCHAFT UND KULTUR, DAS EIGENE UND DAS FREIHE

BEMERKUNGEN ZUM 7. BUNDESFACHKONGRESS INTERKULTUR

Gemeinsam mit Marianne Ballé Moudoumbou von der Panafricanischen Frauenorganisation PAWLO-Mas-sow e.V. und dem Neuruppiner Kulturamtsleiter Mario Zetsche war ich eingeladen, den Bundesfachkongress Interkultur in Potsdam aus Brandenburger Perspektive zu begleiten.

Ich lebe seit 1978 in Eberswalde, einer Kleinstadt im Nordosten Brandenburgs, und führe mit Dr. Kenneth Anders, der wie ich Kulturwissenschaftler ist, seit gut 20 Jahren das Büro für Landschaftskommunikation. Eine unserer zentralen Thesen ist, dass Landschaften von Menschen auf unterschiedlichste Arten und Weisen angeeignete Natur und über diese gestaltende Arbeit / Tätigkeit gesellschaftlich geteilte Lebensräume sind. Eine Landschaft sind demnach alle, die sie gestalten¹, egal ob als Bauer, Handwerker, Kommunalpolitiker, Förster, Künstler oder Wissenschaftler, ob seit Generationen in der Landschaft verwurzelt, woher auch immer hinzugezogen oder nur temporär engagiert. In diesem mehrdimensionalen Wechsel- und Zusammenspiel gewinnen und gewinnen Landschaften ihren sozial-räumlichen Charakter und schreiben ihn in der Widersprüchlichkeit von Eigenem, Fremden und Entfremdung fort.

Eine zweite These lautet: Landschaften, die auf Teilhabe ausgerichtete öffentliche Formen von kultureller Selbstbeschreibung entwickelt haben und pflegen, können dank gemeinsamer Reflexionen die – ohnehin regional meist engen – gesellschaftlichen Gestaltungs-

spielräume aufgeklärter nutzen, besser auf Veränderungen und die damit einhergehenden Chancen, Risiken und Konflikte reagieren und das Kulturangebot stärken. Mit diesen Annahmen begannen wir vor acht Jahren mit dem Aufbau des Oderbruchmuseums in Altranft. Die gemeinsame landschaftliche Selbstbeschreibung mit verschiedensten Akteuren und in vielfältigen kulturellen und künstlerischen Formen zu fördern und der Regionalentwicklung mit kulturellen Mitteln Impulse zu geben, ist das Programm dieser Werkstatt für ländliche Kultur. Wir arbeiten mit Jahresthemen wie Wasser, Natur, Landwirtschaft oder Jugend. Ein Jahresthema Migration, Krieg, Flucht oder Vertreibung gab es noch nicht, diese Erfahrungen fanden bisher vermittelt über die Teilhabe einzelner Personen und über kleinere Projekte Eingang in unsere Arbeit.

Das ist kurz und knapp die Perspektive, mit der ich den Bundesfachkongress und insbesondere die Fachforen Grensräume, Klassenräume und Freiräume begleitet habe. Meine Beobachtungen möchte ich hier in wenigen Punkten zusammenfassen.

INTERKULTUR – AUSDRUCK FÜR EIN UNBEHAGEN?

Das kleine, dem Wort Kultur vorangestellte Präfix „inter“ scheint mir im Rückblick auf den Fachkongress einen wichtigen Befund hinsichtlich unserer gegenwärtigen kulturellen Verhältnisse in Deutschland zu kennzeichnen:

Viele Menschen, die ich in Potsdam gehört oder gesprochen habe, sehen sich zwischen zwei oder gar vielen kulturellen Stühlen unruhig – gar wütend – hin und her laufend oder unbehaglich auf dem Boden sitzend, sobald sie ihre gegenwärtigen Lebensumstände beschreiben. Die Gründe sind unterschiedlich. Einige erwachsen aus Migrationsgeschichten: Ein Leben an einem Ort, aber in zwei „Leitkulturen“ mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Religionen, Lebensstilen. Sie begreifen und erleben sich ankerlos zwischen den Kulturen und eine Auflösung dieses Grundwiderspruchs mehrfach kulturell geprägter Gesellschaften ist kurzfristig nicht zu erwarten. So erleben sie, wie ihre kulturellen Vermögen im Alltag oft abgewertet werden (z.B. Mehrsprachigkeit) oder gesellschaftlich nicht ernst genommen (z. B. für eine kritische Reflexion herrschender kultureller Verhältnisse). Andere Gründe für versagte Teilhabe lassen sich auf die generellen gesellschaftlichen Unterschiede und Verwerfungen der im Kern kapitalistisch organisierten Lebensweise in Deutschland zurückführen, also auf die herrschenden kapitalistischen kulturellen Verhältnisse. Im Fachforum Klassenräume wurden sie unter dem Stichwort Klassismus benannt: Vorurteile, Diskriminierungen und versagte Teilhabe aufgrund sozialer Herkunft und sozialer Position (die noch schwellenden Konflikte aufgrund verschiedener kultureller Erfahrungen zwischen Ost- und Westdeutschland gehören hier hinein), aber auch nach Geschlecht, sexueller Orientierung, Hautfarbe etc.

SELBSTERMÄCHTIGUNG UND EIGENWIRKSAMKEIT – KUNST UND KULTUR ALS EIN AUSWEG?

Vor dem Hintergrund dieses hier von mir völlig unzureichend beschriebenen Unbehagens² zwischen verschiedenen „Leitkulturen“ und teils mit versagter Anerkennung eigener kultureller Erfahrungen zu leben, erscheinen die vorgebrachten Forderungen nach kultureller Selbstermächtigung und verstärkter Eigenwirksamkeit naheliegend. Wut, Verletzungen, Enttäuschungen, Hoffnungen, Zuversicht müssen rausgeschrieben, -gesungen, -gemalt, -getanzt werden. Die je eigenen Geschichten wertschätzen, in welchen künstlerischen Formen auch immer, sie öffentlich erzählen und reflektieren und dafür Anerkennung erfahren; jede Form von Selbstbeschreibung ist im Sinne der allgemeinen Sicht- und Kritisierbarkeit kultureller Unterschiede wünschenswert, ebenso eine erfolgreiche Teilhabe an der kulturwirtschaftlichen Produktion im Land. Die eingeladenen Schriftsteller und Künstler zeigen, dass dies gelingen kann.

Allerdings lässt die Betonung des Eigenen immer auch das Fremde schärfer hervortreten. Diese Dialektik gilt es produktiv zu machen. Dafür braucht es aber ein Drittes: Die Einsicht, dass wir mindestens einen gesellschaftlich geteilten Bezugspunkt brauchen, in den

hineinzuarbeiten alle bereit sind. Identitäres Behaupten und Beharren auf eigenen Positionen, egal welcher politischer Couleur, können zwar kurzfristig einzelnen Gruppen Kraft geben, werden meines Erachtens aber unserer oft mehrfach gebrochenen Lebenswelt nicht gerecht. Als gesellschaftliche Wesen haben wir keine andere Wahl, wir müssen uns aneinander abarbeiten (auf Kongressen), wollen wir an der Idee eines gelingenden Lebens festhalten. Leben ist tätige Aneignung dessen, was um uns ist. In der Fremde, geografisch gesprochen, ist dies schwerer, weil sehr viel mehr Eigenes preisgegeben ist, sich wandelt – und ob es am Ende gelingt, ist nicht gesagt. Aber auch die eigene Heimat kann fremd werden, wenn die Aneignungsanstrengungen versagen. Hier stellt sich die Frage nach der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse. Damit sind wir bei einer nächsten Bemerkung.

TEILHABE WORAN?

Der Kulturbegriff schillert. Kultur kann für die Art und Weise stehen, wie Menschen ihr Zusammenleben organisieren, er kann enger gefasst bestimmte Institutionen künstlerischer Produktion wie Theater, Verlage, Filmstudios, Museen samt begleitendem Feuilleton etc. in den Blick nehmen oder als „Kunst und Kultur“ zusammengefasst ein politisches Feld abstecken.

Der Fachkongress Interkultur war meines Erachtens von einem wertenden Kulturbegriff getragen: Die „bürgerliche Kultur“ – mit ihren drei Bezugspunkten Künste, kulturelle Institutionen und Bildung – erschien mir der Bezugspunkt zu sein und kulturelle Teilhabe sowie kulturelle Bildung auf diesen Horizont hin gedacht. Das ist aus bundesrepublikanischer Perspektive nachvollziehbar, entfalten Bildung und Kultur wie das deutsche städtische Bildungsbürgertum dieses Begriffspaar gegen Ende des 19. Jahrhundert definierte und zur Leitkultur erhob³, nach wie vor ihre öffentliche Wirkung. Bei aller zeitgenössischen künstlerischen und institutionellen Vielfalt, die dieser Begriff ermöglicht: Bürgerliche Kultur ist keine bäuerliche oder ländliche Kultur, ist nicht die der Arbeiterklasse oder des Prekariats, nicht die des Adels, sie ist auch nicht die Kultur von Gastarbeitern, Einwanderern oder der LGBTQ-Community, sondern, provokativ formuliert, die der staatstragenden bürgerlichen Eliten. In der Dialektik der Aneignung von Eigenem und Fremden hat sie sich verändert und wird dies auch weiterhin tun. Und auch die Menschen, die aus anderen Herkunftsn kommen an ihr teilhaben wollen, werden ihre eigene Kultur verändern. Aber in dem Maße wie die bürgerliche Kultur als gesellschaftlicher Leitstern verblasst, stellt sich die Frage, ob ein wertender Kulturbegriff überhaupt noch als Bezugspunkt kultureller Teilhabe für unser Zusammenleben angemessen ist. Braucht kulturelle Teilhabe nicht eher einen stärkeren räumlichen Bezugspunkt? Wäre es nicht klug, stärker

als bisher den öffentlichen Auseinandersetzungen über die Art und Weise, wie wir in den Straßen, Dörfern, Städten, Landschaften, also in unseren alltäglichen Bezugsräumen gemeinsam leben wollen, mit kulturellen und künstlerischen Mitteln neue Impulse zu geben?

DEN EIGENEN ORT, DIE EIGENE LANDSCHAFT ALS GETEILTEN RAUM DENKEN

Im Fachforum Freiräume wurde der Versuch unternommen, die drei Kongresstage künstlerisch forschend zu begleiten. Entstanden ist ein temporärer Resonanzraum aus Beschreibungen, Feststellungen, Behauptungen, Erfahrungen, Befindlichkeiten, Wünschen, Fragen: eine Inszenierung, zu der viele beitragen haben. Ich habe mir die Resonanzen nicht im Detail erschlossen, und ich weiß nicht, wie mit den Ergebnissen weiter umgegangen wurde, aber das Teilhabeformat ist interessant. Aus verschiedenen Perspektiven künstlerisch beschreiben und so ästhetisch erfahrbar machen, wer und was an

einem Ort, in einer Landschaft so alles ist oder sein könnte, das wäre eine lohnende Arbeit, um dem Unbehagen zwischen den Kulturen zu begegnen.

Im Fachforum Grenzümgebung wurde deutlich, dass eine solche Arbeit nicht einfach ist. Sie braucht ausdauernde und kuratorisch erfahrene Spielleiter vor Ort, die einladend agieren, sich mit vorschnellen Bewertungen zurückhalten, nicht ausgrenzen, verschiedene, auch entgegengesetzte Perspektiven einfangen, ins Sprechen bringen und die Akteure anhalten, den Raum, in dem sie leben, als einen mit anderen geteilten zu denken und zu erfahren. Diese Arbeit braucht Geld und frei zugängliche öffentliche Produktions- und Präsentationsräume. Aber sie braucht auch Akteure, die nicht nur sich selbst stärken, sondern im Ort, in der Region auch ins Gemeinsame investieren wollen, von dem wir noch nicht genau wissen können, wie es sein wird. Diese Anstrengung kann auch scheitern, aber das ist kein Grund, es nicht zu versuchen.

- 1 Alle meint alle Menschen, egal welchen Geschlechts, welcher Herkunft oder welcher Überzeugungen. In diesem Sinn verwende ich Wörter wie Bauern, Akteure etc. verallgemeinernd geschlechtsneutral und gendere nicht. Wo es aus meiner Sicht konkreter Unterscheidungen bedarf, werde ich sie treffen.
- 2 Es lohnt Sigmund Freuds „Das Unbehagen in der Kultur“ erneut zu lesen, denn er zeigte vor gut 100 Jahren die disziplinierende wie sublimierende Funktion bürgerlicher Kunst- und Kulturproduktion auf. Auch Pierre Bourdieus Studie über „Die feinen Unterschiede“ ist nach wie vor hilfreich, um die Funktionsweise bürgerlicher Kultur zu verstehen.
- 3 Georg Bollenbeck hat in seinem Buch „Bildung und Kultur“ Glanz und Elend dieses Deutungsmusters nachvollzogen.



LARS FISCHER Jahrgang 1963 studierte zwischen 1987 und 1994 Kulturwissenschaften, Literaturgeschichte und Philosophie in Leipzig und Berlin und ist seit Mitte der 90er Jahre freiberuflich als Kulturwissenschaftler tätig. 2004 gründete er mit Kenneth Anders das Büro für Landschaftskommunikation. Seit 2016 steht die Arbeit in der Programmleitung für das Oderbruchmuseum Altranft im Mittelpunkt. Mit Kenneth Anders verantwortet er den Aufland Verlag.

IMPRESSUM

Der Bundesfachkongress ist eine Kooperationsveranstaltung des Bundesweiten Ratschlags Kulturelle Vielfalt und Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg und wird gefördert durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien und durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

Die Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg ist ein Bereich der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte, die gefördert wird mit Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam.

Bundesweiter
Ratschlag
Kulturelle Vielfalt

B BRANDENBURGISCHE GESELLSCHAFT
FÜR KULTUR UND GESCHICHTE
Plattform Kulturelle Bildung
Brandenburg

 Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

 LAND
BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur

Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam



Das Fachforum Zukunftsräume ist eine Kooperationsveranstaltung der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte.

 bpb:
Bundeszentrale für
politische Bildung

Das Fachforum Grenzüräume ist eine Kooperationsveranstaltung des Zentrums für internationale Bildung des Goethe-Instituts Dresden und der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte.



Herausgeberin: Brandenburgische Gesellschaft für Kultur und Geschichte
gGmbH/Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg
Schloßstraße 12, 14467 Potsdam

Redaktion: Grit Weirauch

Gestaltung: Ta-Trung, www.ta-trung.com (Alessandro Sommer, Robert Krug)

Fotos: Gordon Welters (sofern nicht anders angegeben)

